

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit Wochenschrift Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat
 eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Sonnabend, den 14. Oktober 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Die Insertions-Gebühr

Betrag für die sechspaltige Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Berichts-
 und Reklamations-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stet-
 gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Reform der öffentlichen Armenpflege.

Dem Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit unterbreitet Dr. Buehl, der bekannte Leiter des Hamburger Armenwesens, einen ausführlichen Bericht über die heutigen Anforderungen an die öffentliche Armenpflege im Verhältnis zur bestehenden Armenpflege. Buehl schildert, wie sich das Prinzip der Zwangsarmenpflege geschichtlich entwickelt hat und wie dieses Prinzip in der gesetzlichen Normierung der Unterstützungspflicht seinen Ausdruck findet, dergestalt, daß diese einerseits nach Inhalt und Umfang ihre feste Umgrenzung erhält, andererseits ihre Erfüllung unabhängig von dem Maß der vorhandenen Mittel gesichert wird. Er weist nach, daß die sich in neuerer Zeit geltend machende Tendenz einer Erweiterung der an die öffentliche Armenpflege gestellten Anforderungen in der bestehenden Gesetzgebung ihre Rechtfertigung findet. Die Gesetzgebung ist nicht etwa, wie sich dies vielfach auf anderen Gebieten zeigt, durch die Verwaltungspraxis überholt, vielmehr bleiben die Leistungen der meisten Armenverwaltungen in bezug auf das Maß der Unterstützung hinter denjenigen Anforderungen zurück, welche bei richtiger Auslegung der Gesetze in dieser Hinsicht zu erheben sind. Mit Rücksicht darauf nun, daß die Mehrzahl der Armenverwaltungen sich einer solchen Erweiterung ihres Aufgabekreises gegenüber ganz oder teilweise ablehnend verhalten, hält Buehl eine Reform der Armenpflege für dringend notwendig. Insbesondere ist seiner Ansicht nach hierbei zu der Frage Stellung zu nehmen, in welcher Weise in höherem Maße als bisher eine Gewähr dafür geschaffen werden kann, daß die den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Anforderungen an die öffentliche Armenpflege, soweit sie gesetzlich begründet sind, unter allen Umständen erfüllt werden.

Die Reformgedanken von Buehl verdienen die weiteste Beachtung, auch seitens derjenigen, die sich nicht in allen Punkten damit einverstanden erklären können. Buehl verlangt einmal, daß alle Aufgaben auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrtspflege, die an sich auch außerhalb der Armenpflege erfüllt werden können, aus dieser ausgeschieden werden. Auf der anderen Seite hält er eine Abgrenzung der Armenpflege gegen die Sozialpolitik für nötig. Soll die Armenpflege nicht im Laufe der Zeit zu schwer belastet werden, so ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die schon bestehenden sozialpolitischen Einrichtungen weiter ausgebaut und das System derselben den neuen Bedürfnissen der Zeit entsprechend ergänzt wird, vor allem in der Richtung einer umfassenden kommunalen Sozialpolitik. Buehl nähert sich, wenn er das auch nicht offen ausspricht, sehr der wiederholt von sozialdemokratischer Seite aufgestellten Behauptung, daß unsere ganze Sozialpolitik im Grunde genommen nur eine etwas verbräunte Art der Armenpflege ist. Er erkennt die sozialpolitischen Schöpfungen des Reiches und ihre Bedeutung für die Bekämpfung der allgemeinen Armenfürsorge an, erblickt aber die Möglichkeit einer Ablösung der Armenpflege durch die Sozialpolitik vorwiegend nur auf der Grundlage einer gemeindlichen, neben der Armenversorgung stehenden Fürsorge. Die Basis der vom Reich inaugurierten Sozialpolitik ist zu breit, die sie beherrschenden Gesichtspunkte sind zu allgemein, ihre Organisation ist zu schwerfällig, als daß sie den außerordentlich mannigfachen, nach Ort und Zeit wechselnden Bedürfnissen des Lebens allseitig entsprechen könnten. Eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Maßnahmen können in befriedigender Weise gar nicht anders als auf begrenzter Grundlage in Angriff genommen werden.

Natürlich bedürfen trotzdem auch die sozialpolitischen Einrichtungen des Reiches dringend eines weiteren Ausbaues, die Invalidentrenten machen bisher, wenigstens in den Großstädten, noch keineswegs ein Eingreifen der Armenpflege überflüssig, sondern stellen nur allzu oft einen Beitrag zu der im übrigen der Armenpflege obliegenden Versorgung der Erwerbsunfähigen dar. Ebenso reichen die Leistungen der Krankenversicherung in der Regel nicht aus, um die Kosten der Krankenhauspflanze voll zu decken, so daß auch hier die Armenpflege eintreten muß. Dazu kommt, daß von der Krankenversicherung noch immer die landwirtschaftlichen Arbeiter, das Gefolge, die Heimarbeit, zum Teil also die bedürftigsten Kreise der Bevölkerung ausgeschlossen sind, daß die Voraussetzungen für den Bezug der Invalidentrente so strenge sind, daß sehr oft armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit schon vorliegt, wo ein Anspruch auf Rente noch nicht begründet ist, daß endlich die Probleme der Witwen- und Waisenversicherung und der Arbeitslosenversicherung noch ihrer Lösung harren.

Ferner regt Buehl an, daß eine künftige Gesetzgebung auch über den Rahmen der eigentlichen Sozialpolitik hinaus darauf Bedacht nehmen möge, daß gewisse Fürsorgeveranstaltungen aus dem Pflichtkreis der Armenverbände ausgeschieden. Das gilt vor allem für diejenigen Veranstaltungen, welche, weil erheblich im öffentlichen Interesse gelegen, auf staatlicher Zwangsvorschrift beruhen. So müssen unbedingt die aus sanitätspolizeilichen Rücksichten notwendige Behandlung an ansteckenden Krankheiten, die Unterbringung gemeingefährlicher, zu verbrecherischen Handlungen neigender Geisteskranker, vor allem aber Anwendungen zu Erziehungszwecken jeder Art aus der Armenpflege ausgeschieden. Wird doch z. B. die unentgeltliche Gewährung des Schulunterrichts in einigen Staaten noch heute als Armenunterstützung behandelt!

Ist so auf der einen Seite eine engere Umgrenzung des Aufgabekreises der öffentlichen Armenpflege zu erstreben, so wird eine Reform der Armenpflege andererseits bemüht sein müssen, durch eine präzisere Formulierung der die Unterstützungspflicht der Armenverbände normierenden Bestimmungen die im Rahmen der Armenpflege auszuübende Fürsorgetätigkeit genauer zu umschreiben. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß Heilstättenbehandlung, Unterbringung in Ferienkolonien, Gewährung von Krankenkost und dergleichen von einer Reihe von Armenbehörden als Armenunterstützung angesehen wird und den Verlust des Wahlrechts zur Folge hat. Hier muß dem freien Ermessen der in Betracht kommenden Organe durch Gesetz eine Grenze gezogen werden.

Um auch den kleineren Gemeinden die Möglichkeit der Erfüllung ihrer Aufgaben auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege zu erleichtern, schlägt Buehl die Bildung leistungsfähiger Verbände vor. Er warnt aber davor, wie es die Reichsregierung anscheinend durch die angelegte Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz beabsichtigt, den Städten, die ohnehin auf dem Gebiete der Armenpflege unendlich viel mehr leisten als das platte Land, zum Teil die armenrechtlichen Versorgung der ländlichen Bevölkerung aufzuerlegen. Vor allem hält Buehl es für erforderlich, die Erfüllung der durch das Gesetz den Armenverbänden auferlegten Unterstützungspflicht in höherem Maße als bisher mit rechtlichen Garantien zu umgeben. Heute besteht für den Armen ein Rechtsanspruch auf Hilfe nicht, er ist lediglich Objekt der Unterstützung und daher niemals berechtigt, eine solche zu fordern. Die Folge davon ist, daß die Leistungen der Armenpflege vielfach als etwas minderwertiges, ja als etwas entwürdigendes erscheinen und ferner, daß die zur Ausübung der Armenpflege berufenen Personen zu dem Glauben gelangen, daß die Gewährung oder Verjagung der Unterstützung gewissermaßen in ihr Versehen gestellt sei. Andererseits ist die Schaffung eines subjektiven Rechts auf Armenunterstützung, welches nicht nur auf dem Papier stehen soll, unter den heutigen Verhältnissen technisch sehr schwer durchzuführen. Für praktisch bedeutsamer erachtet Buehl daher eine bessere Organisation und vor allem die Zentralisation der Aufsicht über die Ausübung der Armenpflege. Das Reich hat zwar die Unterstützungspflicht der Armenverbände gesetzlich geregelt, aber keine Möglichkeit geschaffen, nötigenfalls die Erfüllung dieser Pflicht zu erzwingen. Nur so ist es zu erklären, daß die Art, wie die auf die Armenversorgung bezüglichen gesetzlichen Vorschriften seitens der einzelnen Armenverwaltungen gehandhabt werden, die denkbar größte Verschiedenheit aufweisen — man denke nur an die Armenpflege in der Großstadt und auf dem Lande — ja daß sogar Städte mit annähernd gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Unterstützungspflicht nach den verschiedenartigsten Gesichtspunkten ausüben und daß selbst prinzipiell über den Umfang der Unterstützungspflicht und die Aufgaben der Armenpflege die weitestgehenden Meinungsverschiedenheiten obwalten. Buehl regt daher an, dem Reich ein mit den nötigen Machtbefugnissen ausgestattetes Aufsichtsrecht über die Ausübung der Armenpflege beizugeben; man könnte entweder im Reichsamt des Innern eine besondere Abteilung hierfür schaffen oder das Bundesamt für das Heimatwesen zu einer Reichsaufsichtsbehörde erweitern, welche in der Art, wie das bei dem Reichsversicherungsamt der Fall ist, neben ihrer richterlichen Tätigkeit auch die Aufsicht über die materielle Ausübung der Armenpflege auszuüben hätte. Den Einwand, daß die Schaffung einer solchen Zentralinstanz einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden bedeuten würde, sucht Buehl mit dem Hinweis auf England zu widerlegen, wo durch das Local Government Board eine weitgehende Aufsichtsbeziehung sowohl in administrativer wie in finanzieller Hinsicht ausgeübt wird, wo aber trotzdem die Handhabung der Armenpflege vollkommen in den Händen der Ortsbehörden liegt. Auch mit der einzelstaatlichen Autonomie würde eine Reichsaufsicht nicht in Widerspruch stehen.

Schließlich empfiehlt Buehl noch eine gründliche Revision der auf den Verlust der politischen Rechte infolge Bezugs öffentlicher Unterstützung bezüglichen Gesetze. Mit Recht führt er aus, daß die Bestrebungen vorgeschrittener Armenverwaltungen, ihre Leistungen innerhalb des durch das geltende Recht geschaffenen Rahmens den Bedürfnissen der Zeit entsprechend auszugestalten, nicht selten an der ablehnenden Haltung der Behörden scheitern, welche die Vorteile der Unterstützung nicht mit einer Minderung ihrer Rechtsstellung, insbesondere dem Verlust der politischen Rechte zu bezahlen wünschen. Ob eine solche Revision sich darauf beschränken muß, gewisse Leistungen von den den Wahlrechtsverlust bewirkenden Fällen auszuschneiden oder ob dabei mit der durch das heutige Rechtsbewußtsein kaum noch gerechtfertigten und auch in ihrer armenpolitischen Bedeutung wahrhaftig einigermassen überschätzten Bestimmung, daß die öffentliche Unterstützung den Verlust der politischen Rechte nach sich zieht, allgemein zu brechen ist — diese Frage läßt Buehl offen. Tatsächlich dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß der Grundsatz, daß Unterstützung aus öffentlichen Mitteln mit der Entziehung der politischen Rechte zu bestrafen ist, endlich verlassen werden muß. Das liegt sowohl im Interesse der Gemeinden selbst, als auch in dem der Hilfsbedürftigen. Eine Reform der Armenpflege, die der Armut nicht den Charakter eines Verbrechens nimmt, das mit dem Verlust des höchsten Rechts des Armen zu bestrafen ist, ist keine Reform im modernen Sinne.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Oktober.

Die enthüllte Diplomatie.

Die Londoner Offizien bestreiten die Zusage Englands an Frankreich, im Falle der Auslösung des marokkanischen Konfliktes die Flotte gegen Deutschland zu mobilisieren und mit 100000 Mann in Schleswig-Holstein einzufallen. Der „Standard“ erklärt ausdrücklich, daß Lord Balfour wissen genau, daß während der ganzen Marokko-Krise Frankreich niemals Hilfe gegen Deutschland verlangt und Großbritannien niemals Hilfe angeboten hat. Auch nach einem Pariser Telegramm der „N. Fr. Presse“, das die „Köln. Ztg.“ übernimmt und zu bestätigen scheint, hat die britische Regierung zur Zeit der Verschärfung des Marokkokonfliktes der deutschen Regierung förmliche Erklärungen folgenden Inhalts abgegeben: 1. habe England Frankreich gegenüber seinen Beistand in der Marokko-Angelegenheit ausdrücklich auf diplomatische Unterstützungen beschränkt; 2. sei die Frage eines deutsch-französischen Krieges zu keiner Zeit und in keiner Form zwischen den Regierungen Englands und Frankreichs erwogen worden; 3. sei keinerlei diplomatische Hilfe französischerseits begehrt worden; 4. sei keine solche Hilfe englischerseits in irgend einer Form angeboten worden. Von einer Absicht, ein Bündnis zwischen England und Frankreich zu schließen, sei vollends keine Rede. Diese Erklärungen seien auch noch in der jüngsten Zeit wiederholt worden.

Diese Meldungen scheinen im unerböhrlichen Widerspruch zu den Äußerungen des „Matin“ und zu den Mitteilungen Jaurès zu stehen. Die Lösung des Widerspruchs kann zunächst damit gefunden werden, daß die englische Regierung als solche die kriegerischen Versprechungen an Delcassé nicht gemacht hat, daß aber König Eduard selbst, in dessen Gunst Delcassé hoch stand, Äußerungen getan hat, auf Grund deren Delcassé seine Verufung auf die sichere englische Hilfe im Ministerrat spielte. Aber auch im offiziellen Pariser Telegraphenbureau erfolgt jetzt eine Erklärung. Eine Note der „Agence Havas“ meldet:

„Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die in den Blättern erschienenen Erzählungen über die Zwischenfälle, die den Rücktritt Delcassés begleiteten, und besonders über die Einzelheiten bezüglich der Sitzung des Ministerrates, die dem Rücktritt Delcassés voranging, unzutreffend sind.“

Eine Erklärung in so allgemein gehaltenen Wendungen gleicht einer Ausflucht und kann nur die Bedeutung haben, daß die französische Regierung das Wesentliche des Falles nicht zu bestreiten vermag.

Somit liegen die folgenden Meldungen vor:

Paris, 13. Oktober. Der „Figaro“ gibt eine neue, von den früheren Meldungen etwas abweichende Darstellung der Umstände, unter denen die Demission Delcassés sich vollzogen habe. Die englische Regierung habe vor der Marokko-Angelegenheit dreimal die französische Diplomatie angehört, um zu erfahren, ob Frankreich bereit wäre, einen endgültigen Allianzvertrag abzuschließen. Die französische Regierung habe jedoch zweifellos aus Rücksicht auf Ausland sich geweigert, diese Frage in Erwägung zu ziehen. Als jedoch der französisch-deutsche Konflikt einen akuten Charakter annahm, sei es die französische Diplomatie gewesen, welche diese Frage wieder aufnahm, und der französische Geschäftsträger Cambon habe von Lord Lansdowne die mündliche Zusicherung eines effektiven englischen Beistandes für den Fall eines Krieges erhalten. Cambon habe Delcassé mitgeteilt, daß, sobald der casus foederis eintreten würde, England seine Zusicherung schriftlich wiederholen werde. Deutschland, welches durch den Geschäftsträger Grafen Wolff-Meternich hierüber unterrichtet worden sei, habe die italienische Regierung wissen lassen, daß es den Abschluß einer derartigen englisch-französischen Allianz als einen casus belli ansehen würde. Die italienische Regierung teilte dies am 4. Juli dem französischen Geschäftsträger Barrère mit, welcher sofort nach Paris telegraphiert habe. Am 5. Juli war die Demission Delcassés entschieden. Im Laufe des am 6. Juli stattgehabten Ministerrates wollte Delcassé unter der Erklärung: „Ich habe überdies die formelle Zusicherung des englischen Beistandes“, ein Dokument aus seinem Portefeuille nehmen. Doch fiel ihm Rouvier sofort ins Wort und sagte: „Ich habe die Depesche Barrères, welche besagt, daß Ihre Politik den Krieg herbeiführen wird“, und alle Minister sprachen sich einstimmig gegen Delcassé aus.

Paris, 13. Oktober. Jaurès erklärt heute abermals in der „Humanité“, es sei kein Zweifel möglich, daß Delcassé im Ministerrat, um seine Kollegen zur Ablehnung von Verhandlungen über die Marokko-Angelegenheit zu bewegen, behauptet habe, England wäre bereit, Frankreich mit seiner Flotte durch Landung von 100 000 Mann zu unterstützen. Die Enthüllungen, so meint Jaurès, könnten, soweit sie Frankreich betreffen, Deutschland in nichts aufregen, sie ergäben im Gegenteil die Aufschüttelung der Friedenserklärungen Frankreichs. Wenn Frankreich wirklich einen Kriegszustand wünschenswert würde, hätte sich ihm seit 35 Jahren niemals eine so günstige Gelegenheit geboten.

Die internationale Politik.

Die Rede Jaurès in Limoges, deren wichtige Ausführungen über die Vereinbarungen Englands mit Delcassé wie zitiert und besprochen haben, enthält auch sonst mannigfache bedeutsame Ausführungen. Unser Pariser Korrespondent übermittelt uns noch die folgenden Darlegungen:
 Jaurès behandelt in seiner großen programmatischen Rede das Verhältnis des Sozialismus zur Republik, das sozialistische Ideal und die Reichweite seiner Verwirklichung, die Nationalität des bürgerlichen Radikalismus und schließlich mit einer umfassenden Betrachtung der Aufgabe des Sozialismus in der internationalen Politik. Er wendet von dem plumpen Kniff der Reaktion aus, dem vorwärts-

schreitenden Sozialismus das „Problem des Patriotismus“ zwischen die Beine zu werfen, ein Mandat, das bei den Radikalen Dupierete und Komplizen gefunden hat. Jaurès sagt: Es gibt da kein Richterverständnis. Die Arbeiterinternationale will keine Nation erniedrigt und geknechtet sehen. Alle Verleumdungen werden durch den Wortlaut des Antrages Baillant, der der Nationalrat der Partei kürzlich einstimmig beschloß und dem internationalen sozialistischen Bureau übermittelt hat, zunichte gemacht. Dort ist die Aufgabe der Sozialisten bei Ausbruch einer Kriegsgeschichte auf das Klarste dargestellt. Was die Arbeiterinternationale will, ist vorerst eine dauernde und allgemeine Propaganda des Friedens und hernach, wenn der Ehrgeiz und die Machtgier der Regierungen einen Krieg wahrscheinlich oder möglich machen, eine Aktion des gesamten internationalen Proletariats, die allen Regierungen der kapitalistischen Staaten klar macht, daß die Arbeiter keine Schlächterei wollen. Es gibt keine einzige Frage zwischen den Völkern, die heute nicht durch ein Schiedsgericht, durch Vermittlung, Verschönerung, Billigkeit gelöst werden könnte. Sicher ist es schwierig, die besondere Art, wie diese allgemeine Regel in einzelnen Fällen angewendet werden soll, im Voraus zu bestimmen. Aber erst hat man ein merkwürdiges Beispiel der offenkundigen Verschiedenheit der Lösungen gesehen, die die sozialistische Partei verschiedener Länder in der gemeinsamen Sorge um die Freiheit, die Gerechtigkeit und um den Frieden anstreben kann — nämlich bei den Differenzen Schwedens und Norwegens. Wäre der von der schwedischen Bourgeoisie einen Augenblick lang ins Auge gefaßte Krieg trotz der Bemühungen der norwegischen und schwedischen Sozialisten ausgebrochen, so ist es klar, daß die norwegischen Sozialisten, die eben erst für die Unabhängigkeit Schwedens eingetreten waren, ihr Land gegen den Einbruch der schwedischen Oligarchie hätten verteidigen müssen. Gleichzeitig aber hätten die schwedischen Sozialisten das Recht und die Pflicht gehabt, sich dem Versuch einer Vergewaltigung und Eroberung selbst durch Proklamierung des Generalstreiks zu widersetzen. Und gerade diese in der Form verschiedene, aber auf ein Ziel gerichtete, verbundene Aktion der schwedischen und norwegischen Sozialisten hat die herrschenden Klassen gezwungen, zu verhandeln und statt des Krieges einen Schiedsgerichtsvertrag zu wählen.

Jaurès spricht dann über den üblichen Trick, den „unpatriotischen“ Sozialisten des eigenen Landes die „patriotischen“ des Auslandes entgegenzuhalten. „Es vergeht kein Tag, ohne daß der deutsche Reichsfunkler unseren Patriotismus gegen den Antipatriotismus der deutschen Sozialisten ausspielt. Und ich bin zu meiner Verwunderung genötigt, zu gestehen, daß der Funkler sich ohne Unterschied den deutschen Sozialisten als Muster französischer Patriotismus hinstellt. In Frankreich ist der Handschuh umgedreht. Man ruft da: Ihr schlechten Franzosen, wäret Ihr doch so patriotisch wie die deutschen Sozialisten! Der Redner geht dann auf die infamen Lügen ein, die von den Radikalen über den Kongreß zu Jena, besonders über die Motive der Ablehnung der Verneinung der Revolution verbreitet worden sind und weist auf die Unbereitschaft hin, mit der der radikale Clemenceau das bekannte Dementi Vollmarx als eine Abgabe an den Internationalismus hingestellt hat. Jaurès sagt von der deutschen Sozialdemokratie: „Sie gehört nicht zu jenen, die ein abergläubisches Vorurteil für die deutsche Sozialdemokratie haben. Sie hat ihre Stärke, aber sie hat auch ihre Schwächen. Sie hat die Macht der Zahl, der Methode, der Organisation, aber es fehlt ihr ein wenig jener Kampfesgeist, die revolutionäre Treue, die bei uns von der Aktion eines Proletariats geschaffen worden ist, die dreimal die Vorzitate des Reiches hat. Ich weiß, daß der schwere Mechanismus des Reiches auf die Aktion der deutschen Sozialisten drückt, aber es heißt sie beleidigen und verleumden, es heißt die Wahrheit geblüht verzerrten, wenn man behauptet, daß sie nicht die Idee des Internationalismus wahren und daß sie Chauvinisten seien, die unsere internationalistische Sanftmut mißbrauchen.“

Jaurès hebt nun die Bedeutung des englisch-japanischen Vertrages hervor: „In der allgemeinen Ostung Englands gibt es zwei Prinzipien, die wir durchaus gutheißen. Das erste ist, daß die gelben Nationen als große Nationen behandelt und zur Gleichberechtigung in der internationalen Familie zugelassen werden sollen. Wenn England Japan die Hand reicht, so ist das eine große Tat, die wohl den Interessen Englands dienen mag, aber auch der ganzen Zivilisation nützt.“ Der Redner weist darauf hin, daß Frankreichs Servilismus gegen den Japansismus schuld daran hat, daß das um die Erfolge des chinesischen Krieges gebrachte Japan, angeht die Gefahr zur Wandschaukel auch noch Korea an Rußland zu verlieren, zum Kriege greifen mußte, und er zeigte die Notwendigkeit, eine Politik aufzugeben, die während des Krieges die dauernde Verletzung des Völkerrechts und der Neutralitätspflichten zum Gehalt gehabt hat. Auch gegen China wird man nun eine andere Politik einschlagen müssen. An Stelle der Bereicherungspolitik wird eine lokale Politik der offenen Tür treten müssen. Und diese wollen wir auch für alle Länder und für alle Weltteile proklamieren. „In diesen Fragen sind wir mit England vollkommen eins und wenn man versuchen sollte, den Streich von 1895 zu wiederholen und Frankreich von neuem mit Rußland und Deutschland zu verbünden, nicht um eines Friedensvertrages willen, sondern um Japan noch einmal zurückzubringen und Rußland eine Rebende an der gelben Masse zu verschaffen, so würden wir uns mit allen Kräften widersetzen.“

Es folgen sodann die Darlegungen über die Stellung zu Deutschland, in denen erklärt wird, daß Frankreich auf keinen Fall sich in irgendwelche Kombinationen hineinziehen lassen darf, die gegen Deutschland gerichtet sind. Weiter folgen die von uns schon wiedergegebenen Ausführungen über den Parokollonist und die deutschfeindlichen Verhandlungen Delcassé mit England.

Jaurès schließt: „Wenn man so die Verantwortlichkeit aller kennt, so muß man sich beglückwünschen, daß nach einer Periode des Heruntastens, des Zauderns und des gegenseitigen Mißtrauens Frankreich und Deutschland zu einer Verständigung über Moroko gelangt sind, die sich auf der internationalen Konferenz erhalten muß. Aber damit ist noch nicht genug getan. In Zukunft muß Frankreich zeigen, daß es, mit England befreundet, mit Deutschland im Frieden, mit keinem Volk Streit sucht, sondern im Gegenteil, mit allen seinen Kräften und mit seiner moralischen Macht, der große Vermittler und Versöhner, der große Apostel des allgemeinen Friedens sein will. Aber es ist vor allem die internationale Aktion des Proletariats in seiner die Grenzen überschreitenden politischen und gewerkschaftlichen Vereinigung, die in steigendem Maße die Würde des Friedens, der Kultur, der Menschheitsverbundenheit wird.“

Deutsches Reich.

Die Verpreuung der Eisenbahnen.

Münch., 13. Oktober. Der „Münchener Zeitung“ wird aus Berlin telegraphiert: Die Betriebsmittelkonferenz, die am 10. Oktober in Berlin tagte, hat zu dem erfreulichen Ergebnis geführt, daß man über den einschlägigsten Weg, insbesondere bezüglich der organisatorischen Einrichtungen, zu einer vollständigen Einigung gelangte. Die Grundlage der Konferenzverhandlungen, die in Ausschußberatungen sofort ihren Fortgang nehmen werden, wird der

bayerische Vorschlag bilden, der sich als eine Abänderung des ursprünglichen Heidelberger Programms darstellt, aber, unter Aufrechterhaltung dieses Programms in seinen Grundzügen, dem „nationalen“ Gedanken eines einheitlichen deutschen Betriebes voll Rechnung trägt.

Die jetzigen Hauptpunkte sind:

1. Einheitliche Handhabung auf national-deutscher Grundlage, aber ohne Beeinträchtigung der Hoheits- und Befugnisse der einzelnen Staaten.
2. Größtmögliche Befreiung der wirtschaftlich schädlichen Leerläufe.
3. Unbeschränkte gegenseitige Verlegung des Güterwagenparkes. Da Württemberg und Baden, wie bekannt, ihre Zustimmung zu der Personentariffrage von der Einigung über die Betriebsmittelgemeinschaft abhängig gemacht haben, so ist der jetzige erfreuliche Stand der Verhandlungen über die Betriebsmittelgemeinschaft auch für die Personentarifreform von günstiger anschlagentender Bedeutung.

Wenn die Maßgebenden von „national“ reden, so steckt allemal eine reaktionäre Idee dahinter. Die „nationale Einheit“ der Eisenbahnen, nach bayerischem Vorschlag, bedeutet genau so eine Verpreuung der Eisenbahnen Deutschlands, wie 1871 die deutsche Einheit, ebenfalls auf bayerischen, allerdings recht unfreiwilligen Antrag, das vergrößerte Preußen „national“ kaufte.

Die Wahl in Rattowitz-Jahrze

hat wider Erwarten schon im ersten Wahlgange zum Siege des Nationalpolen Korfanty geführt. Korfanty erhielt von 44 800 überhaupt abgegebenen Stimmen 23 408 Stimmen. Der Zentrumskandidat Pfarrer Kapiza erhielt 9100 Stimmen, der nationalliberale Kandidat Generalsekretär Dr. Voly 7082 und unter Genosse Morawski 4780 Stimmen. Die für die einzelnen Kandidaten abgegebene Stimmensumme variiert sehr von der Stimmensumme, die für die Kandidaten der betreffenden Parteien im Jahre 1908 abgegeben wurde. Damals erhielt Korfanty 11 598 Stimmen, das Zentrum 19 002 Stimmen, die Sozialdemokratie 10 044 Stimmen und der deutschnationale Kandidat 3033 Stimmen. Korfanty hat also seine Stimmensumme verdoppelt, während sowohl das Zentrum als auch die Sozialdemokratie mehr als die Hälfte ihrer Stimmen eingebüßt haben. Das Zentrum verlor 10 882 Stimmen, die Sozialdemokratie 5204 Stimmen. An die Stelle des deutschnationalen Kandidaten war diesmal der nationalliberale Kandidat getreten, der 4640 Stimmen mehr erhielt.

Der gewaltige Verlust des Zentrums und der Sozialdemokratie und der überraschende Stimmenzuwachs für den nationalpolnischen Kandidaten Korfanty ist zweifellos ein Erfolg der verächtlichen Galatistenpolitik. Sie hat sich auch in Wahlkreise Rattowitz-Jahrze bis auf die Knochen blamiert und furchtbar verhöhrt gemacht. Daß speziell die Sozialdemokratie mehr als 50 Prozent ihrer Stimmen einbüßte, ist außer auf die Unterdrückungspolitik gegen die polnische Bevölkerung auch auf die skrupellose Hege Korfantis und seiner Helfer gegen die Sozialdemokratie zurückzuführen. Alles was an Verleumdungen und Lügen gegen die Sozialdemokratie jemals vorgebracht worden ist, wurde von Korfanty und seinen Helfershelfern diesmal ins Gesicht geführt. Und leider war die Sozialdemokratie nicht in der Lage, diesen erbärmlichen Verleumdungsfeldzug durch ihre Agitation erfolgreich durchkreuzen zu können. In dem ganzen riesigen Wahlkreise mit seinen 300 000 Bewohnern stand ein einziges, kaum 300 Personen fassendes Versammlungslokal der Sozialdemokratie zur Verfügung. Die Flugblattagitation allein aber hat sich gegenüber der durch Wort und Schrift betriebenen Verleumdung der Korfanty-Partei nicht als ausreichend erwiesen. Kuffallen konnte es, daß der nationalliberale Kandidat eine relativ so hohe Stimmensumme erreicht hat. Die nationalliberale Stimmensumme erklärt sich aber sehr leicht, wenn man bedenkt, daß die Agitation für den Dr. Voly nicht nur von den Volksleitern mit sanftem Druck auf die Arbeiter ausgeübt wurde, sondern daß auch der ganze Regierungsapparat sich in den Dienst der nationalliberalen Agitation stellte.

Bayerische Wahlrechtsdebatten.

München, 13. Oktober. (Depesche.) Kammer der Abgeordneten. In der fortgesetzten Beratung der Wahlgesetzentwürfe erklärt Minister Graf Feilich, die Regierung wünsche das Zustandekommen des Wahlgesetzes und habe dies durch die Vorlage des Entwurfs in der letzten Session bewiesen. Sie stehe noch heute auf der Basis jenes Entwurfs; sie werde im Ausnahmefalle ihre Stellung verteidigen und entsprechende Entwürfe stellen. Der Minister betont nochmals die Grundzüge, nach denen die letzte Wahlkreiseinteilung gemacht wurde, und rechtfertigt das Verhalten der Regierung in der ganzen Wahlfrage. Die Regierung werde wie bisher so auch künftig bemüht sein mitzuwirken, daß ein neues Wahlgesetz zustande komme.

Abg. Gerstberger (Z.) bedauert sich, daß der Ministerialerlass über die Bildung kleinerer Wahlbezirke von den Bezirksamtsmännern vielfach als Luft behandelt worden sei, und daß die späte Bekanntgabe der Wahlbezirkseinteilung die Erledigung von Beschwerden unmöglich mache. Wenn der Minister so schwach sei, daß er auf die Bezirksamtsmänner nicht mehr einwirken könne, so wäre es an der Zeit, daß er einer stärkeren Kraft Platz mache.

Cassellmann (liberal) führt aus, das Ministerium werde das Zentrum niemals zufriedinstellen, wenn es ihm nicht sämtliche Mandate verschaffe. Das Nürnberger Programm der bayerischen Liberalen bedeute die Einigung aller liberalen Richtungen zum Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner, ohne die Selbstständigkeit der einzelnen liberalen Organisationen aufzugeben. Der Redner bekämpft in längerer Ausführung die Sozialdemokratie und das Zentrum, das Wohlwollen dieser Parteien und die politische Agitation der katholischen Geistlichen. Die unverantwortliche Verquickung von Religion und Politik, die maßlose Agitation der Zentrumspolitiker im geistlichen Gewande, die selbst ein Gebetbuch zum politischen Kampfe mißbrauchen, haben dem Zentrum seine jetzige Macht verschafft.

Abg. Dr. Heim (Z.) wendet sich in scharfen Worten gegen Cassellmann. Die Liberalen seien bei den Wahlen dezimiert worden, aber nicht durch die Agitation der Geistlichen, sondern infolge der Fehler ihrer eigenen Partei. Bei den Liberalen herrsche Uneinigkeit, das Zentrum dagegen sei in den Grundzügen stets einig. Für ein neues Wahlgesetz müßte jener Vertrag, den 1903 die Kammer der Abgeordneten und der Reichsräte abgeschlossen haben, auch jetzt noch die Grundlage bilden; daher sei eine Proportionalwahl unmöglich. Der Minister Graf von Feilich habe durch zu späte Veröffentlichung der Einteilung der Wahlbezirke die Ausübung des Wahlrechts auf dem flachen Lande erschwert und der Bevollmächtigung ihr Beschwerdevermögen verweigert.

Die Weiterberatung wird heute nachmittags erfolgen. — In der Nachmittagsitzung wird die Beratung über die Wahlrechtsentwürfe fortgesetzt.

Erhart (Soz.) polemisiert in anderthalbstündiger Rede gegen die Liberalen.

Ministerpräsident Freiherr v. Bodewitz wendet sich gegen Cassellmann, durch dessen Drohungen er sich nicht einschüchtern lasse. Das Zentrum habe nicht versucht, durch Drohung mit Rückverweigerung die Minister in der Frage der Wahlkreiseinteilung zu beeinflussen. Die Zeitungsnachricht, daß ein Übergangswahlgesetz über Beratungen im Ministerrat gemacht habe, sei bereits in der Presse dementiert worden.

Auf die Anfrage Cassellmanns, ob er oder einer seiner Kollegen einen solchen Vertrauensbruch begangen habe, erwidert der Minister-

präsident, daß er auf solche Anfrage keine Antwort gebe. (Beifall rechts.)

Reich (Z.) betont, daß die Regierung in der Pfalz sich das Zentrum durch die Wahlkreiseinteilung niedergehalten habe. Die Schlüsselfeder der Antragsteller Daller (Z.), Müller-Reiningen (lib.) und Segib (Soz.) bringen nochmals lebhafteste Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Parteien. Hierauf wird der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Liberalen abgelehnt, ebenso der Primär Antrag der Liberalen auf Proportionalwahl. Dagegen werden der Zentrumsantrag und der Eventualantrag der Liberalen einstimmig einem besonderen Ausschuss überwiesen.

Die neue Verfassung des liberalen bayerischen Volksministers.

Man schreibt uns aus München: Seit Herbst des vorigen Jahres besteht in München ein „provisorisches allgemeines Staatsbeamtenkomitee“, das sich aus Vorständen verschiedener Beamtenverbände zusammensetzt und die Wünsche und Vitten der Beamten in bezug auf die Schaffung eines neuen Beamtengesetzes, Änderung der Pensionsgesetze usw. sachlich bearbeitet und der Regierung in Vorlage bringt. Diesem Komitee gehört auch ein Volksbevollmächtigter an, dem jedoch eines Tages plötzlich verboten wurde, sich an den Beratungen zu beteiligen, ja es wurde ihm von seinem Vorgesetzten sogar verweigert, mit einer Beamtendeputation beim Finanzminister vorstellig zu werden. Bald darauf ging aber die Polizei noch einen Schritt weiter und erklärte das Beamtenkomitee für einen politischen Verein. Zur Begründung dieser kaum glaublichen Maßnahme wurde angeführt, die Tätigkeit des Komitees wolle zu einzelnen Maßnahmen der Verwaltung und Gesetzgebung, speziell auf dem Gebiete des Staatsdienerechts, zu Gesetzesänderungen und zur Ausschaffung von Gesetzen den Anstoß geben. Hiergegen wurde der Beschwerdebeweg beschritten, jedoch erfolglos. Das Ministerium des Innern erklärte, daß es keinen Anlaß habe, der Beschwerde stattzugeben.

Interessant ist, daß dieses merkwürdige Vorgehen veranlaßt wurde durch die Zugehörigkeit des erwähnten Volksbevollmächtigten zum Komitee. Als nämlich der Vorsitzende des Komitees bei einem höheren Beamten vorstellig wurde, soll ihn dieser gefragt haben, warum man gerade Herrn K. (eben jenen Volksbevollmächtigten) dabei haben wolle, er glaube, daß gerade hierdurch der Stein ins Rollen kam, da sich sonst die Polizei gar nicht um das Komitee kümmern hätte!

Man muß schon sagen, daß dies recht hübsche Verwaltungsgrundsätze sind, die da entwickelt werden. Aber wir wissen ja aus Erfahrung, daß im Reiche des Grafen Feilich nichts unmöglich ist und so liegt auch kein Grund vor, an der Zuverlässigkeit dieser Mitteilungen zu zweifeln. Das Vorgehen, das hier beliebt wurde, geht noch über die Maßnahmen hinaus, die man seinerzeit gegen die Münchener Schutzleute ergriffen hat, die von dem ihnen zustehenden Versammlungsrecht Gebrauch zu machen versuchten. Damals schloß man die angeblich gefährdete Disziplin vor. Da das im vorliegenden Falle nicht ausging, hat man zu einem Mittel gegriffen, das mit den bestehenden Gesetzen auf keinen Fall in Einklang zu bringen ist. Besonders unerhört aber ist es, daß man den Volksbevollmächtigten — es handelt sich um einen Kommissar — verbieten will, sich an einer derartigen Vereinigung zu beteiligen. Mit demselben Rechte könnte man dann auch jedem anderen Beamten das gleiche Verbot auferlegen. Daß man dies gern möchte, daran zweifelt niemand, der nur einigermaßen die Verhältnisse kennt. Die Regierung würde es gar nicht unangenehm empfinden, wenn sie den Beamten und Bediensteten „das ewige Petitionieren“ verbieten könnte.

Im übrigen wird die Geschichte wohl noch ein Nachspiel im Landtage haben. —

Ueber die Lage in Deutschsüdwestafrika

gibt General von François im „Militärwochenblatt“ eine sehr wenig rosigte Schilderung. Nachdem er dargestellt hat, mit wie außerordentlich großen Schwierigkeiten die Verproviantierung der Truppen im Hottentottengebiet verbunden sei und daß es infolge dieser ungläublichen Schwierigkeiten kein Wunder sei, daß die Verproviantierung unserer Truppen eine schlechte sei, schildert er die Situation im Süden des Kriegsschauplatzes. In den Kämpfen gegen Moronga seien seit April gefallen 49, verwundet 58, an Krankheiten gestorben 60 Mann. Die Pferdestärke herrsche ungewöhnlich stark und mache einen Teil der Reiter markunfähig. Schließlich sagt er wörtlich:

„Die Befestigung einiger Orte an der Grenze, allmähliche Füllung der dortigen Magazine und Vereinfachung einer Kompanie in Keetmanshoop scheint vorgezogen zu sein und dürfte gegen ihn genügen. Vollständige Aufgabe des Südens bis zum 26. Grad für einige Monate, Desinfizierung der zu verlassenden Wasserstellen könnte auch nichts schaden. Zergewichte namhaften Werte in Magazinen, an Wägen oder Einrichtungen fehlen nirgends dort auf dem Spiele. Moronga wird sich dann irgendwo sammeln und ein greifbareres Angriffsobjekt bieten. Das gleiche gilt von dem nach dem äußersten Süden gestückelten Cornelius.“

Nach der Ansicht des Generals v. François wäre also zurzeit gegen Moronga nichts auszurichten! Die südwesafrikanische Leitung scheint indes trotz aller bisherigen Rückschläge und Enttäuschungen den Kampf fortsetzen zu wollen. Folgende amtliche Meldung liegt heute vor:

Berlin, 13. Oktober. Durch eine Erkundung wurden stärkere feindliche Kräfte, anscheinend unter Hendrik Witboi und Simon Kopper, östlich Kubus festgestellt.

Major v. Ekerff veranlaßte am 7. Oktober die 1., 2., 6., 7., 8. Kompanie Regiment 2, 7. Kompanie Regiment 1, 1/2 5. und 7. Batterie in der Linie Persp-Amadab-Daruchas gegen sie zum Angriff.

Moronga und Morris sind aus den Großen Karasbergen nach Süden abgezogen. Ersterer hatte früher verschiedentlich Verhandlungen wegen seiner Unterwerfung angestellt. Jetzt soll er aber erklärt haben, daß er bis zum letzten Mann kämpfen werde.

Weiber und Kinder will er auf englisches Gebiet nach Pella, etwa 75 Kilometer südöstlich Warmbad, bringen.

Zum Angriff gegen Moronga und Morris ist Oberstleutnant v. Semmern im Vormarsch begriffen, und hat am 7. Oktober mit 2. Komp. Regiment 1, 9., 10., 11., 12. Komp. Regiment 2, 1/2 3. Ersatzkompanie, Ersatzkompanie 3a, 5. Geschützen der 9. Batterie, 1/2 8. und 2. Batterie und 4. Maschinengewehren die Linie Amas-Hudab-Dawignal erreicht.

Cornelius hat sich von Moronga und Morris getrennt und ist aus den Gr. Karasbergen in nordwestlicher Richtung an Keetmanshoop vorbei abgezogen. Er hatte angeblich die Absicht, sich mit Hendrik Witboi zu vereinigen, über dessen Flucht nach Osten er nicht unterrichtet war. Er wird durch eine Abteilung von 70 Mann und 1 Geschütz unter Hauptmann v. Leitow von Keetmanshoop aus verfolgt, während die Linie Pella-Karas-Verbe durch einzelne Posten gesperrt wird. —

Ein Telegramm aus Windhof meldet: Am 4. Oktober an der Wasserstelle Gobas südwestlich Keetmanshoop gefallen: Reiter Otto Hoffmann, geboren 24. Februar 1883 zu Lauf, am 6. Oktober auf Patrouille am Kaprivier leicht verwundet; Sergeant Karl Voh, geboren 8. August 1877 zu Wörm, Schuß in die Schulter, rechte Wade. Gefreiter Adalbert Kowalewski, geboren 11. April 1877 zu Stoll, Schuß rechte Schulter. Gefreiter Heinrich Prange, geboren 1. Januar 1882 zu Warmstadt, Schuß linke Schulter. Am 9. Oktober auf Patrouille bei Besondermaid verwundet: Reiter Karl Seiber, geboren 22. August 83 zu Roß, schwer, Knochenbruch rechten Unterschenkels. Ge-

freiter Hermann Börner, geboren 15. Januar 82 zu Ruhnthal, leicht, Fleischhauer hinter Unterförschel.
Geboren: Am 9. Oktober im Lazarett Spalopmund an Typhus und Darmbluten; Militär-Krankenträger Gustav Jung, geboren 18. November 84 zu Strahburg i. E.

Diesbezügliche der Kameruner Beschwerdeschrift.

Die „Königliche Zeitung“, die ja betamlich öfter als halb offiziöses Sprachrohr benutzt wird, erhält ein Telegramm aus Berlin über die Beschwerdeschrift der Kameruner Eingeborenen. In diesem Telegramm wird über die Natur der Beschwerde berichtet, die es wirklich für möglich hielten, daß sämtliche Oberhäuptlinge und Häuptlinge in Kamerun die betreffende Beschwerdeschrift unterzeichnet hätten. Wie der Korrespondent aus dieser Quelle erfährt, liege dieser kommissarische, wieder einmal die Gefahr eines Aufstandes in Kamerun an die Wand malenden Nachrich ein recht geringfügiger Vorgang zugrunde. Die Beschwerdeschrift kamme nämlich von dem sogenannten King Aqua Bell und sei von dessen Unterhäuptlingen unterzeichnet. Man habe sich auch „amlich die Mühe gegeben“, diese Beschwerdeschrift dem Kameruner Gouverneur zur Verichterstattung zu überreichen. Unter der Oberhäuptschaft King Aqua Bells ständen im ganzen nur etwa 2000 Dualanger. Der alte King Bell sei ein etwas zu trübsinniger Herr und habe die Dualas nur noch geringen Einfluß. Die führenden Häuptlinge der Dualas, wie Wango Bell, ständen der Unterförschel völlig fern. Die treibende Kraft der Beschwerdebewegung sei der leider in Deutschland sich aufhaltende Wungo Bell, der zurzeit in Hamburg wegen Betruges und Hochverrats verfolgt werde. Nun scheine er dort auch als Zeitungspresseler aufzutreten zu sein. Der geliebte schwarze „Summler“ verleihe, daß man ihn nach Verübung der ihm jetzt drohenden Strafe aus Deutschland entferne und einer anderen Kolonie, nicht seinem Heimatlande, zuführe.

Der Reichstag wird die Beschwerdeschrift hoffentlich nicht in so öffentlicher und leidenschaftlicher Weise abstimmen, wie der anscheinend offiziös inspirierte Korrespondent des Königlich Blattes. Eine bequemere Art, die Beschwerde abzutun, kann es freilich nicht geben, als daß man die Beschwerdeschrift, die sich gerade gegen den Gouverneur von Kamerun richtet, diesem Gouverneur selbst zur Begutachtung unterbreitet. Herr v. Puttkamer wird es ja selbstverständlich versuchen, alle Beschwerden als unbegründet darzustellen und umgekehrt das denkbar ungünstigste Zeugnis abzugeben über King Aqua Bell und die übrigen Unterförschler der Beschwerdeschrift abzugeben. Es ist aber geradezu unangebracht, daß man dem Angeklagten zum Richter seiner eigenen Sache machen will. Soll die Angelegenheit wirklich untersucht werden, so mühte eine vollständig unabhängige parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden, der Gelegenheit gegeben würde, sich an Ort und Stelle über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Beschwerde durch weitgehende Zeugenvernehmungen ein Urteil zu bilden. — Inwiefern Wungo Bell mit der Schrift in Verbindung steht und ob derselbe wirklich ein schwarzer Hochverräter ist, wäre eine Frage für sich. Allen Anschein nach aber ist dieser Duala der Regierung und speziell der Kameruner Verwaltung höchst unbehagen. Aber deshalb hätte die Regierung noch lange kein Recht, den „schwarzen Summler“ selbst dann in eine andere Kolonie abzuschieben, wenn er sich in Deutschland einige Vergehen hätte zuschulden kommen lassen. Die weißen Kulturträger, mit denen man die Eingeborenen beglückt, haben zum guten Teil noch ganz andere Dinge auf dem Herdhaufen.

Ueber die südafrikanischen Burenmannschaften

urteilt ein Kriegsteilnehmer, der fünf Viertel Jahre lang die Vorgänge in Südafrika verfolgte, in einer Zuschrift an die „Augsburger Abendzeitung“ überaus ungünstig. Bei seinem ersten Zusammentreffen mit den Mannschaften der Schutztruppe, so erzählt er, habe er zu seinem großen Erstaunen Urteile über die Burenmannschaften gehört, die von wenig Sympathie gezeugt hätten. Im Laufe der fünf Viertel Jahre, die er dann in Südafrika zugebracht habe, habe er reichlich Gelegenheit gehabt, mit Buren zusammen zu sein. Seine heutige Meinung über dieselben sei die, daß die bisherigen Auslassungen über die Burenmannschaften noch viel zu gelinde für das „Gesindel von sogenannten Buren“ seien. Jeder deutsche Soldat, der mit den großen Vieh- und Pferdetransporten ins Innere zu tun gehabt habe, wisse zu erzählen von der Auslieferung, den Gewalttaten, der Rauberei und Unerschämtheit der Buren, die die Transporte als Führer und Treiber begleiteten. Es handele sich hier nicht um die Meinung einzelner, sondern um das Urteil aller deutschen Soldaten, die mit dem betreffenden Gesindel zu tun gehabt hätten. Der gefasste Leutnant v. Marwig habe in seinem Tagebuch von einem ihm beigegebenen Buren, der ihm als praktischer Ratgeber habe dienen sollen, aus besserer Familie stammte und 500 Mark monatlich bezog, geschrieben, daß er weniger als nichts leiste. Die bei den Transporten beschäftigten Burenmannschaften verdienten in nichts jene Sympathien, die man während des Burenkrieges in Deutschland dem stammverwandten Volke so übermäßig entgegengedrückt habe.

Es scheint danach, als ob die Personen, die seinerzeit in Britisch Südafrika die Burenmannschaften angeworben haben, bei der Auswahl der Mannschaften eine sehr unglückliche Hand bewiesen hätten. Oder sollten erst die Erfahrungen, die die Buren ihrerseits in Deutsch-Südafrika zu machen Gelegenheit hatten, dazu beigetragen haben, die Buren zu einer Art passiven Widerstandes zu veranlassen? Diese Vorkämpferungen, die auch in Südafrika bekannt werden dürften, werden natürlich nicht zu einer Besserung des Verhältnisses zwischen den Burenelementen und den deutschen Elementen in Südafrika beitragen. Im übrigen scheinen die Buren selbst zu der Ansicht zu kommen, daß Deutsch-Südafrika sich für eine Burenkolonisation nicht eignet. Aus Victoria wird wenigstens gemeldet, daß der Untersuchungsansatz der Buren, der beauftragt war, die Lebensverhältnisse in Deutsch-Südafrika zu prüfen, zurückgekehrt sei und seinen Bericht veröffentlicht habe. In diesem Bericht heiße es, daß die Auswanderung in das deutsche Gebiet gleichbedeutend sei mit dem Ruin für die Auswanderer. Trotz der günstigen Angebote der deutschen Behörde würden die Burenführer entschlossen sein, mehr als je zu verhindern, daß ihre Landsleute sich in jener Kolonie niederließen. Der Untersuchungsansatz muß also die denkbar ungünstigsten Einblicke aus unserer Kolonie mit nach Hause genommen haben! —

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Die „politische Polizei“. Unsere ungarischen Genossen haben gut: Sie können sich die Mühe und Kosten für Herausgabe von Parteiberichten ersparen, denn diese schwere und kostspielige Arbeit nimmt ihnen die gütige Polizei ab!

In den nächsten Tagen wird der von der Budapest Staatspolizei herausgegebene Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im verflochtenen Jahre erscheinen — ein Werk von 540 Druckseiten, das unsere ungarischen Genossen sich natürlich schon im Voraus zu verschaffen verstanden haben! —

Das dreieibige Buch enthält die Berichte über sämtliche Parteiversammlungen, über Partei- und Gewerkschaftsversammlungen, Demonstrationen usw. — für unsere Genossen also nichts Neues, aber immerhin doch eine Zusammenstellung aus Protokollen, Nachrichten und Notizen, die hier und da verstreut waren.

Ein Abschnitt des Buches befaßt sich mit den Lohnbewegungen, und es werden in ihm die zwischen Arbeitern und Arbeitgebern geschlossenen Lohnverträge veröffentlicht.

Früher erschienen dergleichen Berichte zusammen mit dem allgemeinen Polizeibericht, unsere Parteiverhältnisse wurden also in

einem Atem mit den Angelegenheiten der ungarischen Verbrecher, Chontantsängerinnen, Prostituierten und Bordellwirte behandelt! Jetzt erscheint der Bericht über die Arbeiterbewegung wenigstens für sich. Und doch sind die ungarischen Genossen ungehalten über diese Handhabung der Dinge, weil sie meinen, daß so wichtige staatliche Lebensfragen nicht ins Ressort der Polizei, sondern in das des Handelsministeriums oder irgend einer anderen ernstlichen und beruflichen Spezialinstanz gehören. —

Schweiz.

Ein preussisch-schweizerischer Auslieferungsskandal.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Das „Volkrecht“, unser hiesiges Parteiorgan, veröffentlicht jedoch einen Fall, in dem ein italienischer Arbeiter in Berlin wegen Diebstahls verhaftet und vom 27. Juli bis 5. Oktober, da er endlich nach Zürich kam, in Untersuchungshaft gehalten wurde, ungeschuldig, wie sich nun ergeben hat. Das „Volkrecht“ gibt folgende tatsächliche Schilderung:

Am 19. Juli 1905 zeigte eine Frau Tascot in Zürich III beim Polizeikommando an, es seien ihr in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli mehr als 700 Fr. gestohlen worden, und sie habe Verdacht, der Täter sei der Züricher Saffi Giuseppe.

Am 22. Juli wurde dann in Zürich eine Karte mit Beschlagnahme belegt, die Saffi geschrieben hatte. Am 20. Juli 1905 nachmittags war sie angekommen und trug den Poststempel Adlershof bei Berlin. In Adlershof war sie am 19. Juli zwischen 6 und 7 Uhr morgens aufgegeben worden.

Am 24. Juli wurde von Zürich aus von der Berliner Kriminalpolizei die Verhaftung Saffis verlangt, am 27. Juli wurde der Mann festgenommen.

Am 31. Juli stellte die Bezirksanwaltschaft von Zürich das Auslieferungsgesuchen. Die Staatsanwaltschaft unterließ es, die kantonale Justizdirektion übermittelte die Akten nach Bern aus eigenem Interesse Justiz- und Polizeidepartement; auf dessen Vermählungen hin wurde die Auslieferung vollzogen, bis aber die Formalitäten im Staate Buehen erledigt waren, verfloß so viel Zeit, daß Saffi erst am 5. Oktober nach Zürich kam. Am 7. Oktober wurde er vor den Untersuchungsrichter geführt, der dann auch sofort die Freilassung anordnete.

Der Fall soll so einfach als nur möglich und eine sofortige ernste Prüfung hätte dem Mann in kürzester Zeit wieder die Entlassung aus dem Gefängnis bringen müssen. Wenn der Mann am 19. Juli morgens in Adlershof bei Berlin eine Karte aufgab, so konnte er nicht in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli in Zürich einen Diebstahl verübt haben. Javellos war er in der Lage, auch noch auf andere Weise den Alibibeweis zu erbringen. Nun aber ist Saffi, wie das „V.“ weiter konstatiert, in Berlin niemals vernommen worden! Der Züricher Untersuchungsrichter mußte aber die in seinen Händen befindliche Postkarte zur Entlastung, nicht zur Belastung und Mäßigen Inhaftierung eines armen italienischen Arbeiters benutzen.

Alle Behörden, die hier mitgehandelt haben, sind auch mitschuldig. Aber unwillkürlich fragt man: Wo bleibt da der Rechtsstaat, wo die Rechtsgarantien, wo die Achtung vor der persönlichen Freiheit? Da kann man von Vogelfreiheit reden. Der Mann hat nun ungeschuldig die günstigste Zeit der Verkaufsjahres im Gefängnis zubringen müssen, statt daß er hätte arbeiten und verdienen können. Wir sind begierig, ob und wie er für die ungeschuldig erlittene 2 1/2 monatige Untersuchungshaft entschädigt wird. —

Italien.

Rachwirkungen der Enthaltungen des „Matin“. Rom, 11. Oktbr. (Fig. Ver.) Auch in Italien haben begreiflicherweise die Veröffentlichungen des „Matin“ große Erregung hervorgerufen. Der sich auf die italienische Diplomatie beziehende Satz, der Konvikt zugeschrieben wird: „Vous avez débauché l'Italie“ (Sie haben Italien forumpiert), wird sogar ein Nachspiel in der Kammer haben. Der heutige „Avanti“ meldet, daß der Abgeordnete Cirroni, seinerzeit Korrespondent der „Rational-Zeitung“, den Minister des Aeußern über diese Anschuldigung interpellieren wird. Cirroni kann sich natürlich mit Leichtigkeit aus der Sache ziehen, indem er den „Matin“ dementiert. Dokumente und ... Quittungen wird ja das französische Blatt nicht vorlegen können. —

Der republikanische Abgeordnete Comandini hat dem Justizminister eine Interpellation überhandt wegen der besändigen Konfiskationen des „Avanti“. Der Republikaner Barzilai hat die Minister des Innern und der Finanzen über das Wohnungsproblem interpelliert. Vor Mitte November wird aber die Kammer nicht eröffnet. —

Sozialistischer Wahlsieg. In Cosenatico in der Romagna hat bei der Gemeinderwahl vom 8. d. M. die sozialistische Partei alle ihre 16 Kandidaten durchgebracht. Die vier Siege der Minorität stellen den Republikanern zu. Die Merikalen seien ganz durch. Die Gemeinde war bisher in den Händen der Republikaner.

Die antimilitaristische Propaganda in Italien erfüllt die Regierung mit großer Besorgnis, so daß sie die Soldaten in beispielloser Weise ausspionieren läßt. In vielen Städten sind Sirkulationen gegen Soldaten im Gange, die im Verdacht sozialistischer Bestimmung stehen. Der „Avanti“ ist gestern und heute wegen Angriff auf den Kriegsminister konfisziert worden.

Die Revolution in Rußland.

Fürst Trubezkoi gestorben.

Petersburg, 13. Oktober. (Petersburger Telegr. Ag.) Der gestern morgen hier eingetroffene Rektor der Moskauer Universität, Fürst Trubezkoi erkrankte am Abend während einer Konferenz im Ministerium für Volksaufklärung und verschied um Mitternacht infolge eines Blutergrusses in Gehirne.

Professor Trubezkoi gehörte zu den hervorragenden Liberalen. Er hielt vor dem Jaren jene fühne Ansprache beim Empfang der Semstwo-deputation.

Ein „Gendarm“ weniger!

Petersburg, 13. Oktober. In Krasnojarsk wurde gestern bei der Rückkehr vom Theater der Polizeiminister v. Eydmann in Gegenwart seiner Familie durch sechs Schüsse getötet.

Der Zarismus als Frauenhändler.

Wie der „Russ. Korresp.“ gemeldet wird, wurden die Frauen, die während der Unruhen arretiert und in der Manege eingesperrt wurden, von den dort postierten Kosaken vergewaltigt. Ein Teil der Kosaken suchte dies zu verhindern. Es kam deshalb zu Streitigkeiten, die in Tötlichkeiten überzugehen drohten. Es wurden Militär- und Zivilbehörden herbeigerufen. Einzelheiten sind noch nicht bekannt. 60 von den ausländigen Vätern wurden verhaftet. Auch unter dem Militär sind viele Verhaftungen vorgenommen worden. Militärs wurden zum Teil bei den Unruhen auf der Straße verhaftet.

Die Lage in Moskau.

Zusammenstöße zwischen Kosaken und Ausländigen finden fortgesetzt statt. Nach der „Russ. Korresp.“ finden auch unter dem Militär viele Verhaftungen statt.

Bomben.

Rejzha (Gouvernement Witebsk), 12. Oktober. (Petersburger Telegr. Ag.) In dem Reisefloker einer litauischen Frau, die aus Krenzburg stammt und unter dem Verdachte

des Diebstahls verhaftet worden war, wurden 48 Bomben gefunden. Das Ziel ihrer Reise war Danaburg.

Die revolutionären Fahrräder.

Titel, 12. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Generalgouverneur erließ eine Bekanntmachung, daß die Truppen angewiesen seien, jede Volksversammlung zu zerstreuen und, falls sie auf Widerstand stießen, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Auch der Verkehr mit Fahrrädern ist von Sonnenuntergang an verboten.

Scherfkeil.

Saratow, 13. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Unter den Sckern ist ein Aufstand ausgebrochen.

Revolutionäre Disziplin.

Der eben hingerichtete Petrov von der meiternden Mannschaft des „Pruth“ hat ein bewundernswürdiges Beispiel von revolutionärer Disziplin gezeigt. Während der Voruntersuchung hatte ihn ein Beamter zu überzeugen gesucht, daß nach dem Ulla vom 19. August das Streben nach revolutionärer Umwälzung überflüssig sei. Petrov erwiderte, daß er nur in dem Falle vom Streben nach einer gewalttätigen Revolution sich lossagen würde, wenn Vertreter des Volkes zusammenkommen würden, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrechtes gewählt wären. Der Beamte sagte darauf: „Erklären Sie es vor Gericht, so wird es den Richtern als Anlaß zur Verringerung der Strafe dienen.“

Daraufhin richtete Petrov aus dem Gefängnis einen Brief an das Sebastopoler sozialdemokratische Parteikomitee, in dem er um die Erlaubnis, eine solche Erklärung abzugeben, anfragte. Falls diese Erlaubnis ausbleibt, schrieb er, werde ich vor Gericht äußerst revolutionäre auftreten. Durch die Schwierigkeit der Korrespondenz zwischen Gefängnis und Komitee kam der Brief zu spät an, erst nach den Gerichtsverhandlungen und dem endgültigen Urteil. Petrov aber hatte sein Wort gehalten: ohne Erlaubnis des Parteikomitees hatte er vor Gericht die Erklärung, für welche ihm das Leben versprochen war, nicht abgegeben, sondern hatte umgekehrt seinen revolutionären Standpunkt scharf betont. Nun hat er seine Parteidisziplin mit dem Tode gebüßt.

Ein anderes Beispiel von Parteidisziplin zeigte ein sozialdemokratischer Matrose, der in die Loge kam, bei der Erschießung Petrovs und seiner Genossen pflichtmäßig zugegen sein zu müssen. Er wandte sich an das Komitee mit der Anfrage, ob er auf die Straße der Hinrichtung gehen oder sich offen weigern solle. Auf die Bemerkung der Parteifreunde: „Sie werden doch für diese Weigerung erschossen werden“, erklärte er: Wenn das Komitee findet, daß man sich weigern müsse, tue ich es. Das Komitee erklärte, daß seine Gegenwart erwünscht sei, um alle Einzelheiten der Hinrichtung zu erfahren.

So stark ist jetzt die Aufopferungsfähigkeit in allen Kreisen entwickelt. —

Gewerkschaftliches.

Erklärung.

Die Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umgegend, die am 12. d. M., abends 8 Uhr, nach dem großen Saale des Gewerkschaftshauses mit der Tagesordnung: „Probleme der Aendererziehung“, Referent Genosse Paul Göhre, einberufen war, konnte nicht stattfinden.

Der Grund ist folgender: Nach demselben Saal hatte das Zentral-Streikkomitee der Elektro-Industrie zu nachmittags 5 Uhr eine Versammlung der Vertrauensleute der Streikenden und Ausgesperrten einberufen in der Hoffnung, bis abends 8 Uhr fertig zu sein. Wider Erwarten hatten sich die Verhandlungen infolge der zahlreichen Wortmeldungen derart in die Länge gezogen, daß um 8 Uhr von Mitgliedern des Streikkomitees erklärt wurde, die Verhandlungen würden aller Voraussicht nach kaum vor Mitternacht beendet sein. Gleichzeitig wurde an uns das Ersuchen gerichtet, unsere Versammlung zugunsten dieser wichtigen Angelegenheit doch ausfallen zu lassen. Da nun alle übrigen Säle im Gewerkschaftshaus an demselben Abend besetzt waren und die Vertagung der Vertrauensmänner-Versammlung bis zum Schluß unserer Versammlung einer abermaligen polizeilichen Anmeldung bedürftig hätte, die 24 Stunden vorher stattfinden muß, konnten wir in Anbetracht der gegenwärtigen Situation in der Elektro-Industrie auf die Abhaltung unserer Versammlung nicht bestehen. Mit Zustimmung unseres Referenten Genossen Göhre erklären wir jedoch, daß die Versammlung mit derselben Tagesordnung in nächster Zeit stattfinden wird, wozu auf neue Einladungen an unsere Mitglieder ergehen werden.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin und Umgegend. J. A.: Wilhelm Witt.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Töpfer. Am Donnerstag erstattete die Lohnkommission in einer öffentlichen Versammlung Bericht über den derzeitigen Stand der Tarifbewegung. Der Tarif ist seitens der Arbeitnehmer gekündigt worden und läuft nun mit dem Ende dieses Jahres ab. Zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Lohnkommission der Arbeiter hat bereits eine Verhandlung stattgefunden, die jedoch kein Resultat aufzuweisen hat. Die Lohnkommission hatte von ihren Auftraggebern die ganz bestimmte Weisung erhalten, für die von einer früheren Versammlung aufgestellten Forderungen einzutreten. Dieselben geben dahin, daß für verschiedene Tarifpositionen gewisse prozentuale Zuschläge gewährt werden sollen. Bei der Verhandlung mit den Arbeitgebern hat sich gezeigt, daß diese nicht willens sind, die geforderten Lohnerhöhungen zu gewähren, andererseits sagten sie aber auch nicht, wie weit sie mit etwaigen Weisungen gehen wollen. Die Lohnkommission konnte auch keine Vermittlungsvorschläge machen, weil sie ein gebundenes Mandat hatte, das sie verpflichtete, nur für die aufgestellten Forderungen einzutreten. Die Arbeitgeber haben sich zwar zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt, jedoch über den Zeitpunkt derselben nichts angegeben. — Die Versammlung erklärte durch einstimmige Annahme einer Resolution, daß sie sich hiernit nicht einverstanden erklären könne, sie beauftragte die Lohnkommission, bis zum 20. Oktober die Erklärung einzufordern, ob die Arbeitgeber gewillt sind, auf Grund der ihnen von den Arbeitern unterbreiteten Forderungen in Verhandlungen einzutreten. — In der Versammlung kam auch die Ansicht zum Ausdruck, man werde wohl Zugeständnisse von Weistern erlangen, wenn auch nicht in der Höhe der aufgestellten Forderungen, es wäre deshalb zweckmäßig, die Lohnkommission nicht an die Durchsetzung ganz bestimmter Forderungen zu binden. Deshalb wurde dem auch beschloffen, das gebundene Mandat der Lohnkommission aufzuheben. — Weiter beschloß die Versammlung, daß mit Rücksicht auf die Lohnbewegung der Bezug nach Berlin fernzubalten, kein von auswärts Zureisender im Arbeitsnachweis einzutreten, das Umhauen während der Lohnbewegung unterläßt und nur die Beuung der bestehenden Arbeitsnachweise gestattet ist.

Die Aussperrung der Lederarbeiter, Weißgerber, Färber und Hüßfabriker erstreckt sich jetzt auf 700 Arbeiter mit 800 Kindern. Die Fabrikanten machen nun die größten Anstrengungen, um Arbeitswillige zu erhalten. Durch Inserieren in bürgerlichen Blättern und sogar durch Nachfrage auf dem Zentral-Arbeitsnachweis versucht

man, das Nötige an Kräften zu beschaffen. — Vor Zuzug wird gewarnt.

Herr Schuhfabrikant L. Großmann, Schaperstr. 67, ersucht uns mitzuteilen, daß er nicht die Absicht zu Lohnabhängigen hatte, sondern daß nur bei einem Arbeiter durch einen Irrtum im Kontor, der später berichtigt werden sollte, zu wenig gezahlt worden sei. Die Lohnzahlung sei nur durch Umstände, die er nicht in der Hand hatte, um kurze Zeit verzögert worden. Die Verhältnisse in seinem Betriebslokal bedauern er selbst, sei aber auf zwei Jahre an den Kontrakt gebunden und könne vorher nicht mit der nötigen Energie an die Abhilfe herangehen.

Deutsches Reich.

Der Kampf in der mitteldeutschen Textilindustrie.

Die der Ortsgruppe Gera des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien angehörigen Webereibetriebe beschloßen gestern nachmittag, ihren sämtlichen Stuhlarbeitern für den 27. Oktober zu kündigen, da die Voraussetzung, daß sich bis zum Donnerstag, den 12. Oktober, abends in den vier Betrieben, in denen die Arbeiter heute vor acht Tagen zum größten Teil gekündigt haben, eine genügende Anzahl Arbeiter zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bereit erklären würden, sich nicht erfüllt hat. Die notwendige Folge dieser Kündigung wird, wie die „Geraer Zeitung“ meldet, sein, daß in der nächsten Woche die Schließung sämtlicher zum Verbands der sächsisch-thüringischen Webereien gehörigen Betriebe angeordnet werden wird.

Die Lohnbewegung der Raderer Textilarbeiter. Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Aachen hat am 11. Oktober dem sächsischen Textilarbeiterverband auf den am 15. September eingereichten Lohnantrag schriftlich mitgeteilt, daß der vorgelegte allgemeine Lohnantrag als undiskutierbar bezeichnet werden muß, daß auch überhaupt ein allgemeiner Lohnantrag für die Raderer Webereien als praktisch undurchführbar erscheint. Die alten Unternehmerphrasen, die dadurch nicht wahrer werden, daß sie von zumeist katholischen Kapitalisten an die katholischen Webstuhlproletarier gerichtet sind! Der Arbeitgeberverband gibt in dem Schreiben sein Schluß anheim, den Gegenstand vor dem eingeleiteten Schiedsgericht der Textilindustrie zu verhandeln, dessen Vorsitzender der Raderer Oberbürgermeister ist. Die Textilbarone scheinen ihres „Schiedsgerichts“ sicher zu sein.

Städtische Arbeiterpolitik. In dem Gaswerk der Stadt Köln haben im verfloßenen Frühjahr die Arbeiter wegen Lohnminderungen einen Tag gestreikt. Durch das Verhalten der „christlich“ organisierten wurde nichts Rechtes aus der Geschichte, und viele Arbeiter traten aus dem Arbeitsverhältnis aus. Mitleidig wurden im Kölner „Stadt-Anzeiger“ fortgesetzt Arbeiter für das Gaswerk gesucht. Denjenigen Leuten, die insolge des Lohnstreiks im Frühjahr ausgetreten waren, wurde aber erklärt, daß sie nicht mehr eingestuft werden könnten. Aber nimmt man ungelernete Knechte an, als Arbeiter, die sich erkünnen haben, einen Tag zu streiken. Die Sache steht in der ultramontan regierten Stadt Köln höher als die Achtung vor dem gesetzlichen Koalitions- und Ausstandsrecht.

Eine geheimnisvolle Verhaftung. In Markramstädt bei Leipzig streiken schon seit einiger Zeit die Arbeiter und Arbeiterinnen der Rauchwarenhandlung und Färberei von Louis Walter Radsl. u. G. Am 12. Oktober wurde nun der Streikführer Gernth aus Rathaus geladen und gegen Mittag verhaftet, ohne daß die Gründe für diese Maßregel bisher bekannt geworden wären.

§ 153. Im August d. J. hatte das Schöffengericht Nürnberg den Gausleiter des Bau- und Erdarbeiterverbandes Heinrich Rothmund wegen „Beleidigung und Bedrohung Arbeitswilliger“ zu sieben Tagen Gefängnis verurteilt. Als an dem gräflichen v. Haber-Castellischen Schlossneubau in Stein die Bau- und Erdarbeiter die Arbeit niederlegten, wollte A. auch die am gleichen Bau beschäftigten Steinhauer zum Aufbruch an den Streik bestimmen. Auf die Erklärung des Steinhauers Roth, daß erst die Genehmigung des Hauptvorstandes abgewartet werden müsse, erwiderte A., er werde dann schon wissen, wie er sich mit der Presse zu verhalten habe. Darin sollte die Bedrohung liegen. Die Anzeige hatte ein gerade vorübergehender Gendarm gemacht, der diese Worte gehört hatte. (Siehe Nr. 203 des „Vorw.“) In der Berufungsverhandlung hob das Landgericht die Strafe auf und erkannte auf Freisprechung, da laut vorgelegtem Parteivertrag, der bestimmt, daß im Falle eines Streiks der einen Branche auch die andere sich anschließen muß, Rothmund berechtigt war, von den Steinhauern die Einstellung der Arbeit zu fordern. Eine Drohung könne in den angeführten Worten nicht liegen, da die Steinhauer selbst unter Eid ausfragten, daß sie sich nicht bedroht fühlten.

Ausland.

Verhandlungen der schwedischen Metallindustrie. Der Zivilminister Widen und der Finanzminister Diefert haben sich unter Mitwirkung der gesamten Regierung seit acht Tagen bemüht, Verhandlungen zwischen den Vertretern der streikenden Parteien anzubahnen und dieses Ziel nun auch erreicht. Die Verhandlungen haben bereits am Donnerstag begonnen, ein Ergebnis wird jedoch wahrscheinlich erst nach Verlauf von vierzehn Tagen zu erwarten sein. Die Parteien sind vertreten durch Lindquist, den Vorsitzenden der Landesorganisation der Gewerkschaften, v. Lomberg, dem Vertrauensmann des Eisen- und Metallarbeiterverbandes und Direktor Bernström und Ingenieur Sjöholm von der Werkstättenvereinigung. Den Vorsitz führt der Landeshauptmann Graf Hamilton.

Der Kampf, der am 10. Juni begann, und der also vorläufig noch unverändert fortbauert, hat bis jetzt ungefähr 2 000 000 Kronen an Streikunterstützung gelöst.

Siegreiche Lohnkämpfe in der Schweiz. Die Vergolder in Zürich haben nach einem mehrwöchigen Streik, die Buchbinder in Zürich auf dem friedlichen Wege einer Lohnbewegung die 9/10 bezw. 9/10 stündige Arbeitszeit, Lohnhöhung, Minimallohne und Tarifverträge erreicht. Die Zigarrenarbeiterinnen in Aalm (Kanton Aargau) nach achtwöchigem Streik eine Lohnhöhung.

Ein neues Buch über die Kommune.

Nach fast fünfunddreißig Jahren ist auch in Deutschland ein Autor entstanden, der sich der Aufgabe unterzogen hat, die Pariser Kommune von 1871 vor den Verleumdungen zu schützen, die heute noch auf sie herunter hageln, sobald unsere Gegner auf sie zu sprechen kommen oder über sie schreiben.

Es ist Karl Weibtreu, der bekannte Dichter und Kriegsgeschichtsschreiber, der diese Ehrenrettung unternahm. So sehr wir aber die Tendenz seines Buches anerkennen, so wenig sind wir öfter mit der Art einverstanden, wie er sich seiner Aufgabe unterzieht. Es muß bei Freund und Feind, bei den einen Mißbehagen, bei den anderen starke Zweifel in die Objektivität seiner Geschichtsschreibung erwecken, wenn sie lesen und sehen, wie bei dem Verfasser ein fanatischer Antikommunismus zum Durchbruch kommt, sobald er über einen Juden wie Karl Marx oder Leo Frankel schreibt. Sein Antikommunismus macht ihn alsdann gegen offensichtliche Tatsachen blind und reizt ihn zu Angriffen, für welche die Grundlage fehlt. Außerdem schreibt er Marx einen Einfluß auf den Gang der Ereignisse in Paris unter der Kommune zu, den dieser, wie jeder der die Verhältnisse ein wenig kennt, weder ausgedacht hat noch auszuüben gesucht hat.

Eine andere Methode, die bei manchem Mißtrauen in die Sachlichkeit der Darstellung hervorruft, ist, daß er in vielen

Stellen seines Buches, in denen er über die Handlungen leitender Personen hüben und drüben spricht, diese in direkter Rede einführt, als sei er selbst Augen- und Ohrenzeuge ihrer Tätigkeit und ihrer Neuerungen gewesen. In dem einen oder anderen Fall kann eine solche Darstellung als von einwandfreien Zeugen berichtet, der Wahrheit entsprechen. In der Häufigkeit aber, in der solche Schilderungen in Weibtreus Buch erscheinen, machen sie den Eindruck des Romanhaften; sie machen die Darstellung zwar lebendiger, aber nicht wahrheitsvoller.

Dieser Eindruck wird verstärkt, wenn Weibtreu z. B. auf Seite 217 und 218 seines Buches unserem Parteigenossen Vaillant, dessen Tätigkeit er im Gegensatz zu der mancher anderen Mitglieder der Kommune, das er aufs schärfste angreift, im höchsten Maße lobt, sterben läßt und die Schilderung des Vorgangs mit den Worten schließt: „So blieb Vaillant am Wege liegen, ein Kad für Hund.“

Wir wissen aber alle, daß unser Freund Vaillant noch heute lebt und hoffentlich noch recht lange lebt, daß er Mitglied der Pariser Abgeordnetenkammer und der Gemeinderatsvertretung ist und bisher allen internationalen Arbeiterkongressen, zuletzt erst dem in Amsterdam beigegeben hat. Auch scheint Weibtreu in seiner Verteilung anderer Mitglieder der Kommune zu hart zu sein, obgleich zugegeben werden soll, daß ein Teil derselben mit starken menschlichen Schwächen behaftet war und ein erheblicher Teil sich seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hat.

Aber wenn man bedenkt, unter welcher anherberberischen Verhältnissen die Kommune ins Leben trat, mitten unter den Bajonetten der deutschen Okkupationsarmee und iener der Versailleser Ordnungsbanden und daß ihre ganze zehnwöchentliche Existenz ein ununterbrochener Kampf mit ihren Feinden und schließlich ein furchtbarer Verzweiflungskampf um Sein oder Nichtsein war, wird man vieles, was zu tadeln ist, erklärlich und verzeihlich finden.

Endlich haben wir an dem Weibtreuschen Buch auch anzusehen die Verdeutschungssucht für die Namen von Straßen, Plätzen und Gebäuden in Paris, die in den Tagen der Kommune eine Rolle spielten. Beim z. B. statt théâtre comique gelangt wird das Theater der komischen Unterhaltung, so halten wir das für keine Verbesserung. Auch muß beachtet werden, daß es keine zweite Stadt in der Welt gibt, deren Straßen, Plätze und historischen Gebäude selbst dem Manne aus dem Volke so bekannt geworden sind, wie diejenigen von Paris. Dazu haben einmal beigetragen die vielen historischen Ereignisse, die sich in dem Paris der Revolutionen abspielten, vielleicht noch mehr aber die große Zahl der viel gelesenen französischen Romane von Eugène Sue, Alexandre Dumas bis zu Zola, die jeder Romanleser in einem bestimmten Lebensalter verschlungen hat. Wir kennen wenigstens keine zweite Stadt, in der man sich auf Grund der genauen Kenntnis jener Namen so rasch heimisch fühlt wie in Paris.

Gewünscht hätten wir auch, daß Weibtreu sein Buch mit einer Einleitung verah, in der er die Ereignisse schildert, welche zur Gründung der Kommune führten. Wer nicht die frühere Literatur über die Kommune kennt, erfährt dieses aus dem Weibtreuschen Buche nicht.

Anzuerkennen ist, daß er rückhaltlos auf die Mängel und Fehler hinweist, welche die Kommune sich zuschulden kommen ließ und ihr blutiges Ende mit verurteilt. Darf man Weibtreus Urteil folgen, und hier urteilt er, das haben seine bisherigen Kriegs-Geschichtswerke gezeigt, als Sachverständiger, so wäre den Versaillesern die Einnahme von Paris unmöglich gewesen. Jedenfalls hätte die Kommune ihre Verteidigung so lange hinziehen können, bis die übrigen großen Städte Frankreichs sich ebenfalls gegen die unter der deutschen Okkupation Paris über Kopf zwangsmäßig gewählte Versailleser Kammer empörten. Leider aber war die militärische Oberleitung der Kommune, namentlich in der ersten größeren Phase ihres Bestehens, eine sehr mangelhafte und unzulängliche. Bei geschickter Ausnutzung und Leitung der gewaltigen in Paris angehäufte Verteidigungsmittel und Milizkräfte, wäre es noch bis zu Anfang Mai ein leichtes gewesen, Versailles zu erobern und die Kaiserliche Ordnungsbanden-Gesellschaft in alle Winde zu zerstreuen.

War die militärische Oberleitung mangelhaft, so erteilt hingegen Weibtreu den Bürgern und Arbeitern, welche die Vororte und Forts von Paris gegen die Versailleser verteidigten, das uneingeschränkte Lob. Ueberhaupt ist die Schilderung der Kämpfe und militärischen Operationen der Kommunalenkämpfer der Glanzpunkt in dem Weibtreuschen Buch. In keiner und bisher bekannt gewordenen Darstellung der Kommunalenkämpfe sind die Ereignisse so klar und übersichtlich und dabei mit solchem Feuer und solcher Begeisterung für die Taten der großen Zahl der Ungenannten und Unbekannten, die ihr alles opferten, geschildert worden. Namentlich läßt er auch eine volle Ehrenrettung den viel verleumdeten und viel verhöhnten „Petroleusen“, den Frauen der Kommune, zu teil werden, die mit bewundernswerter Hingabe an den Ereignissen sich beteiligten und durch ihre Tapferkeit manchmal die Männer beschämten. Ebenso sind es vorzugsweise die aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Mitglieder der Kommune, die Berlin, Jourde, Theis, Camélinat usw., die nach seiner Ansicht das höchste leisteten, neben den Vaillant, Rambier, Delescluze, Dombrowski, Wroblewski usw. Dagegen sind es die Festsitz, das Paschal Groussel, Raoul Rigault, Ferré, Cusseret, Vallier, die er aufs schärfste angreift, obgleich er zugeben muß, daß mehrere derselben, wie z. B. Ferré, als Helden starben.

Hinreichend ist seine Schilderung der letzten Kämpfe der Kommune; denn in den letzten sieben Tagen focht stets ein Kommando gegen acht und selbst zehn Gegner und wurden Wunder der Tapferkeit verrichtet, darunter selbst von Kindern.

Wer kann z. B. folgende Schilderung eines Vorganges, der auch von anderer Seite bestätigt wird, ohne tiefste Achtung und Bewunderung lesen?

„Das ist der Tag des Herrn! Sonntag morgen der Blutwoche (27. Mai). Auf der Barrikade des Tempelsaubourgs (schon am schnellsten und besten ein Knabe. Der Posten ward endlich erstickt, die über ihre Verluste wütenden Soldaten stachen alles nieder. Der Knabe blieb bis zuletzt. „Herr Offizier, meine Mutter wohnt gegenüber, ich möchte ihr nur meine silberne Uhr bringen, damit sie doch nicht alles verliert, und Abchied nehmen. In drei Minuten bin ich wieder hier.“ Der Kommandierende fühlt ein menschlich Mitleiden: „Geh!“ Und er wandte sich ab, den Knaben natürlich als Kunde zur Flucht betrachtend. Aber o Wunder! mit leichtem Satz kam das Kind wieder herbei, rief fröhlich: „Da bin ich!“ und stellte sich zur Erschießung auf neben die Leichen. „Unglücklicher!“ murmelte der Offizier, „wirst Du denn sterben?“ „Ob ich will! soll ich etwa meine Kameraden allein lassen?“ Ein Schuß trachte, der Offizier wandte sich nochmals ab, diesmal zerdrückte er eine Träne. . . .“

Wittem Hohn giebt Weibtreu aus über die nachsichtige Behandlung, die die Kommune der Vank von Frankreich habe zuteil werden lassen. Die Gegner lägen, die Kommune habe die Vank geplündert. In Wahrheit hat die Kommune die Vank beschützt und ihr nur das dringend Notwendigste zur Verwaltung der Stadt entnommen. Von den Millarden, die in der Vank lagen, fehlten bei der Uebernahme durch die Agenten des Herrn Thiers nur einige Duzend Millionen. Und als schließlich die Kommune verloren war und die noch lebenden Mitglieder des Kommunerats sich durch die Flucht zu retten suchten, waren es nur 1000 Frank, die Jourde, der Verwalter der Vank, jedem einzelnen einbüßte. Jourde selbst hatte bei seiner Gesangenahme nur einen sehr mäßigen Betrag in seinem Portemonnaie.

Das Niederbrennen der Staatsbauten, für das Weibtreu im Widerspruch mit anderen Autoren Ferré verantwortlich macht, der dieses auf eigene Faust befohlen habe, schreibt er andererseits auch zum Teil den Granaten der Versailleser zu, die — wie nachgewiesen — absichtlich auf die Hauptgebäude schossen. Sechs große Staatsgebäude habe die Kämpferbataillon der Kommune vor dem Untergang geteilt, und beziehungsweise hätten die Versailleser die Pariser Pompier, die löschen wollten, erschossen.

Seinen wahren Hohn giebt Weibtreu über Herrn Thiers und die Versailleser aus, die auch in seinen Augen nur Ordnungsbanden gewesen sind. Er schildert, wie sie gegen alles Ansehen die Gefangenen zu Hunderten und schließlich zu Tausenden erschließen

ließen. Niedermetzelungen, die mit der Erschießung von Florent und Dubal schon am 23. März begannen. Hunderte der Tapferen mußten aber, bevor man ihnen ein Ende machte, es über sich ergehen lassen, daß auf ihrem Transport durch Versailles Damen der sogenannten vornehmen Gesellschaft im Verein mit den Dirnen der Halbwelt, Landjüngern, Vorkriegsjobben, Revolverjournalisten und ähnlichem Gefindel, mit den gemeinsten Schimpfwörtern überschüttet und mit Stöcken und Säbren gefoltert wurden. Es gibt doch nichts Feineres als die feine Welt“, bemerkt Weibtreu hierzu grimmig.

Und als schließlich die Kommune im Blute erstickt war, da begannen die Hülsen durch die Mirakelwesen im Voulogner Schloß und auf der Ebene von Satory viele Wochen lang; es begannen die Entfahrungen grauenhaftester Art in den Katakomben der Verhaftungen von Paris, die Massendeportationen nach Cayenne und Madedonien. Nicht weniger als 380 000 Denunziationen legten Zeugnis ab von der Gemeinheit und Verfolgungswut des Ordnungspöbels, wodurch Tausende Unschuldiger ins Verderben gerieten. Unnützlich zu sagen, daß es auch insbesondere die bonapartistischen Generale wie die Suroth, die Gallifet und Konforten waren, die im Kriege gegen Deutschland sich als feig oder ehelos erwiesen hatten, die jetzt die verlorene Ehre durch Grausamkeit und gemeinste Verhöhnung der in ihre Hände gefallenen Kommunearden wieder herzustellen suchten.

Weibtreu ist kein Sozialdemokrat, er ist ein politischer Eingänger, den man vielleicht als Edel-Anarchisten bezeichnen kann. Wenn er es unternahm als einer außerhalb unserer Reihen Stehender die Lügen und Verleumdungen, die eine schätzbare und gewissenlose Begeisterung über die Kommune verbreitete, zu widerlegen, so gebührt ihm dafür Anerkennung. Seine Aufgabe wäre ihm noch weit erfolgreicher gelungen, hätte er die Mängel, die im Eingang dieses Artikels hervorgehoben wurden, zu vermeiden verstanden.

A. B.

Der Kampf in der Elektro-Industrie.

Der gestrige Tag hat

noch keine endgültige Entscheidung

über die Beilegung oder Weiterführung des Kampfes gebracht.

Die Versammlung der Schraubendreher beschloß nach längerer, durchaus ruhiger Debatte in geheimer Abstimmung mit allen gegen 18 Stimmen, den Vorschlag der Vertrauensleute zu akzeptieren und damit die neu formulierten Zugeständnisse der Direktionen anzunehmen. Dagegen haben die Lagerarbeiter in ihrer äußerst unruhig verlaufenen Versammlung die Wiederaufnahme der Arbeit zu den gestellten Bedingungen mit 111 gegen 95 Stimmen als abgelehnt erklärt. Es wurde von der Organisationsleitung zwar darauf verwiesen, daß zur Weiterführung des Streiks eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. Hierbei entstand jedoch solche Unruhe in der Versammlung, daß eine endgültige Klärung des Mißverständnisses nicht mehr möglich war. Es wird sich deshalb am heutigen Sonntag abendvormittag eine neue Versammlung der Lagerarbeiter mit der Sache befassen.

In Anbetracht dessen hat die Vertrauenskommission der Metallindustriellen, durch welche die letzten Verhandlungen geführt worden sind, den Organisationsvertretern erklärt, daß sie den endgültigen Beschluß der Lagerarbeiter bis zum heutigen Sonntag abendvormittag erwartet.

Es soll dann auch durch Platanenschlag an sämtlichen in Frage kommenden Fabriken bekanntgegeben werden, ob die Wiederaufnahme der Arbeit resp. die weitere Aussperrung erfolgt.

Verfassungen.

Etwa 500 Graveure und Bismarck Berlin nahmen am 11. dieses Monats in einer öffentlichen Versammlung Stellung zu den Angriffen der vor kurzem gegründeten Prinzipalvereinigung gegen die auf modernem Boden stehende Gehilfenorganisation. Reichstags-Abgeordneter B. Heine referierte über: „Natur und Ziele der Arbeiterbewegung“ und betonte hier zum Schluß, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, sich der Gewerkschaftsbewegung anzuschließen, er soll damit nicht nur für sich und seine Kinder, er sorgt auch für seine Klasse, für die ganze Nation und so für die Zukunft des Reichsgeschlechts. Nach kurzer Diskussion wurde eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution, die auch die Wünsche der Prinzipale, die Führer der Organisation „Kaltzwickeln“, aufs schärfste verurteilt, einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde auf Antrag beschlossen, den Ertrag der Kellersammlung den Aussperrten der Elektro-Industrie zu überweisen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Urteil im Prozeß Ifermann.

Hamburg, 13. Oktober. (Privatdepesche des „Vorw.“) Der unter der Anklage des versuchten Mordes an dem Pastor Körner stehende Reisende Christian Ifermann wurde heute nach dreitägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht unter Ausschluß mildernder Umstände zu 5 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß Ifermann die Tat mit Ueberlegung begangen habe.

Die Revolution in Rußland.

Odessa, 13. Oktober. (B. L. B.) In einer allgemeinen Studentenversammlung wurde mit 778 gegen 592 Stimmen beschlossen, nur nach Aufhebung des Kriegsnotstandes und nachdem die ganze Nation volle bürgerliche Rechte erlangt habe, an den Vorlesungen in der Universität nach ihrer Wiederöffnung teilzunehmen.

Stockholm, 13. Oktober. (B. L. B.) Beide Kammern des Reichstages hielten heute abend Sitzungen ab, in denen die Regierung zwei Gegenentwürfe einbrachte betreffend Aufhebung der Reichskolle seitens Schwedens nach der Nichtung, daß die Regierung Norwegens als einen von Schweden getrennten Staat unter der Bedingung anerkennt, daß dem sogenannten Karistadter Uebereinkommen die Form eines regelrechten Abkommens verliehen und nach allgemein internationalem Brauch unterzeichnet werde, sowie betreffend die Aufhebung der geltenden Bestimmungen über das Unionszeichen in der schwedischen Flagge.

Brüssel, 13. Oktober. (B. L. B.) „Reit Bleu“ beginnt mit der Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln über Unterredungen mit holländischen und belgischen Staatsmännern zugunsten eines Wirtschaft- und Verteidigungsbündnisses. Das Blatt versichert, daß bereits mehrere leitende holländische Persönlichkeiten im Grundsatze für diesen Plan und für den Gedanken einer holländisch-belgischen Konferenz zum Studium der Mittel für die Vertiefung desselben gewonnen seien. Beide durch die Revolution von 1830 getrennten Länder sollen aufgefordert werden, sich über die Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen zu verständigen, ähnlich wie Schweden und Norwegen nach ihrer Scheidung.

Washington, 13. Oktober. (Weldung des „Neuerlichen Bureaus“.) Die Abkündigung des russisch-japanischen Friedensvertrages sollen, wie jetzt vereinbart worden ist, morgen ausgetauscht werden.

Die Cholera in Rußisch-Polen.

Petersburg, 13. Oktober. (Weldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Polen sind in der Zeit vom 5. bis 11. Oktober 47 Erkrankungen und 24 Todesfälle an Cholera festgestellt worden.

*) „Die Kommune“, von Karl Weibtreu, illustriert von Chr. Speyer, Stuttgart, Karl Rabbes Verlag.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in der Angelegenheit unseres Genossen Kerfin

Ist geradezu unverständlich und zwar für beide Parteien, auch für die beklagte Stadtverordneten-Versammlung, von deren Standpunkt sie ebenfalls abweist wie von dem des Klägers. Darüber war unter den Parteien niemals Streit, daß es darauf ankommt, wenn die Wähler gewählt haben, nicht darauf, wen sie wählen wollten, und daß der Name des zu Wählenden deutlich zu bezeichnen ist. Der Streit drehte sich ausschließlich darum, ob eine solche deutliche Bezeichnung stattgefunden habe. Daß in einzelnen Fällen eine solche Bezeichnung nicht stattgefunden hatte, war wiederum außer Streit, es fragte sich nur, ob die Wähler es in einer zur Beeinflussung des Wahlergebnisses hinreichenden Zahl von Fällen (mindestens 21) bei der unbedeutlichen Bezeichnung hatten bemerken lassen, oder ob sie sich rechtzeitig korrigiert und den richtigen Namen genannt hatten. Das Ober-Verwaltungsgericht ist hier, soweit die mündliche Begründung erkennen läßt, in gewisser Beziehung zu Gunsten Kerfins weiter gegangen als der Bezirksauswahlschuss selbst, indem es gewisse Fälle dialektischer Abweichung von der richtigen Namensform als dermaßen unerheblich bezeichnet, daß der Wahlvorstand die so abgegebenen Stimmen ohne weiteres Kerfin zuschreiben durfte, damit sind, wie alle Zeugen übereinstimmend bezeugt haben, die in bei weitem der Mehrzahl der Fälle vorgekommenen inkorrekten Namensformen, wie z. B. Kerwin und Kerfin, von vornherein aus dem Streit ausgeschlossen.

In Bezug auf alle Fälle inkorrekt genannter Namen lag weiter die Tatsache vor, daß nach der Befragung sämtlicher Zeugen in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle und nach der Befragung des stellvertretenden Wahlvorstandes Papajewski sogar in allen Fällen die Wähler befragt worden waren: „Reinen Sie Kerfin?“ oder „Sie meinen doch Kerfin?“ und daß die so Befragten den Namen Kerfin als den von ihnen gemeinten bejaht hatten, bevor die Eintragung stattfand. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte bekanntlich die Ungültigkeit der Wahl Kerfins um deswillen ausgesprochen, weil sie diese Befragung als eine unzulässige Wahlbeeinflussung ansah. Diese Auffassung wurde vom Bezirksauswahlschuss mit schlüssigen Gründen zurückgewiesen, aber von dem Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht nicht von neuem mit den spitzfindigsten und halbherdlichen Argumentationen zu stützen versucht. Das Ober-Verwaltungsgericht scheint diese Auffassung gleich dem Bezirksauswahlschuss gemißbilligt zu haben. Die mündliche Begründung erörtert diesen Punkt auch nicht mit einer Silbe, obwohl doch mit der Entscheidung dieser Frage die Entscheidung über Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahl Kerfins nach Auffassung beider Parteien steht und fällt.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärt, es sei nicht nachweisbar gewesen, daß Kerfin die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt habe. Das heißt aber zunächst den Streit auf den Kopf stellen. Denn zweifelsohne haben die Protestheftiger den Nachweis zu führen, daß Kerfin die Mehrheit der Stimmen nicht auf sich vereinigt habe. Es ist aber auch unersinnlich, wie hier zu einem non liquet gekommen werden konnte. In Bezug auf die Mehrzahl der für Kerfin abgegebenen Stimmen herrschte ja gar kein Streit. Es war nur von den Protestheftiger behauptet worden, daß in einer größeren Zahl von Fällen andere Namen als Kerfin genannt gewesen seien. Die Zahl dieser Fälle wurde selbst von dem Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung und von den spitzfindigsten Zeugen auf höchstens 50 bis 60 angegeben, eine Zahl, die als bloße Schätzung natürlich an und für sich gar keinen Wert besitzt. Aber selbst bei ihrer zugrundeliegung konnte der Beweis, daß 21 Stimmen zu Unrecht für Kerfin eingetragen seien, in keiner Weise als erbracht angesehen werden. Die übereinstimmenden Aussagen sämtlicher Zeugen ergeben ja, daß, von wenigen Ausnahmefällen abgesehen, die Eintragung der Wählerliste auf den Namen Kerfin auch in den Fällen, wo zunächst unrichtige Namensformen gewählt waren, erst erfolgt ist, nachdem die Wähler sich korrigiert und die richtige Namensform genannt hatten, und daß in den wenigen Fällen, in denen ohne solche Korrektur die Stimmen auf Kerfin eingetragen sind, wohl ausschließlich dialektische Abweichungen vorliegen, die nach dem Ober-Verwaltungsgericht ohne weiteres unbeachtet bleiben durften!

Zu einem non liquet bleibt also gar kein Raum.

Zugleichweise mußte das Gericht gleich dem Bezirksauswahlschuss Stellung nehmen zu der Frage, ob die oben erwähnten Fragen des Wahlvorstandes als Wahlbeeinflussung angesehen werden können. Nur bei Bejahung dieser Frage war der Standpunkt der Stadtverordneten-Versammlung aufrecht zu erhalten, nur in diesem Sinne ist auch die Berufung von dem Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung gerechtfertigt worden.

Die mündliche Begründung des Ober-Verwaltungsgerichts, dessen Referent in dieser Sache übrigens der frühere Statthalter Neubrind war, hat daher nicht nur den Klägern, sondern auch die Beklagten nicht wenig überrascht.

Wie können uns freilich über diesen Ausgang des Verwaltungsstreits Kerfin umsonst hinwegsetzen, als wir wissen, daß gerade dieser Ausgang in hervorragendem Maße geeignet ist, im bevorstehenden Wahlkampf Wasser auf unsere Mühlen zu liefern und uns den Sieg Kerfins bei der Nachwahl zu sichern.

Siebente (außerordentliche) Generalversammlung des Deutschen Werftarbeiter-Verbandes.

Bremerhaven, den 10. Oktober.

Vor Eintritt in die Verhandlungen gibt der Verbandsvorsitzende

Oellerich bekannt, daß das Bureau gestern Abend entsprechend dem gefassten Beschlusse telephonische Verbindung mit dem Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes nachgesucht, sowie sich an diesen auch auf telegraphischem Wege um Mitteilung der endgültigen Uebertrittsbedingungen gewendet hat; eine Antwort steht aber noch aus. Oellerich macht deshalb den Vorschlag, die Verhandlungen bis Eintreffen der Antwort zu vertagen, weil es zwecklos, ohne Kenntnis der Uebertrittsbedingungen weiter zu diskutieren.

Dieser Vorschlag findet ohne Debatte Annahme. Die Generalversammlung vertagt sich.

Um 1 1/2 Uhr nachmittags werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Sitzung teilt der Verbandsvorsitzende

Oellerich mit, daß vom Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes noch immer keine Antwort eingegangen ist. Die Generalversammlung, so führt der Redner weiter aus, müsse jetzt aber zur Beschlußfassung kommen. Alle Delegierten seien sich einig, daß der Verband nicht weiter existieren könne, sondern aufgelöst werden müsse. Zur Entscheidung stehe deshalb nur noch die Frage, wofür die Mitglieder sich wenden sollen. Es sind diesbezüglich mehrere Resolutionen eingelesen, die die auf der Generalversammlung vertretenen Ansichten zum Ausdruck bringen. Die beiden wesentlichsten Resolutionen lauten folgendermaßen:

Die Generalversammlung beschließt die Auflösung des Verbandes und verpflichtet die Mitglieder, soweit sie in der Holzbranche beschäftigt sind, geschlossen zum Holzarbeiter-Verband überzutreten. Betreffs der Mitglieder aus der Metallbranche wird der Verbandsvorsitzende beauftragt, mit dem Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes unter Hinzuziehung der Generalkommission

mission nochmals zu unterhandeln über die Uebertrittsbedingungen. Insbesondere hat der Vorstand zu versuchen, die volle Anerkennung der bei uns absolvierten Mitgliedschaft und die Vereinstigung zur Bildung einer eigenen Gruppe der Werftarbeiter innerhalb des Metallarbeiter-Verbandes zu erwirken. Jsenberg, Begehd.

Die Generalversammlung beschließt die Auflösung des Verbandes. Den in der Holzbranche beschäftigten Mitgliedern empfiehlt die Generalversammlung den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband, den Schmieden und Kesselschmieden den Anschluß an den Verband der Schmiede, den übrigen Mitgliedern, die in diesen beiden Verbänden keine Aufnahme finden können, den Anschluß an den Fabrikarbeiter-Verband. Kuhl-Brremen.

Als Begründung seiner Resolution führt Jsenberg u. a. aus: Die Auflösung des Verbandes muß erfolgen. Wir können auf dem beschrifteten Wege zur Schöpfung einer einheitlichen Organisation aller auf Werften beschäftigten Arbeiter nicht weiter kommen. Trotzdem müssen wir so viel wie möglich unser Prinzip hochhalten. Wenn wir das wollen, so ist der einzige Weg der, daß wir versuchen, die Mitglieder möglichst geschlossen in den Metallarbeiter-Verband hineinzubringen. Tun wir das nicht, so schaden wir unserer Bewegung auf den Werften. Ueberdies würde auch der Metallarbeiter-Verband seine Taktik fortsetzen und über kurz oder lang auch den Verband, dem wir uns anschließen würden, existenzunfähig machen. Bei der Uebertrittsfrage müssen wir unsere Entscheidung nach rein praktischen Erwägungen fällen. Wir dürfen uns nicht vom Gefühl leiten lassen, dürfen nicht fragen, was man uns getan hat und was gewesen ist, sondern was jetzt und in Zukunft ist und was geschehen muß, um unsere Lage auf den Werften zu verbessern. Allerdings muß der Metallarbeiter-Verband uns einigermassen annehmbare Uebertrittsbedingungen stellen. Und das wird er meiner Ansicht nach auch tun. Der Vorstand muß nur noch einmal energisch vorgehen. Schon jetzt sieht der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes ein, daß er Fehler gemacht hat. Das geht aus dem Briefe des Bremerhavener Geschäftsführers der Metallarbeiter hervor. Darum laßt uns ruhig den geschlossenen Uebertritt zum Metallarbeiter-Verband beschließen.

Die zweite Resolution begründet Kuhl: Wir dürfen die Generalversammlung nicht ohne händigen Beschluß verlassen. Das tun wir aber, wenn wir den Antrag Jsenberg annehmen. Man kann doch nicht von den Mitgliedern verlangen, daß sie zum Metallarbeiter-Verband übertreten sollen, wenn dieser ihnen viel schlechtere Uebertrittsbedingungen stellt, wie die anderen Verbände. Was wollen wir dann aber machen, wenn das erneute Unterhandeln unseres Vorstandes wieder resultatlos verläuft? Und erzielen wird der Vorstand nichts, wenigstens gebe ich mich nach dem bisherigen Verhalten der Metallarbeiter in dieser Beziehung keinerlei Hoffnungen mehr hin. Unser Vorstand hat alles getan, was er konnte. Außerdem werden wir die Mitglieder auch in den Metallarbeiter-Verband durch einen Beschluß der Generalversammlung nicht hineinzwängen können. Der Metallarbeiter-Verband hat sich einmal alles Vertrauen bei uns verschert. Wenn wir trotzdem den Uebertritt beschließen, so wird gerade dadurch eine Zersplitterung herbeigeführt. Die Mitglieder werden sich nicht fügen, vielmehr in alle Winde auseinanderlaufen. Wenn ein geschlossener Uebertritt, der ja zweifellos von uns allen erstrebt wird, überhaupt annähernd denkbar ist, dann nur durch den Uebertritt zum Fabrikarbeiter-Verband. Ich fürchte auch nicht, daß die Mitglieder, die sich um Aufnahme an den Fabrikarbeiter-Verband wenden, von diesem abgewiesen werden. Gedächtnis letzteres doch, dann bleibt eben ein großer Teil der Mitglieder, wenigstens längerer Zeit, jeglicher Organisation fern. In den Metallarbeiter-Verband werden zu den gestellten Bedingungen nur die wenigsten übertreten.

Darauf setzt wieder eine sehr lebhaft debattierte ein. Die Ausführungen der beiden Antragsteller werden recht verschiedenartig kommentiert. Allgemein kommt aber zum Ausdruck, daß die Weiterexistenz des Verbandes unmöglich. Ferner wird entschieden das Verhalten des Vorstandes des Metallarbeiter-Verbandes verurteilt. Man ist der Meinung, daß dieser noch bis auf den letzten Augenblick ein unehrliches Spiel treibt.

Silberschmidt (Vertreter der Generalkommission) erklärt in der Debatte u. a.: Aus der Haltung des Vorstandes der Metallarbeiter vermag ich keine Schlüsse zu ziehen. Jedenfalls aber bin auch ich der Meinung, daß eine Antwort auf die abgedankten Telegramme hätte erteilt werden müssen. Wie dem aber auch sei, unter allen Umständen ist es nach Lage der Sache Pflicht der Generalversammlung, im Sinne des Antrags Jsenberg zu handeln. Die Mitglieder gehören in den Metallarbeiter-Verband, weil dieser nach Auffassung des Werftarbeiter-Verbandes die meiste Aussicht bietet, eine einheitliche Organisation auf Werften zu schaffen. Indes, auch der Metallarbeiter-Verband muß annehmbare Uebertrittsbedingungen stellen, insbesondere die in dem Jsenbergschen Antrag hervorgehobenen und meiner Meinung nach auch die übrigen vom Vorstand geforderten. Ich glaube auch, daß der Metallarbeiter-Verband dies tun wird, wenn der Vorstand noch einmal mündlich mit ihm verhandelt. Es liegt auch im Interesse des Metallarbeiter-Verbandes, Konzessionen zu machen, weil sonst tatsächlich die Gefahr vorliegt, daß ihm die Mitglieder, die er zweifellos zur Durchführung seiner Taktik auf den Werften braucht, verloren gehen und erst mit großer Mühe und vielen Kosten wiedergewonnen werden müssen. Da zudem auch die Arbeiterbewegung im allgemeinen an den geschlossenen Uebertritt der Werftarbeiter zum Metallarbeiter-Verband sehr interessiert ist, dürfte auch die Generalkommission, wenn sie angerufen wird, bereitwillig eingreifen, soweit ihre Befugnisse dies gestatten. Die Generalversammlung darf sich bei der Beschlußfassung nur vom Verstand und nicht vom Gefühl leiten lassen. Nicht darauf kommt es an, was war und was geschehen, sondern was jetzt ist und was in Zukunft geschehen soll, um der einheitlichen Organisation der Werftarbeiter die ja zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen auf den Schiffswerften notwendig ist, näher zu kommen. Wenn dies Leitmotiv für die Beschlässe der heutigen Generalversammlung gelten soll, dann muß der Antrag Jsenberg akzeptiert werden.

Nachdem durch einen Schlußantrag die Debatte beendet, folgte das Schlußwort Oellerichs, dem dieser Gedankengang zugrunde lag: Mit Genugtuung konstatiere ich, daß gegen die Beschäftigung der Werftarbeiter fast gar keine Einwendungen erhoben worden sind. Was die Frage des Uebertritts betrifft, so bin auch ich wie Jsenberg, Silberschmidt und der Meinung, daß wir im Interesse unserer selbst sowohl als im Interesse der Arbeiterbewegung im allgemeinen verpflichtet sind, für einen möglichst geschlossenen Uebertritt unserer Mitglieder zu wirken. Es unterliegt auch für mich keinem Zweifel, daß wir unserem Prinzip, die Schöpfung einer einheitlichen Organisation für alle Werftarbeiter treu bleiben müssen. Dennoch sind wir grundsätzlich verpflichtet, für einen möglichst geschlossenen Uebertritt zum Metallarbeiter-Verband einzutreten, weil dieser uns zur Realisierung unseres Prinzips nach der gegenwärtigen Sachlage die meisten Chancen bietet. Aber es fragt sich, ob wir diese Pflicht zu erfüllen können, daß ein praktischer Erfolg daraus resultiert. Mir erscheint dies wenn der Metallarbeiter-Verband seinen Standpunkt und gegenüber nicht grundlich ändert, kaum denkbar. Die Mitglieder werden sich bei den unannehmbaren Uebertrittsbedingungen des Metallarbeiter-Verbandes nicht in diesen hineinzwängen lassen. Auch können wir ihnen dies gar nicht zumuten. Das läßt ja einer Verzweckung nahe. Doch ich habe nichts dagegen, wenn laut Antrag Jsenberg nochmals versucht wird, den Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes zur Gewährung annehmbarer Uebertrittsbedingungen zu bewegen. Die Generalkommission wird wie Silberschmidt erklärt ja auch ihren moralischen Einfluß geltend machen. Ich meine, da müssen wir, obgleich wir wohl unsere Schuldigkeit getan haben, noch einmal „unterhandeln, um

sagen zu können, daß wir auch das letzte Mittel versucht haben, um einer Zersplitterung unserer Mitglieder und der völligen Zerstörung eines ganzen Jahrzehnts mühevoller Organisationsarbeit vorzubeugen. Wollen dann die Metallarbeiter kein Entgegenkommen zeigen, so wird der Geschichtsschreiber der deutschen Arbeiterbewegung nicht um die Schuld an dem drohenden Zerstörungswort fehlen können. Wir können dann wenigstens in dem Bewußtsein auseinandergehen, bis zum letzten Augenblick getan zu haben, was im Interesse unserer Mitglieder und auch im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung zu tun unsere Pflicht war. Darum laßt uns im Sinne der Resolution Jsenberg beschließen.

Nach verschiedenen Richtigstellungen aus den Reihen der Delegierten wird in namentlicher Abstimmung mit 16 gegen 12 Stimmen der Antrag Jsenberg angenommen.

Beschlossen wird hierzu aber, daß, falls die Unterhandlungen mit dem Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes scheitern, der Antrag Kuhl als angenommen gilt.

Darauf wird auf Antrag Sattler-Kiel dem Vorstande einstimmig Decharge erteilt.

Ein weiterer Antrag von Sattler-Kiel, demzufolge formell von der Generalversammlung befundet wird, daß der Metallarbeiter-Verband absichtlich den Ruin des Werftarbeiter-Verbandes herbeigeführt, wird auf Vorschlag des Bureau nicht zur Abstimmung gebracht, weil die Verhandlungen der Generalversammlung dies ohnehin ergeben.

Sodann wird auf Antrag Oberbeck-Begehd beschlossen, zur mündlichen Unterhandlung mit dem Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes ein Mitglied des Verbandsvorstandes und einen Delegierten aus der Mitte der Generalversammlung zu entsenden. Gewählt werden Oellerich (Verbandsvorsitzender) und Kuhl-Brremen.

Als Datum des offiziellen Uebertritts wird der 31. Oktober dieses Jahres festgesetzt.

Ueber die lokalen Einrichtungen hat jede Mitgliedschaft bei der Auflösung selbst zu beschließen. Tagegen sind die Geschäftsbücher, Stempel, Verbandsbücher usw. an die Hauptkasse einzuliefern.

Den drei Beamten des Verbandes soll, sofern diese nicht von einer anderen Organisation übernommen werden, oder sie selber nicht gewillt sind, Beamte einer anderen Organisation zu werden, das Gehalt bis zum 1. Februar fortgezahlt werden. Laut Statut haben die Beamten nämlich eine vierteljährliche Kündigung zu beanspruchen.

Dem Verbandsorgan soll nur noch eine Nummer erscheinen. Die Schlussabrechnung soll im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ veröffentlicht werden.

Das Protokoll der gegenwärtigen Generalversammlung soll nur in einer Auflage gedruckt werden, die ausreicht, um die von den Mitgliedern bis zu einem bestimmten Tage gewünschten Exemplare ausgeben zu können.

Die Erledigung der jetzt noch verbleibenden geschäftlichen Angelegenheiten wird dem Vorstand und Ausschuss nach Maßgabe der bisherigen Arbeitsteilung übertragen.

Damit sind die Beratungen und Beschlußfassungen der Generalversammlung erledigt. In seinem Schlußwort appelliert der Verbandsvorsitzende an die Delegierten, auch unter der neuen Fahne in allgemeiner Weise weiter zu kämpfen und dem Ziel zuzustreben, das auf dem bisher beschrifteten Wege zu erreichen den Werftarbeitern nicht vergönnt war, das aber erreicht werden muß, wenn wirklich erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit auf den Werften geleistet werden soll.

Um 6 1/2 Uhr wird die Generalversammlung geschlossen.

Aus der Partei.

Auf der Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg, die am Sonntag in Berlin zusammentritt, soll auch die Organisationsfrage erörtert werden. In diesem Zweck hat die Agitationskommission einen Organisationsentwurf ausgearbeitet und vor einiger Zeit veröffentlicht. Dieser Entwurf findet im Kreise Brandenburg-Westhavelland keine Zustimmung. Die Parteileitung des Kreises hat in der Organisationsfrage eine ganz andere Auffassung und hat dieselbe in einem Organisationsentwurf niedergelegt, der als Antrag der Konferenz unterbreitet wird. Die „Brandenburger Zeitung“ bemerkt dazu:

Der Kreis Brandenburg-Westhavelland besteht nicht darauf, daß sein Entwurf unüberändert zur Annahme gelangt; es könnte auch hier noch die verbessernde Hand angelegt werden. Aber weil eben grundsätzliche Unterschiede vorhanden sind, weil die Zeit der Vorberatung knapp ist, deshalb wäre es wünschenswert, die Konferenz schon am Sonntag die Organisationsfrage endgültig regeln. Wir empfehlen, eine Kommission direkt von der Konferenz wählen zu lassen und von dieser Kommission die ganze Organisationsfrage noch einmal gründlich behandeln zu lassen.

Die Berichterstattung von Jenaer Parteitagen machte im letzten sächsischen Wahlkreise bereits zwei Parteitagsversammlungen notwendig; da aber die Debatte noch nicht beendet wurde, soll noch eine dritte stattfinden. Im wesentlichen waren es die Waisierfrage und der politische Massenstreik, die den Stoff zu einer ausgedehnten Diskussion abgaben. Die Mehrzahl der Redner gaben ihr Einverständnis mit der in Jena festgelegten Marschroute kund.

In einer Parteitagsversammlung für den Kreis Wangenleben erstattete der Delegierte des Kreises Genosse Silberschmidt Berlin Bericht. Bezüglich der Generalkonferenz hielt er es für verfehlt, diese Idee in die Reihe der Kampfmittel der Partei einzureihen. Er habe gegen die eingebrachte Resolution gestimmt, da er sich davon nicht die Wirkungen verspricht, die man von diesem Beschluß erwartet.

In der sich anschließenden Diskussion erklärten sich fast sämtliche Redner mit dem Referenten einverstanden. Der Vorsitzende konstatiert daher ohne Widerspruch, daß die Sozialdemokratie des Wahlkreises Wangenleben mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden ist. Weiter wird nachstehende Resolution angenommen: „Um den Beschlüssen des Jenaer Parteitages in Bezug auf das neue Organisationsstatut Rechnung zu tragen, wird der Vorstand der Parteiorganisation unserer Wahlkreise beauftragt, sich mit den Parteiverbandsvorständen bzw. Vertrauensmännern sämtlicher Wahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg in Verbindung zu setzen, um die im § 6 des Organisationsstatuts vorgesehene Schaffung einer Bezirksorganisation anzugehen.“

Die Bremer Genossen erklärten, von dem Resultat der Jenaer Verhandlungen zufriedengestellt zu sein und verpflichteten sich im Sinne der in Jena gefassten Beschlüsse zu wirken. Um agitatorische Kräfte für die Partei zu erzielen, soll eine besondere Institution geschaffen werden. Gestaltet wurde vom Berichterstatter aus Anlaß der Veröffentlichung von angeblichen Vorgängen in der Münchener-Kommission in der „Berliner Volks-Zeitung“, daß manche Genossen viel zu leichtfertig seien im Umgang mit bürgerlichen Elementen. Im Restaurant, im Café usw. können zeitweilige bürgerliche Journalisten genügend „interessanten Stoff“ erhalten, das war in Jena zu beobachten. Auch konnten sich auf dem Parteitag selbst bürgerliche Journalisten ungeniert zwischen den Reihen der Delegierten bewegen, was ebenfalls bedenklich erscheine.

Zu recht lebhaften Auseinandersetzungen kam es in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Magdeburg. Auch hier haben bereits zwei Versammlungen sich mit der Berichterstattung befaßt. Hier war es lediglich die Frage des Generalstreiks und die von der Magdeburger „Volksstimme“ eingenommene Stellung dazu die die Debatte beherrschte. In der Magdeburger „Volksstimme“ hatte der Redakteur Dr. Müller in einer Besprechung der Ergebnisse des Jenaer Parteitages — wir haben

In unserer Uebersicht über die Verfassungen des ... Artikel aus-
zugsweise wiedergegeben — den politischen Massenstreik abgelehnt.
Die in dem erwähnten Müller'schen Artikel niedergelegte Anschauung
wurde von verschiedenen Rednern verteidigt. Deims ist mit der
Generalfest-Resolution nicht einverstanden, weil darin die Frage
nicht richtig erledigt sei. Müller's Artikel könne er sehr wohl
begreifen. Die Parteitagbeschlüsse müssen kritisiert werden, darin
liegt die Gewähr, daß wir auf dem richtigen Wege bleiben.
Redakteur V a t e r ist Anhänger des Massenstreiks, wenn er irgendwie
durchführbar sei; er ist auch einverstanden mit der Jenaer Resolution.
Eine Kritik ist aber notwendig, denn sie bringe uns die Möglich-
keit, die Gefahren zu erkennen, deshalb dürfe Müller kein Vorwurf
gemacht werden, wenn er den Massenstreik ablehnend kritisiere. Die
Mehrzahl der Redner wenden sich in scharfer Weise gegen den
Müller'schen Parteitagartikel. So wird ausgeführt: Es hätte
nicht an leitender Stelle, also gewissermaßen als Meinung der
Magdeburger Genossen ausgeführt werden dürfen, daß dieselben mit
dem Parteitag nicht zufrieden seien. In der „Volkstimme“ sei
wiederholt die Ansicht verfochten worden, daß alles daran gesetzt
werden müsse, wenn das Wahlrecht angetastet würde. Und jetzt nehme
Müller eine so verneinende Stellung ein. Das sei nicht die Meinung
der Magdeburger Genossen, das müsse erklärt werden. Der gleichen
Ansicht ist der Genosse V a t e r. Die Redaktion hätte erst die Meinung
der Preßkommission einholen müssen, ehe sie eine derartige An-
schauung zum Ausdruck brachte. Dann tadelt er den Ausdruck des
Artikels der „Berliner Volks-Zeitung“, der die Partei in unerhörter
Weise verunglimpfe und lächerlich zu machen versuche. Und als
dann der Parteivorstand eine Erklärung erteilt, sei diese in einer
Weise kritisiert, die alle Disziplin vermissen lasse. Das sei das
stärkste Stück, das ihm jemals in der Partei vorgekommen. Ganz
falsch sei es auch von Müller, wenn er behauptete, die Gegner
dächten gar nicht daran, uns das Wahlrecht zu rauben. Dr. Zebing
und Müller wenden sich gegen die in der Debatte ausgesprochenen
Ansichten über die Pflichten der Redaktion. Müller erklärt, er habe
sich kritisch geäußert und das sei sein Recht. Sein Optimismus
bestehe darin, daß er glaube, die vollkommene Entredung der
Arbeiter, die immer an die Wand gemalt wird, sei unmöglich. In
der nächsten Sitzung soll über den Massenstreik diskutiert werden.
Die Zeitungsfrage und die Stellung der Redaktion soll in der Preß-
kommission behandelt werden.

Der Sozialdemokratische Verein Nürnberg hielt am Mittwoch
seine Generalversammlung ab. Nach dem Vorstandsbericht, der die
ersten neun Monate dieses Jahres umfaßt, da der Schluss des
Geschäftsjahres auf den 30. September verlegt wurde, hat sich die
Entwicklung des Vereins in der genannten Zeit sehr günstig ge-
staltet. Die Mitgliederzahl ist auf 7300 gestiegen und hat sich seit
Januar um 700 vermehrt. Die Zahl der Abwesenden der Tages-
bestimmungen ist im gleichen Zeitraum um einige Hundert über 2000
gestiegen. Die Kassenerhältnisse des Vereins bieten ein gleich
erfreuliches Bild. Eine längere Debatte wurde über die
Lehren der Landtagswahl und über die bevorstehende
Gemeindevahl gepflogen, ferner wurde in der Diskussion der
Wunsch geäußert, daß durch eine intensivere Agitation das Partei-
leben noch reger gestaltet und auf eine größere Vertiefung der
Parteigrundgedanken hingearbeitet werde. Beschlossen wurde, das Partei-
tagsprotokoll allen Vereinsmitgliedern zur Hälfte des Preises zu
überlassen, außerdem wurde ein Antrag angenommen, daß den Ge-
nossen, die sich agitatorisch betätigen wollen, das nötige Agitations-
material und insbesondere auch die „Neue Zeit“ unentgeltlich zur
Verfügung gestellt werden solle. Als erster Vorsitzender wurde
wieder Genosse D o r n gewählt.

Von einem Kenner der amerikanischen Parteiverhältnisse er-
halten wir folgende Zuschrift: Die gestrige Notiz: „Zur Taktik der
amerikanischen Sozialdemokratie“ ist geeignet, eine sehr wertvolle
Auslegung zuzufügen. Es handelt sich bei der vorliegenden Frage
durchaus nicht um die Taktik der amerikanischen Sozial-
demokratie. Wäre dies der Fall, so müßte sich die Partei durch die
Abstimmung: 1. zu unterscheiden haben, gelegentlich Kandidaten an-
derer Parteien zu unterstützen. Das liegt der sozialdemokratischen
Partei in Afrika sehr fern. Es handelt sich nur um einen „Holl-
Berger“. Viktor G. Berger von Milwaukee hatte einen republikanischen
Kandidaten für ein Richteramt empfohlen gegenüber einem
orthodoxen Kandidaten, der als Sozialist bekannt war. Die
Partei hatte für diesen Posten überhaupt keinen Kandidaten auf-
gestellt. Berger hat sich Verdienste um die Partei erworben, er ist
ein alter deutscher Genosse, ein guter Gewerkschafter und der
amerikanische Führer der Bewegung im Staate Wisconsin. Doch ist
die Bewegung unter allen Staaten am besten gedeihen und hat
die meisten Erfolge gezeitigt. — Die Abstimmung in der Partei
zeigt nur, daß die Genossen Viktor Berger entschuldigen und seine
Ausstoßung aus dem Parteivorstand nicht zulassen. Das hat
mit der Taktik der Partei bei den Wahlen gar
nichts zu tun.

Als sozialdemokratische Nationalratskandidaten sind im Kanton
Aargau die Genossen Dr. Kraft, Stadtarzt in Jürich und Dr. Erd-
mann, Stadtarzt in Jürich, im Kanton Tessin Genosse Adolphi
Herr angeführt worden. Die Tessiner Genossen nehmen auch den
von seiner Partei geachteten radikalen Manzoni auf ihre Liste.

Totenliste der Partei. Einen schweren Verlust hat die belgische
Arbeiterpartei durch den Tod der Genossin Gatti de Camond
erlitten. Der „Peuple“ erschien am Donnerstag mit Tranerand
— ein Zeichen für die hohe Verehrung, die unsere Genossen in
Belgien der Verstorbenen angedeihen lassen.
Dem wohlbeliebten Bürgerum entnimmend, hat Gatti de
Camond frühzeitig Proben einer aus Sozialen gerichteten Ge-
sinnung abgelegt. Sie wurde Lehrerin und gründete eine höhere
Töchterschule, an der sie fast ein Vierteljahrhundert unterrichtete,
und die sich eines ungeheuren Zuspruchs aus den wohlhabenden
Kreisen erfreute. Sie sah ihre Aufgabe so an, daß sie der
Herzens- und Bildung ihrer Pflügelbesohlenen dieselbe Sorgfalt zu-
wendete wie dem Streben, ihnen eine möglichst große Portion
Wissen beizubringen.

Dann wendete sie sich der edleren Betätigung zu: Ihre ganze
Liebe, ihre reinen Kenntnisse, ihre Güte in den Dienst der enterbten
Frauen und Mädchen des Proletariats zu stellen. Sie wurde eine
unvergleichliche Propagandistin, eine Rednerin ersten Ranges, un-
ermüdet trotzte sie den schwersten Hindernissen und Gefahren und
wachte sich im Kampfe ihre geistige und körperliche Frische bis ins
Alter.

Sie war die geschätzteste Mitarbeiterin unseres Bräuderblattes
„Le Peuple“: ihr Stil war gewandt und original; scharfsinnig
erfaßte sie die schwierigsten Fragen, und wo ihr Idealismus, ihre
hohe Bildung nicht ausreichten, den Gegner zu paden, da trat ihre
Ironie, ihre Gabe, dem Feinde feine Vorwürfe zu verlesen, zum
Vergnügen unserer belgischen Genossen oft beifalls in Erscheinung.
Sie wurde geliebt, ja verehrt. Sie gehörte dem Nationalrat
der belgischen Partei an. Im Namen der Partei wird Genosse
Farnemont an ihrem Grabe sprechen und Maria Tillmanns den
Gefühlen Ausdruck verleihen, die unsere belgischen Genossinnen
für die edle Tote haben.

Die Armen haben keine Zeit, zu trauern, die Kämpfer haben
keine Zeit, zu trauern. Das Proletariat arbeitet weiter an der
Befreiung der Enterbten.

Aus Industrie und Handel.

Ein neues Syndikat der Zuckerraffinerien. Bald nach dem In-
krafttreten der Brüsseler Konvention versuchten bereits die großen
Zuckerraffinerien eine Verkaufsvereinigung zur Hochhaltung der
Zuckerpreise zu bilden; die edlen Bemühungen scheiterten aber da-
mals an der scharfen Konkurrenz des Auslandes unter der neuen
verringerten Zollspannung. Da in letzter Zeit die Zuckerpreise wieder
gestiegen sind, will man jetzt den Versuch wiederholen. Von den

rheinischen und braunschweig-hannoverschen Gruppen sind bereits
Vorschläge für eine neue Syndikatsbildung ausgearbeitet, und jetzt
sind auch die größeren norddeutschen und die mitteldeutschen Raffinerien
zusammengetreten, um sich über die besonderen Interessen ihres Be-
zirks zu verständigen und Vorschläge zu machen. Wenn von ihnen
das Material eingegangen ist, soll verhandelt werden, eine allgemeine
Einigung der verschiedenen Gruppen herzustellen — und die Preise
hochzutreiben. Hoffentlich macht die ausländische Konkurrenz wieder
einen Strich durch den sauberen Plan.

Terrain-Fusionen. Die Verhandlungen zwischen der Berlinischen
Vodengeseilschaft und der Terraingesellschaft Berlin-Südwesten über
ihre Vereinigung sind zum Abschluss gelangt. Die Terraingesellschaft
Berlin-Südwesten nimmt eine Verdoppelung des bisherigen Aktien-
kapitals von 6,2 auf 12,4 Mill. Mark vor. Die Berlinische Boden-
gesellschaft übernimmt die neuen 6 200 000 M. Aktien zum Kurse von
104 Proz. gegen Einbringung eines großen Grundstückskomplexes
zum Selbstkostenpreise. Der Terrainkomplex schiebt in der Richtung
nach Friedenau an die Grundstücke der Terraingesellschaft Berlin-Süd-
westen an. Die Berlinische Vodengeseilschaft verpflichtet sich, den
Aktionären von Südwest auf je zwei Stück alte Aktien eine neue
zu demselben Kurse zur Verfügung zu stellen. Für den Fall, daß
die außerordentliche Generalversammlung den Vorschlag zustimmt,
tritt Direktor Haberland von der Berlinischen Vodengeseilschaft in
die Direktion der Terraingesellschaft Berlin-Südwesten ein, während
Assessor Dr. Schlauch zum Mitgliede des Aufsichtsrats vorgeschlagen
werden wird.

Danach scheint die Fusionenmanie nun auch schon auf die
Terraingesellschaften überzugreifen, obgleich die Gründe, die sich für
die Vereinigungen industrieller Werte geltend machen lassen, hier
durchaus nicht zutreffen. Das Hauptmotiv der Fusion dürfte denn
auch in dem Wunsche der beteiligten Banken bestehen, bei der Sache
ein Geschäftchen zu machen.

Die Löhne der Lurahütte. Trotz der Besserung der Geschäfts-
lage sind die Arbeiterlöhne vielfach nicht nur nicht gestiegen, sie
zeigen sogar einen Rückgang. Selbst auf hohe Profite abwerfenden
Werken kommt diese ungünstige Gestaltung der Löhne zum Ausdruck.
Ein typisches Beispiel dafür bietet die Löhnbewegung auf den Werken
der Vereinigten Königs- und Lurahütte. Hier betrug nämlich seit
1898/99 die Zahl der Arbeiter, die Lohnsumme sowie der durch-
schnittliche Jahresverdienst pro Arbeiter:

Geschäftsjahr	Arbeiter	Lohnsumme in Mark	Jahresverdienst pro Arbeiter in Mark
1898/99	17 779	14 920 869	839,24
1899/1900	19 117	16 463 509	861,20
1900/01	20 277	17 477 528	861,59
1901/02	20 848	17 002 416	825,78
1902/03	20 028	16 578 462	827,51
1903/04	21 182	17 072 549	848,48
1904/05	22 224	18 508 455	835,29

Mit Ausnahme des Krisenjahres 1902/03 war in keinem Jahre
der durchschnittliche Jahresverdienst des Arbeiters so niedrig, wie im
Geschäftsjahre 1904/05. Das ist nur so zu erklären, daß man die
Verluste, die das Werk in seinen russischen Abteilungen hatte, auf
Kosten der Arbeiter abwägt. Denn der Rückgang der Dividende
von 11 auf 10 Proz. bedeutet kaum eine Schwächung des Kapital-
gewinnes. Dagegen ersparte man an den Arbeitern durch
Herabsetzung der Löhne gegen das Vorjahr nicht
weniger als 2 081 64 M.

Neue russische Anleihe. Nach einer Meldung der „Frankf. Jtg.“
haben die Verhandlungen über die neue russische Anleihe zu einem
definitiven Resultat geführt. Danach handelt es sich um eine inter-
nationale Anleihe, deren Betrag auf 1800 Millionen Frank festgesetzt
wurde; auf Frankreich entfallen davon 900 Millionen Frank. Die
Frage des Zinsfußes ist noch immer unentschieden, doch hält man
seine Festsetzung auf 4 Proz. fast als sicher. Die französische Gruppe
ist mit ihrer Ansicht, daß mit der Emission schon bald vorgegangen
werden solle, durchgedrungen, weshalb wahrscheinlich gegen Anfang
November die Zeichnung stattfinden wird. Von anderen, allem An-
schein nach von der hiesigen Bankfirma Wendelssohn u. Co.
inspirierten Blättern wird bestritten, daß schon die Verhandlungen
zum Abschluss gelangt sind. Es soll vorläufig noch zwischen den
beteiligten Vankgruppen über „die Basis“ unterhandelt werden.

Branntweinproduktion und Verbrauch in Großbritannien. Während
in Deutschland der Branntweinverbrauch in den letzten Jahren stetig
gestiegen ist, hat er seit 1899 in England nicht unbedeutend ab-
genommen. Die Zahl der im Betriebsjahr 1903/04 (am 30. Sep-
tember 1904 ablaufend) vorhandenen Branntweindstillereien
betrug 188, 8 davon in England, 152 in Schottland und 28 in
Irland.

Die Menge des zu Genusszwecken verwendeten inländischen
Branntweins belief sich im Jahre 1904/05 auf 83 158 000 Gallonen
(= 4,54 Liter) Normalstärke, d. h. 945 000 oder 2,7 Proz. weniger
als im Vorjahre. Unter Zuzurechnung des eingeführten kolonialen
und ausländischen Branntweins ergibt sich für das Jahr 1904/05
ein Verbrauch von 0,93 Gallonen auf den Kopf der Bevölkerung,
gegen 0,99 Gallonen im Jahre 1903/04.

Die Menge des im Vereinigten Königreich erzeugten Brannt-
weins betrug

Jahr, endigend am 31. März	Produktion in Gallonen	Verbrauch pro Kopf in Gallonen
1899/1900	59 246 277	1,17
1900/01	57 020 847	1,10
1901/02	55 192 324	1,01
1902/03	49 744 480	1,03
1903/04	51 816 600	0,99
1904/05	49 140 042	0,98

Soziales.

Bekämpfung des Mädchenhandels.

Der in Bremen abgehaltene Kongress zur Bekämpfung des
Mädchenhandels, der einen Verein zu diesem Zwecke zu bilden
beschlossen hat mit der Aufgabe, die sozialen Ursachen des
Mädchenhandels zu bekämpfen, war trotzdem nichts wie ein
Sittlichkeitskongress nach kölnischem Muster. Die Redner
schimpften auf die „Jugend“ und den „Simplizismus“, sie
bedauerten, daß „die Gesetzgebungsmaschine heute
nur zugunsten der Arbeiter tätig sei“, bestritten,
daß die materielle Not die Quelle des Mädchenhandels und der
Prostitution sei, schimpften auf die Unsitlichkeit der Dienst-
mädchen und der Privatlehrer und dergleichen. Niemand trat
diesem Unsinn entgegen. Einen kennzeichnenden Zwischenfall
verursachte Fräulein Anna Pappirig, die einen Antrag der
Internationalen Abolitionistischen Föderation begründete, worin
unter Hinweis auf die vor allem in Hamburg offenkundig ge-
wordene Mitwisserschaft der Behörden an dem Bordellbetriebe
die gänzliche Vereitelung aller deutschen Vorbehalte, weil im
Widerspruch mit dem Strafgesetzbuch stehend, gefordert wird.
Ueber die ganz programmwidrige Rede des Fräulein
Pappirig berichtet eine Korrespondenz:

Sie habe von dem traurigen und juchbaren Loos der Mädchen
zu sprechen, die in Bordelle verhandelt worden seien. Und da sei es
ihre doppelte Schmerzlichkeit, konstatieren zu müssen, daß sie unter den
Männern des Kongresses nur wenig Freunde für den vorgelegten
Antrag finden werde. (Oho-Rufe und Unruhe.) Wenigstens habe
sie gestern beim Einsteigen in den Bremer Schnellzug folgende
Ausschreieung gehört: Na, soweit wäre ja alles gut, wenn nur der
dämliche Antrag von der Pappirig nicht da wäre. (Stürmische Ge-
schrei und Unruhe.) Und dann sei im Coupé „Früh verhandelt worden,
wie man die Tagesordnung schon so einrichten wolle, daß sie ganz

zuletzt daran komme, wenn das Publikum schon mait und müde
geworden sei und man habe hinzugefügt: Im übrigen sei ja der
Polizeirat Hopff aus Hamburg da, der werde sie mit ihrem Angriff
gegen die Hamburger Bordelle schon in Grund und Boden reden.
(Erneute Geheul und Unruhe.) Es sei doch peinlich und be-
schämend zugleich, daß die Anhänger einer so heiligen Sache, wie
es die Bekämpfung des Mädchenhandels sei, gleichzeitig so geblöht
werden könnten, wenn man gegen die Bordelle sprechen wolle, die
sie als den Schandfleck unseres Vaterlandes bezeichnen müßte. Wenn
man aber erwarte, sie werde dieses Reichswissenschafts wegen sich
ihren Antrag vom Vorstande wiedergeben lassen, so täusche man sich.
Denn wenn er auch zu ihren Gegnern gehöre, so würden seine
Entsetz doch anders über die Sache denken. (Lebhafte Beifall und
Unruhe.) Die Rednerin bezieht sich dann auf ein Bild des „Simpli-
zismus“, auf dem dargestellt wird, wie ein junger Mann einen
Schulmann auffordert, auf eine Supplerin aufzupassen, die offen-
sichtlich ein junges hübsches Mädchen nach dem Auslande ver-
schleppen wolle, mit dem Bemerkten: So was muß für uns im Lande
bleiben. Genau so zynisch und logisch sei die Konsequenz derjenigen,
die den ausländischen Mädchenhandel bekämpften, aber gegen die
Bordelle im eigenen Lande nichts sagten. (Sehr richtig! Widerspruch
und Unruhe.) Sei es denn nicht ebenso schlimm, wenn die Töchter
des Volkes nach Weh oder Hamburg verhandelt würden, als wenn
sie nach dem Auslande gingen, wenn gewissenlose Supplerinnen
sich an Wöchnerinnen heranmachten, die der Liebhaber sitzen ließ
und die nun in Sorge um die Zukunft seien? Unterstaatssekretär
v. Mehr habe gesagt, man wolle den Mädchenhandel überall da
bekämpfen, wo er sich zeige, weshalb habe man da nicht den Mut,
auch den nationalen Mädchenhandel zu bekämpfen? (Lebhafte Beifall.)
Und wenn gesagt worden sei, die Vorbestrafung sei eine Frage
von untergeordneter Bedeutung, so erwidere sie, für sie gebe es
ohne Vorbehalte überhaupt keinen Mädchenhandel. (Sehr richtig!)

In diesen interessanten Verhandlungen im Eisenbahn-
wagen, deren unfreiwilliger Zeuge Fräulein Pappirig
geworden, scheint der Vorsitzende des Kongresses, Gefandter
v. Dirksen, M. d. R., beteiligt gewesen zu sein, denn er
erwiderte der Rednerin, daß es sich bei den Verhandlungen im
Coupé nicht um den Antrag des Fräulein Pappirig, sondern
um — alle Anträge gehandelt hätte. Im Lichte der Enthüllung
des Fräulein Pappirig erscheint denn auch eine Bemerkung des
Majors a. D. W a g e n e r in seinem Jahresberichte auch der
ganzen Verhandlung würdig. Er entrüstete sich nämlich über
die Unsitlichkeit in Budapest und Domburg und erzählte, es
sei vorgekommen, daß dem Komitee eine Reihe angesehener
Leute in Budapest als Mitarbeiter genannt wurden, von denen
sich nachher herausstellte, daß sie selbst mit Händlern in Ver-
bindung standen, um Mädchen für sich zu bekommen. (Be-
wegung.)

Möchte der entrüstete Herr doch auch einmal der Frage
näher treten, wie viel „angesehene“ Leute in Deutschland
öffentlich gegen die Unsitlichkeit donnern und heimlich die Kost-
gänger der Prostitution sind.

Da r u m sind die Aeusserungen des Fräulein Pappirig so
kennzeichnend, weil sie die Heuchelei hervorhebt, die sich in dem
ganzen großspurig lärmenden Kampfe von Gruppen der
Bourgeoisie gegen die Unsitlichkeit wie gegen allerlei andere
Geschwüre der kapitalistischen Gesellschaftsordnung offenbart.
Dieser Kampf gegen den Mädchenhandel zeigt sich schließlich
auf derselben Höhe, wie die Wohlthätigkeitsbuzare der guten
Gesellschaft. Dabei braucht sich der Einzelne des Widerspruchs
zwischen seinem Handeln als Einzelperson und dem Handeln
seiner Klasse nicht bewusst zu werden; er braucht auch kein
Lump zu sein, der einem Komitee zur Bekämpfung des
Mädchenhandels angehört und zugleich regelmäßig seine „rische
Ware“ vom renommiertesten Mädchenhändler bezieht. Es
braucht nicht subjektive Heuchelei zu sein, aber es ist Klassen-
heuchelei, wenn die Bourgeoisie allerlei Schäden am Volk-
körper bekämpft, wenn sie tanzt für die Armen, die arm sind,
weil sie den Tanzenden ihren Reichtum erarbeiten müssen,
wenn sie Ayle errichtet für die Gefallenen, die fielen als
Opfer der bestehenden Ordnung, wenn sie die Unwissenheit be-
klagt, die eine Folge der Vernachlässigung des Volksunterrichts
durch die herrschende Klasse ist, wenn sie für ihre eigenen
Opfer betet.

**Die Beschäftigungen der Ortskrankenkassen nach § 18 des
Invalidenversicherungsgesetzes.** Die Landesversicherungsanstalt für
das Königreich Sachsen hatte ein Mitglied der gemeinsamen Orts-
krankenkasse zu Vorna, das an Lungenschwindsucht erkrankt war, im
Bege des Heilverfahrens nach Gerdersdorf geschickt. Von hier war
das Mitglied seinerzeit als gebessert, mit Aussicht auf dauernden
Erfolg, entlassen worden. Die Landesversicherungsanstalt verlangte
nun von der Krankenkasse die Bezahlung von 192 M. Kranfengeld,
daß diese verweigerte, weil das betreffende Mitglied nicht erwerbs-
unfähig krank gewesen und die Ueberführung in die Heilanstalt nicht
von der Kasse veranlaßt worden sei, vielmehr habe an der Ueber-
weisung allein die Versicherungsanstalt ein Interesse gehabt, um
eine allzu frühe Invalidität zu verhindern. Mindestens wäre
es Pflicht der Landesversicherungsanstalt gewesen, sich mit
der Kasse vorher ins Einvernehmen zu setzen. Es kam
zur Klage vor dem Verwaltungsgericht der Kreisstadtmann-
schaft Leipzig. Da die Ortskrankenkasse zu einer freiwilligen
Anerkennung nicht zu bewegen war, wurde sie zur Zahlung
verurteilt, mit der Begründung, daß die Landesversicherung bei
Ueberweisungen an Heilanstalten nicht von der Absicht geleitet werde,
im Interesse der Anstalt eine zu frühe Invalidität zu verhindern,
sondern daß sie damit nur ihrer Fürsorgepflicht genüge, die verlangt,
daß ein von schwerer Erkrankung bedrohter Mensch vor dieser nach
Möglichkeit behutsam werde. Nach früheren Entscheidungen habe es
die Landesversicherungsanstalt auch nicht nötig gehabt, sich vor der
Ueberweisung mit dem Kassenvorstande in Verbindung zu setzen.

Quellenschutz.

Der Regierungspräsident zu Minden hatte durch Verordnung
vom 18. Februar 1904 für die Quellenteile des im Fürstentum Waldeck
gelegenen Bades Pyramont die Bildung eines Schutzbezirks in den
angrenzenden preussischen Landesteilen vorgeschrieben. In diesem Bezirke
dürfen Erdarbeiten, die nicht unter das allgemeine Berggesetz fallen,
in einer Tiefe von mehr als 10 Metern unter der Erdoberfläche nur
nach vorgängiger Erlaubnis des Regierungspräsidenten vorgenommen
werden. Dagegen hatte sich der Besitzer Pyramont durch Anlegung eines
Brunnens vergangen. — Er wurde in zweiter Instanz freigesprochen,
weil die Verordnung unglücklich sei. Das Kammergericht hob am
12. Oktober das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger
Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück: Wenn
auch Pyramont nicht in Preußen, sondern in Waldeck liege, sei die
Verordnung doch rechtskräftig. Der Schutz von Heilquellen dürfe
namentlich nicht bei heimischen Verhältnissen an der Grenze des
Landes stehen bleiben. Es bestehe die Gefahr, daß die in Preußen liegenden
Quelladern z. B. durch Brunnenbohrungen geschädigt würden, derart,
daß die außerhalb Preußens zutage tretende Quelle nicht in der gewohnten
heilskräftigen Weise emporkommen könne. Preußen habe ein Interesse
daran, zu verhindern, daß die Quelladern durch Abgrabungen und
Bohrungen geschädigt würden. Pyramont werde auch von einer
großen Zahl Preußen zwecks Heilung angefaßt. Der preussische
Staat schätze so Leben und Gesundheit seiner Bürger, wenn er in
der genannten Weise die Quelladern schütze. Rechtlich gefügt werde
die Verordnung des Regierungspräsidenten durch die §§ 91 und 12
des Polizeiverwaltungs-Gesetzes, wonach zu den Gegenständen
polizeilicher Vorkehrungen auch die Sorge für Leben und Gesundheit
gehöre. Wegen Feststellung der Strafe müsse die Sache an das
Landgericht zurückverwiesen werden.

Aus der Frauenbewegung.

Charlottenburg. Eine von Frauen äußerst zahlreich besuchte Versammlung tagte Mittwoch, den 11. Oktober, im Volkshaus. Ueber das Thema: „Zweck und Nutzen der Frauen-Bildungsbereine“, referierte Frau Meyer an Stelle der erkrankten Frau Dr. Hoffmann. Rednerin verstand es, den Anwesenden in verständlicher Weise den Wert der Frauenbewegung klar zu machen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Mit großer Majorität wurde beschlossen, hier am Orte einen Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu gründen und es wurde eine Kommission gewählt, die sich mit der Statutenberatung befassen soll. Der Aufforderung, dem Verein beizutreten, folgten sofort 50 Frauen. Die nächsten Versammlungen werden an dieser Stelle bekannt gegeben werden.

Gerichts-Zeitung.

Die Anzuchtsrichter. Zum zweitenmal freigesprochen wurde der Chefredakteur der „Zeit am Montag“ Karl Schneider in derselben Sache. Der Angeklagte hat vor Jahresfrist in seinem Blatte die Revue „Lorenzos Hochzeit“ von Heinrich Böker veröffentlicht, die von der Staatsanwaltschaft als unzüchtige Schrift angesehen wurde. Die 7. Strafkammer des Landgerichts I sprach damals den Angeklagten frei, da sie den Tatbestand des § 184 nicht für gegeben erachtete. Wegen das freisprechende Erkenntnis legte die Staatsanwaltschaft die Revision ein, der das Reichsgericht stattgab, indem es den Fall zur erneuten Verhandlung an das Landgericht II verwies. Diese fand gestern vor der 5. Strafkammer statt. Der Staatsanwaltschaft beantragte 14 Tage Gefängnis. Der Angeklagte führte in längerer Darlegung aus, daß von einem unzüchtigen Charakter der infamisierten Revue nicht die Rede sein könne. Rechtsanwalt Dr. Galpert erweiterte diese ästhetischen Ausführungen und wendete sich vom juristischen Standpunkte gegen die Anklage unter Bezugnahme auf frühere Reichsgerichtsentscheidungen. Der Gerichtshof erkannte wiederum auf Freisprechung und legte die Kosten der Staatskasse auf.

Vermischtes.

Die Nordsee-Türme. Aus Hamburg wird gemeldet: Als verloren gelten wiederum drei in Zinkwärdern behelmte Fischerfahrzeuge, die sich während der letzten Weststürme in der Nordsee auf Banga befanden. Da einlaufende Schiffe auch ein Fischerfahrzeug hielten in der Nähe von Vorkum treiben lassen, so herrscht auf Zinkwärdern große Besorgnis. Die Verluste an Fahrzeugen und Mannschaften der gegen dreihundert Fahrzeuge betragenden Zinkwärders Flotte sind in diesem Jahre größer als in allen anderen Jahren. Vor zwei Jahren hat das Reich der Zinkwärders Fischer, aus der die Schiffverluste und die Reuten der Hinterbliebenen gezahlt werden, schon einen größeren Vorschuß gewährt. Jetzt ist die Situation der Flotte noch schlimmer als damals, denn die Beihilfe wurde durch die Schiffverluste des vorigen Jahres fast aufgebraucht.

Das sexuelle Problem bei den Engeln. Ob die Engel im Himmel als männlichen oder weiblichen Geschlechts darzustellen sind, diese Frage beschäftigt seit einer Woche Theologen und Laien in New York, ohne daß man sich bisher hätte einigen können. Die Frage wurde dadurch aufgeworfen, daß einige Mitglieder der Kirchenkonferenz Anstoß an den Engelstatuen nahmen, die in der Belmont-Kapelle der St. Johannes-Kathedrale in New York aufgestellt sind. Der belgische Bildhauer Borsum, der die eigentlich nach weiblichen Modellen gearbeiteten Statuen hergestellt hat, sagt: „Die Vorstellung eines Engels enthält etwas Heines, Feines und Schönes, das man sich bei der Frau eher denken kann, als beim Manne.“ Seine Kritiker waren jedoch anderer Ansicht, und wenn sie auch nicht verlangen, daß alle Engel nach männlichen Modellen umgearbeitet werden sollen, so forderten sie doch, daß mindestens der Engel der Verkündigung und der Engel der Auferstehung am Eingang in die Kapelle männlicher Erscheinung sein müßten. Jetzt greift der in seiner Ehre gekränkte Bildhauer in die Erörterung ein. Er nahm Hammer und Meißel und schlug die Engelstatuen in Stücke, da er kein Werk nicht von Leuten kritisieren lassen wollte, die nicht davon verstanden. Er wird jedoch trotzdem zwei neue Engel nach männlichen Modellen liefern, wenn er sich auch nicht mit der Idee verböhnen kann, daß man sich einen weiblichen Engel anders als in weiblicher Gestalt denken könne. Er wird aber bei den Engeln eine Ausnahme machen müssen, da diesen doch schon durch ihren Namen die Merkmale des Mannes zugesprochen sind. Falls der Streit noch weiter gehen sollte, so könnten die New Yorker Theologen und Laien in einem Aufwachen auch die im Mittelalter sehr beliebte Frage zu lösen suchen, wie viele Engel auf eine Aedelshupe gehen.

Eine Riesenstation für drahtlose Telegraphie läßt die Reichspostverwaltung zurzeit in Norddeich herstellen. Die Station erhält eine Reichweite von nicht weniger als 1500 Kilometer. In diesen Kreis fällt nicht nur ganz Deutschland, Oesterreich, die Schweiz, Frankreich, Großbritannien und Dänemark, sondern auch der größere Teil von Italien sowie von Schweden und Norwegen, ferner Teile von Spanien, der Balkanhalbinsel und Rußland. Deutsche Schiffe, die von Amerika kommen, könnten sich schon etwa 12 Grad von Greenwich mit der deutschen Station in Norddeich in Verbindung setzen. Die Station wird von der Berliner Gesellschaft für drahtlose Telegraphie nach dem System Telefunken eingerichtet. Es war beabsichtigt, sie auf Vorkum zu errichten, man hat aber schließlich Norddeich bei Norden als Station an der Nordwestspitze des Reiches gewählt. Norddeich ist der Endpunkt der preussischen Bahn im Nordwesten und der Hafen für die preussischen Inseln. Für die Station sind Türme von 65 Meter Höhe nötig. Die Fundamentierungsarbeiten sind bereits so weit vorgeschritten, daß in Kürze mit der Aufstellung der eisernen Türme begonnen werden kann. Das Stationshaus mit den Wohnungen für die Beamten wurde bisher meist aus leichtem Fachwerk hergestellt. Die neue Riesenstation erhält ein ansehnliches Dienstgebäude aus Stein. Der Bau wird voraussichtlich schon Anfang November unter Dach sein. Es wird erwartet, daß die Station zu Anfang des nächsten Jahres in Betrieb genommen werden kann.

Kollision englischer Dampfer. Der Dampfer „Rush“ stieß bei der Forth-Brücke (Schottland) mit dem Dampfer „Brudhoe Castle“

zusammen und sank binnen wenigen Minuten. Von der zwölf Mann zählenden Besatzung kamen, wie aus London gemeldet wird, sieben Mann ums Leben.

Die Cholera. In Schönmoor, Kreis Ebing, ist ein bei seinen Eltern zu Besuch weilender Zimmerlehrling, der in Hohenwalde, Kreis Marienburg, gearbeitet hatte, unter dem Verdacht der Cholera gestorben.

Eingegangene Druckschriften.

Protokolle der 1. (1899), 2. (1901) und 3. (1903) Generalversammlung des Centralvereins der Journalisten und deren Hilfsarbeiter Deutschlands. Die älteste deutsche Gewerkschaft. Die Organisation der Lohn- und Löhngewerkschaft bis zum Erlasse des Sozialengesetzes. Von Dr. Franz Mühl. Preis 2.— M. Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe.

Der Städtebau. Monatschrift für künstlerische Ausgestaltung der Städte. Preis 20 M. für den Jahrgang. Verlag von Ernst Baschewitz u. Co., Berlin W. 8, Markgrafstr. 35. Das Oktoberheft enthält einen beachtenswerten Aufsatz: Berliner Stadtbild, der mit Plänen und Illustrationen reich versehen ist.

Briefkasten der Redaktion.

Geduld. Nicht Kraft, sondern Ausdauer bringt viel Großes zu Stande. — Zt. 101. Kein. — 8. 2020. Ra. — 9091. Ja. — G. R. Aus braver Bemühung lagen Sie von sich: „Ich singe nicht um Ruhm und Ehre, — Ich will nur, daß ein jeder gerade steht usw.“ — Schaffl Kamillon, hoch Soldat. Alles sehr schön, herzlich sogar empfehlenswert; nur „Munition“ erhält man dadurch nicht. Sammelstücken unter allen Umständen nicht klamer. — G. M. 175. Ohne Ausdauer keine Antwort. Frage und Antwort wiederholen. — H. R. 999. Unterricht in der Chemie erteilt man nicht durch den Briefkasten. Bekommen Sie sich die erforderlichen Bücher usw. Größere Legate einer Bibliothek oder Lesesäle werden für den ersten Schritt genügen. — Bek. 1. Per Woche 1,70 M. 2. Rund 8000 Organisierte. — Rez. Hohensohn, nicht aber Rez oder Imperator. — H. S. 300. Vergeblich danach gesucht. Briefkasten finden Sie das Gewünschte in der Miniatur-Bibliothek, Nr. 504 (Schriftsteller). Leipzig, Verlag für Kunst u. Wissen von Albert Otto Baul. Durch jede Buchhandlung bei richtiger Angabe des Titels.

Juristischer Cell.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet abends 7 Uhr. Nummern. 1. u. 2. Kein. — Netter Hauswirt. Die Polizei hat sich um die Verhältnisse nicht zu kümmern, es sei denn, die feuer-sicherheitspolizeilichen Vorschriften werden übertreten. Sie könnten beim Amtsgericht auf Veranlassung in einen der Vertriebsstellen entsprechenden Zustand (z. B. Anhebung der Scheibe, rechtzeitige Beleuchtung) klagen. — R. W. 215. 1. Ja. 2. Das ist ratsamer. 3. Kann verlangt werden. 4. Standesamt. — R. R. 39. 1. Nein. 2. Abreisen sind aus dem Abreisetage zu ersehen. — H. S. 128. Ihre Schwester hat die Maschine nur gegen Rückzahlung der 8 M. verausgabt. — Zwanbau. Leinen Sie Zahlung ab und warten Sie, ob Klinge erfolgt. — R. R. 11. Wenn es Ihr Kind ist und von Ihnen als solches anerkannt ist, ja. — R. G. 52. 1. Die Frau kann auf Unterhalt klagen. 2. 3. 5. Ja. 4. Ja, aber eine Einbindung vom Vertrag liegt nicht vor. — R. P. 61. 1. Sie können auf Rückgabe des Wertes (eventuell Schadenersatz) gegen Zahlung von 20 M. klagen. 2. 30. November. — C. H. 60. Die Inhaberin ruht, solange der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande (mit Ausnahme der durch Bundesratsbeschlüsse vom 13. Oktober 1900 — siehe „Arbeiterrecht“ S. 490, 491 — bezeichneten Grenzgebiete) hat. — R. S. 500. 500 M. sind zur Altersrente für den im Jahre 1835 Geborenen erforderlich; geben Sie den Geburts tag genau an.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 14. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Bajazet. Cavalleria rusticana.
Schauspielhaus. Macbeth.
Reue. Ein Sommernachtstraum.
Wespen. Die Zauberkiste.
Nachmittags 3 Uhr: Kathen der Weise.
Deutsches. Das Käthchen von Heilbronn.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein Wintermärchen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.) Flachmann als Erzähler.
Berliner. Kavaliers.
Central. Zur indischen Sitte.
Nachmittags 3 Uhr: Faust.
Festung. Stein unter Steinen.
Reizung. Die Höhle des Löwen.
Walhalla. Eine tolle Nacht.
Kleines. Hidalla.
Trianon. Madame Torera.
Lustspielhaus. Der Herr Haushofmeister.
Thalia. Bis früh um fünf!
Carl Weich. Der Widerspenstigen Zähmung.
Nachmittags 4 Uhr: Die sieben Raben.
Luisen. Der jüngste Leutnant.
Deutsch-Amerikanisches. Aber, Herr Herzog!
Kasino. Der Adelsnarr.
Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Ringel-Tangel. — Ein Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Metropol. Auf — ins Metropol!
Herrnsfeld. Die Meyerhains.
Wintergarten. Hofario Guerrero. Spezialitäten.
Velle-Hilfance. Spezialitäten.
Soll und Haben. Soll und Haben. — Spezialitäten.
Reizung. Berliner Sänger.
Vaffage. Robert Koppel. Kariball, der Mann mit den Hüten. Georg und Gusti Adler.
Hronia. Zauberkiste 18/19.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsstunde.
Gürbel 8 Uhr: Dr. Donath: Der elektrische Spannungszustand.
Invalidentheater 5/7/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania Taubenstr. 45/49.
8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtsstunde.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath: „Der elektrische Spannungszustand.“

Sternwarte invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Joëls Traum.
II Pompeji II
Die Ehre des Vaters!
Restaurant:
Dresdener Sänger.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Hidalla.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Lore. Oleraus: Der zerbrochene Krug.
Abends 8 Uhr: Hidalla.
Montag: Nachtsayl.

Theater des Westens.
Station Zoolog. Garten. Kantstr. 12.
Sonnabend nachm. 3 Uhr, II. Preise:
Kathen der Weise.
Abends 7 1/2 Uhr zum erstenmal:
Die Zauberkiste.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise:
Der Troubadour.
Abends 7 1/2 Uhr: Der Opernball.
Montag: Der Opernball.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Madame Torera
(Madame L'ordonnance).
Schwank in 3 Akten v. Jules Chancel.
Deutsch von Max Schömann.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das Ende der Liebe.

Apollo-Theater.
Nur noch einige Tage!
Letzte Woche!
Ein Abend in einem amerikanischen Ringel-Tangel. — Ein Hochzeitsabend und Spezialität.
Sonntag, den 15. Oktober, nachm. 3 Uhr, bedeutend ermäßigte Preise:
Amerikanischer Ringel-Tangel und das große Spezialitäten-Programm.

Berliner Theater.
Charlottenstr. 90/92.
Andaloesia.
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Cohl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folg. Tage: Andaloesia.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Andaloesia.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Morgen u. folgende Tage:
Ein Sommernachtstraum.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Steinmetzstr. 16.
Verbsuegen der Stellmacher.
Zur Aufführung gelangt:
Der Bettelstudent v. Berlin.
Vollständigt mit Ges. in 5 Akten v. Duffe.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Schauspiel in fünf Aufzügen von William Shakespeare.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Montag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Zirkus Albert Schumann
Vierle Grande Soirée High Life.
Gala-Programm, u. a. die beliebte jugendl. Schilke-Reiterin Fräulein Dora Schumann. Neu! Herr Hauser, der irrtümliche Querschnitt. Seniation! Das einen halben Saltomortale schlagende Pferd.
Neu: Miss Cashmore. Neu: Miss Alice. Neu: Leo Romanis. Neu: Pipi & Jerome.
Die phänomenalen John und Louis Boller mit ihren noch nie gesehenen Vor- und Rückwärts-Saltomortalen auf dem Zweirad.
Direktor Albert Schumanns neueste Konstellationen. Feiner künstlerisch neu engagierter Spezialitäten.
Zum Schluss die größte Kaskade: Der Tag des

Englischen Derby.
Das Leben und Treiben nach dem Original, auf das glänzendste inszeniert vom Dir. Alb. Schumann.
Sonntag: 2 Vorst., nachm. 3/4, Uhr ein Kind frei, und abends 7 1/2, Uhr. In beiden Vorst.: Englisches Derby.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der jüngste Leutnant.
Sonntag nachm.: Wilhelm Tell.
Abends: Fran.
Montag: Das Urbe.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Direktion: Richard Schultz.
Heute und folgende Tage:
Eine tolle Nacht.
Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Hausen überall gehalten.

Kasino-Theater
Robringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Glänzender Erfolg!
„Der Adelsnarr.“
Neu! Rheingold-Trilo.
Mit dreierhundert Pfau n. te.
Sonntag nachm. 4 Uhr:
„Ein Sohn des Volkes.“

Carl Weiß-Theater.
Gr. Franzfurterstr. 132.
Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung zu ganz neuen Preisen:
Die sieben Raben.
Abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Lustspiel in 5 Akten v. H. Shakespeare.
Morgen letzte Sonntag-Aufführung:
Der Weltumsegler wider Willen.

Passage-Theater.
Anfang der Abendvorst. 8 Uhr.
Kolossaler Erfolg!
Robert Koppel
in seinem neuen Repertoire.
Marshall
der Mann mit den Hüten.
Georg u. Gusti Adler
Prolet.
14 erstklassige Nummern.

Metropol-Theater
Präzise 8 Uhr
zum 36. Male:
!Auf — in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent Kapellmeister Max Roth.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Walden a. D. x Mir Clifford a. D.
Bender x Giampietro
Josephi x Massary x Frid-Frid
Steidl x Lilly Walter.
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

ALLES TRINKT SANTA LUCIA KRAFT-ROTHWEIN

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Zum 174. Male:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den Autoren Anton und Donald Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorst. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familienag.
Eine Erbschaftskomödie von Anton und Donald Herrnsfeld.

Arnold Scholz. Neue Welt. Hasenheide 108/114.
Sonnabend, 14. Okt. 1905:
Große Extra-Vorstellung des Bernhard Rose-Theaters
Zur Aufführung gelangt:
Der Millionenbauer.
Großes Volksstück in 4 Aufzügen von Kreier.
Nach der Vorleistung:
Famil. - Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf.
Morgen Sonntag:
Gr. Konzert u. Vorstellung
Kascher: Tanzkränzchen.
Jeden Mittwoch:
Bernhard Rose-Theater

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr: Zum ersten Male:
Der Herr Haushofmeister.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das sensationelle Oktoberprogramm
Serra Compagnie
Berlins bester Musikant u. ein erstklassige Nummern.
Dazu: Ein Kater.
Schwank in 1 Akt.
Familienarten sind in allen Barbier, Friseur u. Zigarren-geschäften sowie im Theater-bureau unentgeltlich zu haben.
Vorverkauf: Sonntag, 15. Okt., nachm. präzis 3 Uhr: Gastspiel des William Löwe-Ensembles.
Der Hüttenbesitzer. Schauspiel in 5 Akten von G. Dönc.

Theater Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Zapfenstreich.
Militär-Humoreske von Satyr.
Vorher:
Soll und Haben
und der ausgezeichnete Spezialitätenteil.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Vorstellung zu halben Preisen.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee Nr. 148.
Sonntag, Montag, Mittwoch:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Stets wechselnde Spielfolge.
R. d. Vorst.: Gr. Extra-Tanz.
Anfang Sonntags 6 Uhr.
Dozentag * 1/2.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
6 Uhr: Gastspiel Adolf Philipp.
Zum 43. Male:
ABER, HERR HERZOG!
Jeden Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Halbe Preise!
„Ueber'n großen Teich“

Bernhard Rose-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.
 Heute: Geflohen.
 Morgen Sonntag, den 15. Oktober,
 nachm. 3 Uhr bei kleinen Preisen:
Die Blinde von Paris.
 Abends 7 Uhr:
Die Tochter des Herrn Fabricius.
 Entree 40 Pf., nummerierter Pl. 50 Pf.
 Vorverkauf 75 Pf., Speisbil. 1 M.
 Vorverkauf von 10-1 Uhr.
 Montag: Berliner Kinder.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4a
 Dir. W. Reimer.
 Sonnt. Konz., Donnerst.:
 Im glänzend veron. und
 elektr. beleucht. Stablfestem.
Hoffmanns
 Norddeutsche Sänger
 und Tanztruppe.
 Sonntag Beginn 5 Uhr,
 wochentags 8 Uhr.
 Dienstag und Mittwoch:
 Gastsp. d. Loewe-Ensemb.

WINTERGARTEN
 Rosario Guerrero
 Spanische Tänzerin.
 Gebrüder Artols, kom. Reckkünstler.
 Die mysteriösen Husaren.
 Ludwig Amano, Mimiker.
 Harndins Wundersterne.
 Colle de Lossé Duo, Drahtsoilakt.
 Ein Abend in einem amerikanischen
 Tingeltangel, Panion. von Karno.
 Lina Harroder, die Goldamazonen.
 „In Japan“, Ballettdivertissement.
 Collins und Hart,
 amerikanische Exzentriks.
 Nora Moore, englische Sängerin.
Der Biograph.

Otto Pritzkows
 Berliner
Abnormitäten-Theater
 Münzstr. 16.
 Muskel-Künstler.
 Skelett-Mensch
 der einzig existierende, ohne Kon-
 turren, 22 Jahre alt, 55 Pf. schwer.
 Joeki Toeki, der englische
 Gummibäumchen.
 Entree 20 Pf.

Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Heute und folgende Tage:
 Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.
 Schwan in 3 Akten v. M. Hennequin
 und V. Wilhaid.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Herkules-
 pillen

Belle-Alliance
 Theater-Variété.
 Anfang 8 Uhr.
Hauptmann Marquis
Itonye
 Szene vom Kriegsschauplatz.
Rosa u. Jehan
Liane Leischner
Belle Astoria.
 16 sensationelle Attraktionen.
 Sonntags 2 Vorstellungen
 Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.
 Jeder Besucher 1 Kind frei.

Gustav Behrens
 Spezialitäten-
 Theater
 Frankfurter-
 Allee 85.
 Der ganze Osten lacht Tränen
 über
Die Berliner Range.
 Possé mit Gesang.
 Neut Der kleine Mann und die
 große Frau
 sowie 20 Spezialitäten-Nummern.
ELYSIUM.
 Kommandantenstr. 3-4.
 Vollständig neu renoviert.
 Auftreten v. 35 erstklassigen
 intern. Spezialitäten.
 Geöffnet von 10 Uhr früh bis
 12 Uhr nachts.

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger.
 Anfang:
 Hochentags
 8 Uhr,
 Sonntags
 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
 Moritzplatz.
 Täglich
 in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Colosseum
 Dreßdenerstraße 97.
 humoristische
16 Bendix.
Litke Carlsen.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
 Sonntag nachm. 3 Uhr bei
 40 Pf. Entree auf jedem Platz.
 Verteilung von Geschenken.
 Täglich im Konzertsaal 8 Uhr.
 Sonntags ab 3 Uhr 2 Kapellen.
 „Schrammeln“ Ungarn und
 Rabasänger.
 Ende des Konzerts 1 Uhr.

Sonntag, 15. Oktober:
 Erstes diesjähriges
Frische
Wurst-Essen
 unter Mitwirkung der Hauskapelle.
 Alex Kleburg, Abalberstr. 86.
 Amt 4. 8801.

PROBLEM
 Cigaretten
 übertreffen Importen

Gelegenheits-Partie
Gardinen
 abgepaßte Fenster,
 weiß und creme
 Schallänge pro Fstr. M. 950
 3 Mtr. Fstr. M. 335
 Schallänge pro Fstr. M. 335
 3,20 Mtr. Fstr. M. 585
 Imit. Point-lace-
 Gardinen, pr. Fstr. M. 185
 Eleg. Sezessions-
 Tüll-Stores M. 600
 Gestickte echte
 Spachtel-Stores M. 485
 Goldfarb. reich-
 gestickte Band-Stores M. 235
 Tüllbett-Gr. 180/220 M. 235
 decken cm M. 635
 Reichgest. Erbs-
 tüllbettdecken M. 635
Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
 Berlin Oranienstr. 158
 Nach auswärt. per Nachnahme
Gardinen-
 Katal. m. ca. 600 Abbildungen
 gratis und franko.

Friedrich Kopras
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, nachmittags 2 Uhr, vom
 Krankenhaus Noabit aus nach
 dem Heilands-Kirchhofe, Widjen-
 see, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 183/5 Die Ortsverwaltung

Allen Verwandten und Be-
 zugsamen die traurige Nachricht,
 daß mein innigstgeliebter Mann,
 unser treusorgender Vater, der
 Steinseger
Fritz Kopras
 am 11. Oktober 1905 nach kurzem
 Leiden im Krankenhaus Noabit
 verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonn-
 tag, nachmittags 2 Uhr, von der
 Halle des Krankenhauses Noabit
 aus nach dem Heilands-Kirchhofe
 statt. 25416
 Um stille Beileid bitten
Frau Ida Kopras
 nebst Tochter.

Beste
 deutsche
 Fabrikate
 Ueberall
 zu
 haben.

Zentral-Kranken- und Sterbe-
Kasse der Tischler
 u. anderer gewerblicher Arbeiter.
 (E. D. 3 in Hamburg.)
 Verwaltung Berlin D.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß am 11. Oktober unser lang-
 jähriges Mitglied
Friedrich Kopras
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, nachmittags 2 Uhr, vom
 Krankenhaus Noabit aus nach
 dem Heilands-Kirchhofe, Widjen-
 see, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 183/5 Die Ortsverwaltung

Allen Verwandten und Be-
 zugsamen die traurige Nachricht,
 daß mein innigstgeliebter Mann,
 unser treusorgender Vater, der
 Steinseger
Fritz Kopras
 am 11. Oktober 1905 nach kurzem
 Leiden im Krankenhaus Noabit
 verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonn-
 tag, nachmittags 2 Uhr, von der
 Halle des Krankenhauses Noabit
 aus nach dem Heilands-Kirchhofe
 statt. 25416
 Um stille Beileid bitten
Frau Ida Kopras
 nebst Tochter.

Heute nachmittags 5 Uhr:
 Eröffnung
der Back-, Kochkunst- und
Hausstands-Ausstellung
 Berlin, Luisenpark, Dresdenstr. 24/25
 vom 14. bis 22. Oktober d. J.
 geöffnet v. 10-8 Uhr. Tägl. Konzert.
 Entree 50 Pf., Eintritt 1 M.

Dem Kaufmann Herrn
Hugo Grabert nebst Gattin
 Lina geb. Kroll
 die herzlichsten Glück-
 wünsche zur heutigen
Silberhochzeit.
 2551b Die Karlshorster.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Mechaniker
Albert Gißler
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 15. Oktober, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des neuen Mariendorfer
 Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 152/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege, Tischler
Otto Mewes
 am 10. Oktober verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Samstag, den 14. d. M., nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des städtischen Krankenhauses
 Noabit aus nach dem neuen
 Nazareth-Kirchhofe an der Dall-
 dorer Chaussee statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 94/12 Die Ortsverwaltung.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefern
 elegante fertige
Herren-Garderoben.
 Ersatz für Maß.
 Anfertigung nach Maß.
 Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
 Schneidermeister,
 Große Frankfurter Str. 97, II.
 Eingang Straußberger Platz.

Conrad Tack & Cie.

Deutschlands bedeutendste
Schuhwaren-Fabriken BURG bei
 MAGDEBURG

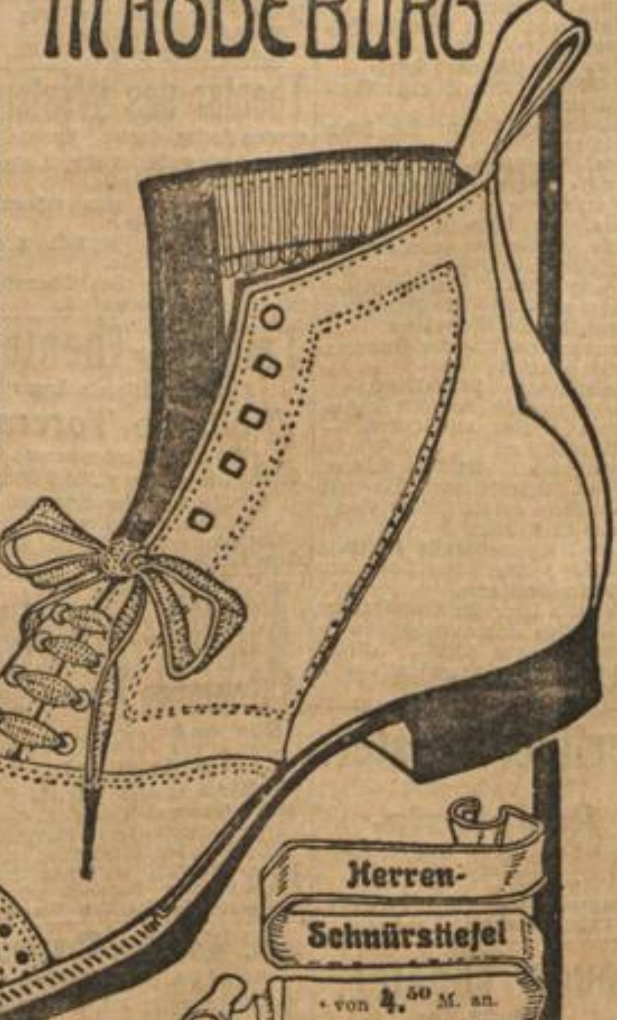
Spezial-Angebot
 besonders preiswerter

Herbst- u. Winter-Schuhe u. Stiefel!

- | | | | |
|---|-------------|---|-------------|
| Damen-Filzpantoffel
mit starker Filzsohle | 0.90 | Herren - Plüsch - Pantoffel
mit extra starker Filzsohle | 1.00 |
| Damen-Filz-Schuhe mit Filz-
u. Leder-
sohlen, sehr warm und bequem | 1.00 | Herren-Filz-Schuhe , mit
starker
Filzsohle | 2.20 |
| Damen-Steppschuhe , farbig
Melton
mit Ledersohle und Absatz | 2.00 | Herren - Zugstiefel , kerniges
Weich-
leder, dauerhafte Straßentiefel | 4.50 |
| Damen-Leder-Hauschuhe
braun und schwarz, farbig Soalkin-
futter, Plüschfütterung | 3.00 | Herren - Filz - Schnallen-
stiefel mit Rolllederbesatz, warm-
gefüttert, bequomes Façon | 7.80 |
| Damen - Filz - Schnürstiefel
mit Lederbesatz, warm gefüttert,
praktische Winterstiefel M. 5.80, 4.40 | 3.40 | Herren - Schnür- und Schnallen-
stiefel , prima Boxhorse, weiter-
ste Qualität | 8.50 |
| Damen-Knopf- u. Schnür-
stiefel aus gutem Rollleder, solide
Ausführung | 5.00 | Mädchen-Hauschuhe abge-
stept
Melton, Filz- und Ledersohle | 0.90 |
| Damen-Knopf- u. Schnürstiefel , echt
Box-
horse oder Chromleder, beliebte,
preiswerte Qualitäten | 6.75 | Mädchen- u. Knaben-Filz-Schnürstiefel
mit Rolllederbesatz, weiß Filzfütter,
wärmeter Schuhtiefel M. 3.90 bis | 3.00 |
| Damen-Knopf- u. Schnürstiefel , prima
Wild-
roleder, mit Wollpelzfütter, an-
erkannt das Beste für den Winter | 8.25 | Kinder-Filz-Schühchen
zum Ueberknöpfen, kräftige
Filzsohle, Größe 19-24 | 1.00 |

Verkaufshäuser in
 BERLIN und Umgegend:
 C. Rosenthalerstraße 14.
 O. Spittelmarkt 15.
 W. Potsdamerstraße 50.
 W. Schillstraße 16.
 SO. Oranienstraße 2a.
 S. Oranienstraße 65.
 SW. Friedrichstraße 240-241.
 NW. Beusselstraße 29.
 NW. Turmstraße 41.
 NW. Wilnaeckerstraße 22.
 O. Andreasstraße 50.
 O. Frankfurter Allee 123.
 SO. Wrangelstraße 49.
 N. Danzigerstraße 1.
 N. Müllerstraße 3.
 N. Reinickendorferstraße 14.
 Charlottenburg:
 Wilmsdorferstraße 122-123.
 Rixdorf:
 Bergstraße 30-31.
 Potsdam:
 Brandenburgerstraße 54.

1500 Arbeiter und
 Beamte.
90
 eigene
 Geschäfte.



Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Unser Angebot für Sonnabend, den 14. Oktober
 „ Montag, „ 16. Oktober solange Vorrat.
 „ Dienstag, „ 17. Oktober

Fleischwaren.

Rotwurst Pfd. 48 Pf.	Pommersche Salami Pfd. 1,05 M.	Speck, fett Pfd. 75 Pf.
Zwiebelleberwurst „ 48 Pf.	Stettiner Schlackwurst 1,25 M.	Speck, mager „ 90 Pf.
Landleberwurst „ 85 Pf.	Stettiner Salami 1,25 M.	Prima Bratenschmalz „ 50 Pf.
ff. Leberwurst 95 Pf.	Westfälische Bratwurst 95 Pf.	
Prima Zungenwurst 95 Pf.	Braunsch. Mettwurst 85 Pf.	
Kaiser-Jagdwurst 1,05 M.	Poln. Bratwurst 75 Pf.	
Pommersche Schlackwurst 1,05 „	Pom. Mettwurst 75 Pf.	

Auslese Kaffee Pfd. 78 Pf.

* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Vorzugs-Preise Nach dem Umzuge für Teppiche

Saal- Salon- Speise- Wohn- Herren- Sofa- Bett-	Zimmer-	Teppiche à 90, 65 und 50 M.
		Teppiche „ 65, 40 „ 30
		Teppiche „ 50, 30 „ 25
		Teppiche „ 35, 25 „ 20
		Teppiche „ 25, 18 „ 15
		Teppiche „ 14, 8 „ 6
		Teppiche „ 5, 2,50 „ 1,25

Portieren

Blüsch-Portieren	2 Schals und	à 20, 12 und 9 M.
Tuch-Portieren	ein	15, 10 „ 6
Belvet-Portieren	Lambrequin	25, 15 „ 10
Brotat-Portieren		18, 14 „ 12
Wolltrey-Portieren	zusammen	12, 10 „ 7,50

Außerdem große Posten zurückgesetzter Steppdecken, Gardinen, Diwanddecken sowie vorjährige Muster in Stores, Tischdecken, Läuferstoffen; einzelne prima Kette, wollene Schlaf- und Reisdecken jetzt nach der Inventur zu wirklich fabelhaft billigen Preisen.

Teppichhaus B. Hurwitz

Rotes Schloß 43242*

vis-a-vis dem National-Denkmal.

Soeben ist erschienen: Protokoll des Parteitagés in Jena.

Die Verhandlungen des diesjährigen Parteitages haben in weitesten Kreisen lebhafteste Aufmerksamkeit erregt. Waren doch diese Verhandlungen von grundlegender Bedeutung für unsere Partei. Die Referate und die Debatte über die Organisation, die Waisfeier, den Massenstreik sind im Protokoll ausführlich enthalten. Ferner enthält es die Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion. Ein umfassendes Sachregister und ein Sprechregister erleichtern das Nachschlagen.

Preis 70 Pfg., gebunden 1 Mark, Porto 20 Pfg.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Zigarren! Billigste Bezugsquelle für Händler: ab Mk. 18,- Bell & Co. Rosenstraße 18, I.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4



Eine Mark wöchentl. Teilzahlung liefert elegant, fertige Herren-Moden.

Leonts für Mann, Anfertigung nach Maß, reinste Verarbeitung, Garantie tadelloser Sitz. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg,
An der Jannowitz-Brücke 1, I.
Bahnhof Jannowitz-Brücke.

Zin Veransch - dauernde Kundsch.



Ausverkauf

wegen Umbau und Vergrößerung meiner Geschäftsräume.

Hüte - Schirme - Mützen - Pelzwaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Carl Renz, 3 Oranienstraße 3.



W. Zapel,

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.

Lager in Schirmen und Mützen. 138442*

Vorgeladen und verhört

wurden wir bereits in der Strafanzeige gegen uns; doch haben wir für unsere Behauptungen gleich die Beweise erbracht und erwarten nun das weitere. Dieses soll uns jedoch nicht abhalten, so billig wir irgend können zu verkaufen und bringen wir zu folgenden **kaum glaublichen Preisen** nur im

nur
5 Tage
Ausnahme-Preise

Total-Ausverkauf! HERREN-PALETOTS!

nur
5 Tage
Ausnahme-Preise

Sonnabend, den 14./10. □ Sonntag, den 15./10. □ Montag, den 16./10. □ Dienstag, den 17./10.

Herren-Paletots, einzig dastehend, unerreicht . . . Stück	6.65 M.	Herren-Paletots, englische Muster Stück	21.50 M.
Herren-Paletots, sehr haltbar Stück	10.75 M.	Herren-Paletots, hochelegant, das Neueste . . . Stück	25.00 M.
Herren-Paletots, elegantes Tragen, tip, top . . . Stück	14.00 M.	Herren-Paletots, einziger Ersatz für Maß Stück	29.00 M.
Herren-Paletots, prima Ware, sehr schick Stück	17.50 M.	Herren-Paletots, aus Maßstoffe extra gefertigt . . . Stück	38.00 M.

Alle anderen Artikel wie Herren-Anzüge, Joppen, Hosen, Westen, Knaben-Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen zu jedem nur angenehmen Preise! Nur solange der Vorrat reicht!

Ecke August-Straße,
Rosenthaler-Straße 9.

E. SÜSSKIND & Co.

Ecke August-Straße,
Rosenthaler-Straße 9.

Zentralverband d. Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin, Sektion II.
Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr, bei Keller,
Koppenstraße 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Vorstand- und Kassendbericht. Neuwahl des
Vorstandes und der Kommissionen. Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch oder Kontrollkarte legitimiert.

41/10 Der Vorstand.
Sonabend, den 21. Oktober, bei Keller, Koppenstraße 29:
Stiftungsfest.
Großes Konzert, humoristische Vorträge usw. Großer Ball.
Eröffnung 8 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Zentralverband der Steinarbeiter.

Berlin I.
Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Englischen
Garten, Alexanderstraße 27c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 3. Unser
Nachwuchs. 4. Ausstellung der Delegiertenliste für die Allgemeine Orts-
Krankenkasse. 5. Verschiedenes. 189/10*
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Achtung! Dachdecker-Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Allee 15:

Große Sektions-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Karl Dräger. 2. Diskussion. 3. Das Vor-
gehen bei einzelnen Firmen und das Resultat derselben. 4. Verschiedenes.
Die Dachdecker werden ersucht, ihre Hilfsarbeiter auf die Ver-
sammlung aufmerksam zu machen.

Achtung! Hilfsarbeiter bei Stukkateuren.

Sonntag, den 15. Oktober, vorm. 10 Uhr, in den Industrie-Festsälen,
Reichsstr. 19-20:

Versammlung aller bei Stukkateuren beschäftigten Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Die Lohnbewegung der Glas- und Zementindustrie und welche Lehre
ziehen die Hilfsarbeiter der Stukkateure aus dieser? Referent: Kollege
B. Ribow. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Stukkateure werden ersucht, ihre Hilfsarbeiter auf diese
Versammlung aufmerksam zu machen.

Achtung! Arbeiter der Firma H. Raebel. Achtung!

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, in den Indust-Festsälen,
Reichsstr. 19-20:

Firmen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Arbeitsverhältnisse nach dem Streik und die Innehaltung des
Vertrages. 2. Regelung des Vertrauensmännerwesens. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Arbeiter (Arbeiter, Einzelner und Hilfs-
arbeiter) der Firma H. Raebel (Hof. m. d. H.) ist erforderlich.
Die Verbandsleitung. A. A. Karl Heidemann.

Achtung! Öffentl. Versammlung Achtung!

Kranzbinder u. Kranzbinderinnen

Montag, den 16. Oktober 1905, abends 9 Uhr,
in Drüsel's Festsälen, Berlin, Neue Friedrichstr. 35 (Saal II, oben).
Wir machen an dieser Stelle auf diese Versammlung nochmals auf-
merksam und erwarten alle, die ständig wie auch nur vorübergehend in
der Kranzbinderlei tätig sind, pünktlich zur Stelle.
Das Initiationskomitee der Ortsverwaltung Groß-Berlin
des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins.

Kleber!

Vom Montag, den 16. Oktober an, tritt für die folgenden 14 Tage die
volle Kontrollkarte in Kraft. Dieselbe muß sich im v. Felde der Karte be-
finden. Arbeitslose Kollegen erhalten an Stelle der Karte einen Stempel
in das betreffende Feld. Im Interesse einer genauen Kontrolle muß jeder
Kleber im Besitze der oben bezeichneten Karte sein.

Die Karten resp. Stempel werden verabfolgt in folgenden Lokalen:
Sonntag von 9-12 bei Krüger, Lindenstr. 7; Stephan, Wienerstr. 31;
Vade, Kunitzstr. 6; Pantow, Reichbergerstr. 32; Ricker, Steinweg-
straße 33. Ferner Sonnabend und Sonntag bei Werter, Bergstr. 10;
Naif, Charlottenburg, Göthestr. 29/30, sowie wochentags von 7-9 im
Arbeitsnachweis, Räderstr. 9.
Die Kollegen werden ersucht, an den betreffenden Stellen ebenfalls
etwaige Wohnungsüberänderungen anzumelden. Ferner wird auf die Ver-
sammlung am 18. Oktober aufmerksam gemacht. Siehe Annonce vom
Sonntag.
Die Verbandsleitung.



Stiefe schwarze Hüte mit Futter von Mk. 1,75 an
Weiche Herrenhüte mit Futter von Mk. 1,50 an.
Alles bis zu den feinsten Haarfedern in sehr grosser Auswahl.
Lodenhüte, Jagdhüte, Cylinder, Chap. cliques etc.



Herrn-, Kinder-Mützen und Damen-Mützen.
Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl v. den billigsten bis z. d. feinsten Sorten
Oscar Arnold
Grösstes Special-Geschäft
Engros für Hüte, Mützen u. Pelzwaren Export
nur **Dresdenerstr. 116** kein Laden
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen.

Achtung!

4. Wahlkreis (Osten).

Am Sonntag, den 15. Oktober, in Tonis Kellers Festsälen, Koppenstraße Nr. 29:

Stiftungsfest

des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Grosses Konzert,

angeführt vom Neuen Berliner Konzert-Orchester (Dirigent: Herr R. Tietz.)
Austreten von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“ und der Volkslied-Gesellschaft Strzelewicz.
Im oberen Saale von 6 Uhr an Tanz.

Nach dem Konzert im großen Saale: Ball.

Herrn, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
Eröffnung 4 Uhr. Anhang 5 Uhr. Billetts 25 Pfennig, an der Kasse 30 Pfennig.
Zahlreiches Besuch erwartet. [262/5] Das Komitee.

Achtung!

Sonntag, den 15. Oktober 1905:

Große Matinee

zum Besten der ausgesperrten

Elektrizitäts-Arbeiter

veranstaltet vom
Buchbinder-Männerchor, Gesangsverein „Solidarität“ (Mitglieder d. A.-S.-B.),
Musikverein „Harmonie“ Berlin,
unter gütiger Mitwirkung des Instrumental-Humoristen Herrn Otto Holariich,
in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.

Anfang präzis 12 Uhr. Eintritt 30 Pfennig.
Keine öffentliche Kasse. Billetts sind zu haben bei allen Mitgliedern der
Gesangsvereine sowie im Bureau des Buchbinder-Verbandes, Gewerkschaftshaus, bei Manzoy, Reichbergerstr. 16,
Mahn, Abalbertstr. 4; Sonnabendabend in sämtlichen Zahlstellen des Buchbinder-Verbandes. 25/12*

Achtung!

Lagerarbeiter

Achtung!

von Ober-Schöneweide.

Sonabend, den 14. d. Mts., vormittags 9 1/2 Uhr,
im Lokale von Stechert, Andreasstraße 21:

Versammlung der Streikenden.

Die Streikkommision.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bureau: Engel-Allee 15, v. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4, Nr. 2780.

Montag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr:

Allgem. Mitglieder-Versammlung

in den „Harmonie-Festsälen“, Invalidenstr. 1a (Ecke Drummenstraße).

Tages-Ordnung:
1. „Die Arbeiterbewegung einst und jetzt!“ Referent: Arbeiter-Zeitung
Genosse Eugen Bräuer. 25/17
2. Vereinsangelegenheiten.
Pflicht aller Mitglieder ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Vergolder!

Montag, 16. d. M., abends präz. 8 Uhr, in den „Arminhollen“,
Stonwandantenstr. 20 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Mithstände bei der Firma „Aug. Wertmeister“. 2. Abrechnung
vom III. Quartal 1905. 3. Fortsetzung der Diskussion über Anschlag an
eine größere Organisation. 4. Verschiedenes.
Die Mitglieder sind verpflichtet, in dieser Versammlung pünktlich und
pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.
Liste für die Aussperrten der Elektro-Industrie können in
dieser Versammlung um 8 1/2 Uhr bei den Kassieren abgerechnet und neue
in Empfang genommen werden. D. C.

Verband der Hafnarbeiter u. verw. Berufsg.

Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin II.

Bretterträger und Brettschneider!

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Königsstadt-Kasino,
Holzmarktstraße 72:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Stellungnahme zum Verhandlungs-
und event. Anträge dazu. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
19/20 Der Vorstand.

Verband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgeossen

Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.
Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 9 Uhr:

Statutenmäßige General-Versammlung

bei Volgt, Ritterstraße 75.
Tages-Ordnung:
1. Vierteljährlicher Kassendbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Anträge.
Quittungsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Kein Verkauf. Sehr starkes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knop-
nähte. Halbstarke Pilot-Taschen.
Große Hüden umsonst. Die Hose

bei Einnahme von 6 Stück 25 Mk. 4 Mk. 50

Wandleder-Hose Marke Gam-
brunn, Buntkette . . . 5 Mk. 50
gefärbt. Wandleder-Jacke 14,50, 8,75
Schlissenes Wandleder-Jacke 1 Mk. 90
Schlissenes Wandleder-Hose . . 1 Mk. 50
Schlissenes Wandleder-Jacke,
prima Ripper-Gewebe . . 2 Mk. 50
Schlissenes Wandleder-Hose,
prima Ripper-Gewebe . . 2 Mk. 10
Weisse Reiter-Jacke 3,50, 2 Mk. 75
Konditor-Jacke, Dreifaltig . . 4 Mk. 50
Waller-Rittel . . 3,-, 2,50, 2 Mk. 25
Reichamer-Rittel (braun) 3,-, 2 Mk. 40
Weisse Leder-Jacke, Dreifaltig
7,50, 3 Mk. 75
Weisse Lederhosen . . 4,50, 2 Mk. 90
Kesseltreuer-Anzüge, blau,
nach Vorschrift . . . 5 Mk. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Ghansestr. 24/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 25. Haupt-Preisbuch 1905 wird
kostenlos und portofrei zugelandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Schrittlänge, bei
Jacken und Ritteln die Brustweite
anzugeben. 45482*
— Versand von 20 Mk. an franko. —

Orts-Krankenkasse der Gelb- und Zinngießer.

Sonntag, 22. Oktober, vorm. 9 1/2 Uhr:
Außerordentliche
General-Versammlung

im Lokale des Herrn Wollschläger,
Abalbertstr. 21,
wazu sämtliche Herren Arbeitgeber,
welche ein Drittel zur Kasse zahlen,
und sämtliche großjährige Kassenmit-
glieder hiermit eingeladen sind.
— Quittungsbuch legitimiert. —

Tages-Ordnung:
1. Wahl von 31 Vertretern der
Arbeitgeber. 2. Wahl von 30 Ver-
tretern der Arbeitnehmer. 3. Ver-
schiedenes.
Berlin, den 18. Oktober 1905.
25485 Der Vorstand.

Josef Fischer

Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Bramborgerstr. 19/20.

Preise ab Platz von 10 Str. an.
Industr.-Briketts, Halbsteine p. Str. 80 Pf.
In. Sonffenberg Saloon-Briketts
„Anna“ oder „Marie“ p. Str. 80 Pf.
Henckels Werke . . . 85
Ise u. Anh. Mariengrube . . . 90
In engl. Anthrazit, Bruch, Koks,
Steinkohlen, Holz usw.
zu billigsten Tagespreisen.
Handwagen verleihe 3; Rollen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Ganzt-Bureau: Engel-Allee 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Montag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von
Buggenhagen, Cranienstr. 147 (Moritzplatz):

Allgemeine Schlosser-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Eduard Warnt über: „Das Kranken-
versicherungsgesetz“. 2. Diskussion. 3. Ausstellung der Delegierten zur
Orts-Krankenkasse der Schlosser. 4. Neuwahl des Branchenvorstandes und der
Branchenkommision. 5. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Montag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener
Garten, Dresdenerstr. 45:

Versammlung

der Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgeossen,
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen G. Haber über: „Unternehmer- und Gehilfen-
organisationen im Goldschmiedegewerbe Berlins“. 2. Diskussion. 3. Verbands-
angelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. — Gäste
willkommen.

NB. Sonntag, 22. Oktober
mittags 12 Uhr
im Etablissement Buggenhagen
(am Moritzplatz):

Gr. Wohltätigkeits-Matinee

zum Besten hilfsbedürftiger Kollegen und Kolleginnen.

Billetts sind zu haben bei den Kollegen Florenkranz, Markus-
straße 51; Holtkamp, Fürstenstr. 20; Becker, Prinzenstr. 61; Lohse,
Skalitzerstr. 10 und Felstel, Waldemarstr. 17. 152/17

Wo tanzen wir Sonntag?

Linden-Garten, Nieder-Schönhausen, 43, Linden-
strasse 43.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 241. Sonnabend, den 14. Oktober 1905.

Inserate Sechsgipallene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Auflagen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Der Verein der Kaufher hält heute in der Philharmonie ein Vergnügen ab. Es wird versucht, in Arbeiterkreisen hierzu Eintrittskarten zu vertreiben; man weise diese Karten zurück.
Die Lokalkommission.

Schöneberg. Morgen Sonntag ist Flugblattverbreitung im 3., 5., 6., 7. und 10. Bezirk.

Rixdorf. Die in der letzten Generalversammlung beschlossene Flugblattverbreitung findet morgen Sonntag statt. Die Genossen werden ersucht, in den bekannten Lokalen vollzählig und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Friedensay. Dienstag abend 8 1/2 Uhr findet bei Grube die Monatsversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht über den Parteitag. 2. Das Organisationsstatut für Groß-Berlin. 3. Vereinsangelegenheiten. — Verloren gegangen ist die Aussenliste Nr. 1549. Abzugeben bei Methling, Kaiser-Allee 86.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Sie trauen sich gegenseitig nicht — nämlich die Bürgerlichen, die sonst, wenn es die Bekämpfung der Sozialdemokratie gilt, stets brüderlich zusammenhalten. Auch diesmal dürfte die scheinbare Entzweiung nur auf Täuschung beruhen, wenn auch momentan das Tischtuch zwischen einigen kartellierten Bezirksvereinen nicht intakt geblieben sein sollte. Wie wir erfahren, sind die im Hinblick auf die bevorstehenden 20 Stadtverordneten-Wahlen angestrebten Einigungsversuche der maßgebenden Vereine Schönebergs (Haus- und Grundbesitzervereine, Bezirksverein „Südwest“ und „Verein Berliner Ortsteil“, sowie „Kommunalvereine“) gescheitert. Man wollte nämlich „in gemeinsamer, friedlicher Beratung“ die Auffüllung der Mandatstellen in den einzelnen Bezirken „vornehmen“. Wer von diesen genannten Vereinen die Oberhoheit ansüßt, ist ja nach den gemachten Erfahrungen nicht zweifelhaft, und wer nicht mit will, der „fliegt“ eben. Deshalb hat man ja auch dem Bezirksverein „Südwest“, der sich vorläufig wenigstens noch einiges Rückgrat bewahren möchte, das bereits eingezahlte Geld zur litigation zurückgelassen. Sie werden trotzdem sich wiederfinden, wenn es nur erst zu den „Stichwahlen“ wird gekommen sein; dazu sind die Kabinaten viel zu — „freisinnig“. „Südwest“ will nämlich im zehnten Bezirk der dritten Abteilung an der Kandidatur Zobel, des jetzigen Vertreters, festhalten. Dem Haus- und Grundbesitzerverein ist dieser Mann scheinbar längst verhasst, und er möchte gewiß den damaligen Fehler seiner Unterstützung wieder gut machen. Als Gegenkandidaten sucht man ihm in gewissen Kreisen den Mittelschullehrer Kunze gegenüberzustellen, denselben Herrn, der in der Bezirksversammlung Südwest Herrn Z., der sich auch die Achtung der Sozialdemokratie erworben hat, „zu große Rücksichtlosigkeit“ und zu geringes Eingehen auf die besonderen Vorstellungen seiner Wähler vorwarf. (Abal)

Dem seinerzeit wegen allzu großer Beliebtheit nicht wieder-gewählten Stadtrat Leidig, den wir bereits gestern erwähnten, will man die Posten des Stadtparlaments ebenfalls wieder öffnen, indem ihm ein Mandat der ersten Abteilung „übertragen“ werden soll, während das Hausbesitzermandat der dritten Abteilung dem bisherigen Inhaber auch weiterhin „zugehört“ ist.

In diese allgemeine Verteilung hat man aber den bisherigen „Vertreter“ der zweiten Abteilung, den allbekannten Stadtverordneten Treugebrodt, nicht mit hineinbezogen. Er fand eine feste Opposition gegen seine Person und schließlich keine Gnade vor den Augen seiner Bezirksfreunde. Ueber seine Kandidatur soll nämlich eine „öffentliche Wählerversammlung“ entscheiden. Was diese freisinnigen Herren unter „öffentlich“ verstehen, haben die Sozialdemokraten schon oft erfahren müssen. Herrn T. soll nämlich in der Person des Rentiers Stahl (eine gänzlich unbekannt Größe) ein Gegenkandidat entstehen. Im Falle seiner Niederlage wird sich aber ersterer wohl zu trösten wissen, er wird ja nach bekannter Weise dann in einem anderen Bezirk „Unterkommen“ finden.

So suchen nun diese kommunalpolitizierenden Bezirksvereine immer für ihre nächste Umgebung etwas herauszufischen, — die Sozialdemokratie hat nur das Wohl der Allgemeinheit und der Arbeiterschaft im besonderen im Auge und richtet danach ihre Handlungsweise ein.

Schlagende Beweise von der Harmonie zwischen Vorgesetzten und Beamten gab neulich der Brandinspektor der Schöneberger Wehr einem der Feuerwehrlente. Freitag voriger Woche wurde der Schlafräum gereinigt und neue Bettbezüge herangesegeben. Die alten Bettbezüge legte man auf die Erde und dadurch wurde der Durchgangsräum etwas schmal; jedoch verblieb immer noch so viel Platz, daß der Brandinspektor, der den Raum betrat, hindurch gehen konnte. Beim Vorübergehen an dem Feuerwehrlente Woll, der seit 10 Jahren im Dienste der Stadt ist, hatte sich der Inspektor den linken Arm an der Holzbelegung gestreift. Als Woll etwas später aus dem Schlafräum trat, stellte ihn der Brandmeister zur Rede mit den Worten: „Sie Schlote, warum haben Sie mich vorher angerempelt!“ Er versetzte ihm dann einen Schlag ins Gesicht mit dem Ellenbogen. Zwei Feuerwehrlente waren Zeugen dieses Vorganges; der eine aber will von der Sache absolut nichts gesehen haben. Der Feuer-mann Woll ging sofort zum Magistrat, der die obere Instanz bildet und beschwerte sich, so daß die Untersuchung eingeleitet ist. Der behandelnde Arzt konstatierte „Anschwellung im Gesicht durch einen Schlag“. Was wird dem Herrn Brandmeister, der sich jetzt in Rixdorf befinden soll, geschehen? In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde vom Referenten Prof. Wellmann darauf hingewiesen, daß „übliche Nachreden oder Vergehen gegen Vorgesetzte“ streng zu bestrafen seien. Wird nach diesen Grundsätzen gar der Feuerwehrlente zu büßen haben?

Rixdorf.

Morgen Sonntag, in der Zeit von 11—1 Uhr, finden die Delegiertenwahlen der Arbeiterkamer zur hiesigen Ortskrankenkasse statt. Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich an dieser Wahl zu beteiligen. Da das Mitgliedsbuch als Legitimation dient, muß sich jeder Wahlberechtigte es vom Arbeitgeber am Sonnabendabend geben lassen. Das Gewerkschaftskartell.

Weißensee.

Die Arbeiterschaft von Weißensee wird nochmals ersucht, den Beschlüssen der letzten Gewerkschaftsversammlung nachzukommen und sich nur in den Barbiergeschäften bedienen zu lassen, welche durch ein rotes Plakat im Schaufenster kenntlich sind. Das Plakat muß mit dem Stempel: „Vertrauensmann der Gewerkschaften Weißensee“ versehen sein. Nur dadurch ist die Gewähr geschaffen, daß in diesen Barbierstuben die Forderungen der Geschlossenheit erfüllt sind. Dessen ungeachtet muß ein jeder nach der weiß-grünen Kontrollkarte, welche laufend abgestempelt sein muß, fragen. Die Kontrollkarte muß am Spiegel hängen.

Das Gewerkschaftskartell gibt bekannt: Der Gastwirt Brewisch, Regierstr. 25, hat nun doch seinen Zentral-Arbeitsnachweis (ein tot geborenes Kind) erdrosselt. Laut Beschluß des Gewerkschaftskartells ist dieser Nachweis für alle Branchen der Arbeiterschaft gesperrt, da jede Gewerkschaft ihren Nachweis selbst regelt. Es wird erwartet, daß dieser Beschluß durchgeführt wird. Alle Anfragen sind zu richten an Max Schröder, verlängerte Sedanstr. 46, III. Sammel-listen sind ebenfalls dort und bei Content, Lehnstr. 5, zu haben.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung war für den stellvertretenden Gemeindevorsteher, befohlenen Schöffen Dr. Pape, kein glückliches Ereignis. Da die Gemeindevorsteherwahl vor der Tür steht, wird er wohl alle Hoff-nung aufgeben, daß diese Stelle ihm zufalle. Schon in der vorher-gehenden Sitzung kam die Kündigung eines Beamten zur Sprache, was in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung hervorrief, da alle Gefesessformalitäten von dem Juristen Dr. Pape außer acht gelassen waren. Nicht nur ein Teil der Gemeindevor-retrere verlangte diese Angelegenheit nochmals auf die Tages-or-dnung gesetzt, sondern auch vom Landrat kam die Befehlung, daß die Kündigung von der Gemeindevorstellung ausgeschlossen werden müsse. Ein Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen, wurde ab-gelehnt und so hatten die zahlreich auf der Tribüne anwesenden Gemeindevorsteher Gelegenheit, ihren Vorgesetzten im hellsten Lichte seiner Wahrhaftigkeit kennen zu lernen. Die Gemeindevorsteher Sannig (Soz.), Taubmann (Soz.), König, Rechtsanwalt Appellath, Lambertus, Schmiedeke, Anorr, kurz Vertreter aller Richtungen geißelten scharf das Verhalten des Vor-gelehnten seinen Untergebenen gegenüber. Alle von dem Vor-gehenden herbeigeschafften Beweismittel, Personalakten, Beschwerte-schriften usw. hatten bei der Gemeindevorstellung nicht die ge-wünschte Wirkung, die Kündigung des Kanzlisten jeder zu recht-fertigen; und so war das Resultat der Abstimmung ein vernichtendes Urteil für die Amtshandlung des befohlenen Schöffen und stell-vertretenden Gemeindevorstehers Dr. Pape. Eine Stimme war für Aufrechterhaltung der Kündigung (Dr. Pape), 23 dagegen und ein Herr (Springer) hatte sich der Stimme enthalten. Dem Kanzlisten Keller wurde nunmehr das Disziplinarverfahren angedroht.

Groß-Lichterfelde.

Der Wahlverein Groß-Lichterfelde-Lantow hielt am Mittwoch seine gut besuchte Generalversammlung ab. Genosse Bogheimer erstattete Bericht vom Jänner Parteitag. Der Parteitag habe, so führte Redner aus, wichtige prinzipielle Aufgaben gelöst und der Partei eine neue Organisation gegeben. Dem Streit zwischen „Vorwärts“, Leipziger Volkszeitung und „Neue Zeit“ lägen sachliche Meinungsverschiedenheiten zugrunde, die innerhalb der Kom-mission sachlich erörtert worden seien und zu der bekannten und einstimmig angenommenen Resolution geführt hätten. In der Mai-feierfrage erfuhr der einseitige Standpunkt der Gewerkschaftsführer, wie er durch Schmidt vertreten worden, eine glatte Ablehnung. Die Frage des Massenstreiks sei eingehend diskutiert und durch die nahezu einstimmige Annahme der Resolution Webel dieses pro-fektarische Kampfmittel in unser Waffenarsenal aufgenommen worden. Nachdem der Referent noch die wichtigsten vom Parteitag angenom-menen Anträge kurz erwähnt hatte, regte er die Frage an, ob es nicht angezeigt erscheine, kurze Artikel vielleicht im „Heimblat“ des „Vorwärts“ über die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in Auf-land, auf das sich jetzt das Augenmerk der Nachbarstaaten besonders konzentrierte, erscheinen zu lassen.

In den Bericht schloß sich eine eingehende Diskussion.

Wenzel begrüßte die Reorganisation als einen Schritt auf dem Wege der Zentralisation. Im Gegensatz zum Referenten sei er in der Streitsache „Vorwärts“, Leipziger Volkszeitung“, „Neue Zeit“ der Ansicht, daß die prinzipiellen Differenzen die ver-hältnismäßig geringste Rolle spielten. Sein Glaube an die Kraft der Resolution sei nicht allzu groß. Unangenehm habe die Veröffentlichung hiesiger Blätter über die Interna der Kommission berührt. Es sei nun behauptet worden, daß die Verhandlungen nicht als sekret anzusehen seien; dann aber hätte man wenigstens über die wichtigsten Punkte den Delegierten Bericht erstatten sollen; im anderen Falle liege ein großer Mißbrauch vor.

Weyler hielt in der Behandlung der Mai-feierfrage durch Richard Fischer die erstaußigste Erklärung des Parteitages und spricht den Wunsch aus, daß Differenzen innerhalb der Arbeiter-bewegung stets in dieser Weise behandelt werden möchten. In der Frage des Massenstreiks ist er im großen und ganzen mit der angenommenen Resolution einverstanden, legt aber den Hauptwert darauf, daß wir das Proletariat zur Erkenntnis des Wertes poli-tischer Rechte erziehen müssen; dies sei die Voraussetzung für den Kampf um sie. In der Frage des sogenannten Literatenstreites ist er der Meinung, daß die in Jena beschlossene Resolution sehr wenig Erfolg haben werde.

Ives betont, daß kein Gewerkschaftsbeamter an politischer Tätigkeit gehindert werde. Wir seien noch nicht soweit, einen Massen-streik durchzuführen zu können. Das beweise der Streik der Arbeiter in der Elektro-Industrie. Webel spreche viel zu scharf. Nachdem noch Wenzel, Plog, Pinge und Vorheimer gesprochen, folgte der Bericht des Vereinsvorstandes, welchem zu entnehmen ist, daß der Verein zurzeit 239 Mitglieder zählt. Die Einnahmen im ver-flossenen Geschäftsjahr betrugen 1189,79 M., die Ausgaben inkl. Ab-gabe an den Kreis 1124,18 M. Wenzel hält die Fortschritte des Vereins für ungenügend. Schuld trage hauptsächlich der Umstand, daß die Vorstandsmitglieder mit Kernen überhäuft und insolge- dessen in ihrer Parteilichkeit gehemmt seien. Hier müsse in der nächsten Zeit Remedur geschaffen werden.

Die Vorstandswahlen hatten folgendes Resultat: Erster Vor-sitzender: Wenzel; zweiter Vorsitzender: Weyler; Schriftführer: Vorheimer; Kassierer: Karl Vintz; Beisitzer: Plog, Neuwirth; Roth und Kutsch. Bezirksführer: Rabede, Klotz, Eisert, Dörre, Therow, Pfeiffer, Pänge, Seeband, Laban, Hecht, P. Vintz, Partig, Hermann Kadosch. Bibliothekar: Matthias; Lokalkommission: Kristen und Wiemann. Zur Kreis-Konferenz wurden delegiert: Kadosch, Pints und Weyler.

Ober-Schöneberg.

Gemeinderats-Sitzung. Vom Vorsteher wurde mitgeteilt, daß die Regierung die Genehmigung zum Bau der 3. Gemeinde-schule und des Wasserwerkes erteilt hat.

Die Klage des Herrn Eichmüller wider die Gemeinde wegen Aufstellung der Wählerliste ist zugunsten des Klägers entschieden. Das Urteil liegt noch nicht vor. Da auf Grund dieser Liste die Wahlen der Vertreter Kottmeier, Friesede, Reumann erfolgt sind, so legte der Vorsteher den Herren nahe, schon jetzt die Mandate niederzulegen.

Die Schaffung eines kollegialischen Gemeindevorstandes wurde endgültig abgelehnt. Die Errichtung eines Kaufmannsgerichtes war aufs neue vom Verein der Kaufleute beantragt worden. Gemeindevorsteher Ehardt befürwortete den Antrag sowie auch die Errichtung eines Gewerbe-gerichtes. Man solle, da der Ort 15 000 Einwohner zähle, nicht erst warten, bis die Gemeinde bei 20 000 Einwohnern zur Errichtung verpflichtet wurde. Nach längerer Debatte wurde bei Stimmengleichheit die Errichtung zu gelegener Zeit beschlossen.

Genosse Brunow gab bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Aus-druck, das Kaufmannsgericht möchte die im Stadelwerk beschäftigten Kaufleute dahin erziehen, daß sie nicht wieder eine so jammervolle Rolle spielen wie jetzt bei der Absperrung. Dies fand nicht den Beifall der übrigen Herren. Herr Kottmeier fand es ehren-voll, daß die Kaufleute die Firma „nicht im Stiche lassen“.

Gelegentlich einer Beschwerde des Herrn Hegewald über Nichtzugehörigkeit der Vertreter bei Eröffnung des Gebäudes der höheren Schule und über die dabei gehaltene Rede des Vorsteher machten unsere Genossen geltend, daß es überhaupt nicht gerade als pössig zu bezeichnen sei, wenn, wie geschehen, bei solchen Gelegenheiten ein Kaijethos ausgebracht werde.

Friedrichshagen.

Heute Sonnabend feiert im Gesellschaftshaus Friedrichshagen der Arbeiterturnverein „Vorwärts“ sein erstes Vereinsver-gnügen, bestehend in turnerischen Aufführungen, Vorträgen und Tanz. Anfang 8 Uhr.

Das Gewerkschaftskartell hat am Mittwoch in einer Sitzung mit dem Vertrauensmann, dem Vorstand des Wahlvereins und dem Vorstand der Konfessionsgenossenschaft zur Gründung einer Barbier-genossenschaft in Friedrichshagen Stellung genommen. Der Wahlverein gab eine Uebersicht über die schon bestehenden Barbier-genossenschaften. Nach einer eingehenden Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Das Gewerkschaftskartell wird beauftragt, bis auf weiteres die stiegenden Barbierstuben in geeigneten Räumen beizubehalten, aber energisch Schritte in Ver-bindung mit der Barbiergehülfsorganisation zu unternehmen, die eine Errichtung einer Barbierstube durch einen organisierten Barbier-gehülfsverein ermöglichen. Das Kartell wird ferner beauftragt, etwaige Verhandlungen nicht mit einzelnen Barbierherren, sondern nur mit den Organisationen der selbständigen Barbierere zu führen.“

Friedrichsfelde.

Die neuen Gesichter als Auflösunggrund. Der polizeilichen Auf-lösung verfiel am Dienstag die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Friedrichsfelde. Genosse Winkler sprach über den Parteitag in Jena und unsere neuen Waffen im proletarischen Befreiungskampfe. Als Einleitung entrollte Winkler ein Bild des Wirkens des Professor Abbe, welcher es ermöglichte, daß der Parteitag in Jena ein Lokal zur Verfügung hatte, sowie des Zeitwertes als Vorbild für kapitalistische Betriebe. Redner ging dann auf die Tagesordnung des Parteitages ein. Das Organisationsstatut sei zwar nicht nach den Wünschen der Genossen von Groß-Berlin angefallen, da der Hauptwunsch unserer Genossen, die proportionale Vertretung der Wahlkreise zum Partei-tage sowie die Uebersetzung des „Vorwärts“ als Lokalblatt in die Regie der Berliner, vom Parteitage abgelehnt worden sei. Immerhin sei die Verbesserung in organisatorischer sowie finanzieller Hinsicht so groß, daß wir damit zufrieden sein können. Die Verweisung der Literatenstreitigkeiten in eine Kommission sowie deren Resolution seien zu begrüßen; habe doch der Parteitag dadurch an Zeit gewonnen. Bei Erörterung der Mai-feier ging Redner des näheren auf Fischers Referat ein. Winkler erklärte, wir können mit dem Mai-feierbeschlusse zufrieden sein, sei es doch erwiesen, daß es Gegensätze zwischen Gewerkschafts- und Parteimitgliedern nicht gebe. Zur Frage des Massenstreiks wies Redner an der Hand des Webel'schen Referats nach, daß es auch hier keine Gegensätze zwischen Gewerkschaftlern und Partei-genossen geben könne, daß es aber intensiver Agitation und Organisation bedürfe, um den Massenstreik, der sich infolge der zu-nehmenden Klassengegensätze und aufdrängen wird, in friedlicher Weise ohne Blutvergießen erfolgreich zu beenden. Referent schloß mit dem Ruf „durch Organisation zum Sieg!“ In der Diskussion sprach Genosse G. Vintz von der Gewerkschaftskommission. Er sei mit der Behandlung der Mai-feier auf dem Parteitage nicht zufrieden, er verteidige die Meinung des Genossen Robert Schmidt. Die Gewerkschaftsführer seien nicht wegen der Geldfrage gegen die Arbeitstrube. Mit dem Organisationsstatut sei er einverstanden, ebenso mit der Erledigung der Massenstreikfrage. Vintz konnte es sich nicht verlagern, der Genossin Rosa Luxemburg zu empfehlen, doch nach Ausland zu gehen und dort persönlich ihren Mut zu zeigen. Genosse Umbreit von der Generalkommission äußerte sich ähnlich wie Vintz; er meinte, zur Mai-feier hätte es auf dem Parteitage überhaupt keiner Diskussion bedurft. Es sprachen noch Genosse Brunk und Gronwald, welche gegen Schmidt, Vintz und Umbreit polemisierten. Der überwachende Beamte löste unter Protest des Vorsitzenden die Versammlung um 11 Uhr wegen der Polizeistunde auf; er meinte, die Versammlung sei eine öffentliche, da so viel neue Gesichter zu sehen seien. Die Fortsetzung ist Dienstag bei G. Schulz.

Berliner Nachrichten.

Die Berliner Arbeiter-Bildungsschule und der Jänner Parteitag.

In seinem Rückblick auf den Jänner Parteitag faßt der Partei-vorstand die Jänner Debatte über die Erziehung der Jugend und die Fortbildung der Älteren in unseren Reihen also zusammen:

„Um aber die geschaffenen Organisationen zu erhalten und zu erweitern, dazu muß der rechte Geist unter den Mitgliedern derselben vorhanden sein. Der Geist der Einigkeit und der Opfer-willigkeit, der Eifer zu lernen, um sich über die großen Aufgaben und Ziele der Partei zu unterrichten und durch die gewonnenen Erkenntnis immer neue Anhänger für die Partei zu erobern.“

Wissen ist Macht! Unsere Macht darf nicht bloß auf der
Innenen Zahl der Köpfe beruhen, die wir für unsere Ideen und
unser Ziele gewinnen können, sondern sie muß vor allem auch
auf dem Wissen und der Erkenntnis dieser Köpfe beruhen. Wir
brauchen klare und zielbewußte Männer und Frauen, deren
Stumpfsinn und Begeisterung mit ihrem Wissen und ihrer Er-
kenntnis wächst.

Parteiengenossen! In Jena herrscht darüber nur eine Stimme,
daß die theoretische Ausbildung der Parteigenossen und
dementsprechend auch die Verbreitung unserer wissenschaftlichen
Literatur in starkem Mangelverhältnis steht zu der Ausdehnung der
Parteilangjährigkeit.

Wir sind sehr in die Breite, aber ungenügend in die Tiefe
gewachsen. Wir wollen künftig allerdings noch mehr als bisher
in die Breite, aber noch weit, weit mehr auch in die
Tiefe wachsen. Erst dann steht die Partei als ein mächtiger
Bund, der dem stärksten Sturm trotzt, unantastbar fest. Deshalb
müssen wir alle, in welchen Stellungen wir immer sind, die ge-
gebenen Winke beachten und ihnen gemäß handeln.

Seit länger denn einem Jahrzehnt hat sich die klassenbewußte
Berliner Arbeiterschaft ein Institut geschaffen und erhalten, das aus-
schließlich dieser Vertiefung der Bildung unter Partei-
und Gewerkschaftsmitgliedern dienen soll: die Arbeiter-
Bildungsschule. Was die Schule vor den gleichen Bestrebungen
der engeren Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auszeichnet,
ist vor allem der Umstand, daß sie in ihren Vorbereitungen syste-
matisch, nach einem einheitlich bestimmten Plane vorgeht, und
daß dieser systematische Lehrplan, zum Unterschied von allen bürger-
lichen Konkurrenzunternehmungen, in seiner Ausführung metho-
disch getrieben wird von der Methode des wissenschaftlichen
Sozialismus. So hat sich die Arbeiter-Bildungsschule für Berlin
zu einem ganz einzigartigen Institut ausgebildet, das hier gerade
jene Aufgaben zu erfüllen sucht, die Parteiitag und Parteivorstand
erkennt und so energisch allen Genossen und Genossinnen ans Herz
gelegt haben. Wir zweifeln nicht, daß dieser Appell hier in Berlin
besonders starken Widerhall finden wird, einen Widerhall, der sich
in einer wesentlich verstärkten Mitgliederzahl der Arbeiter-
Bildungsschule und in einer immer größeren Teilnehmer-
zahl ihrer Lehrkurse zeigen wird.

Gerade die am kommenden Montag beginnenden neuen
Lehrkurse bieten Mittel und Wege für unsere jungen und älteren
Mitstreiter und Mitstreiterinnen, ihre Bildung zu ergänzen und zu
vertiefen. In der Nationalökonomie beginnt Genosse
Grunwald mit der Darstellung der praktischen Nationalökonomie,
der tatsächlichen Verhältnisse in der modernen Weltwirtschaft, der
Grundlage aller volkswirtschaftlichen und damit auch aller politischen
Erkenntnis. Diefem Kursus läuft gleichwertig parallel hinsichtlich
der politischen Erkenntnismöglichkeit der Reizzeit der Kursus des Ge-
nosse Rauenzweber über die deutsche Politik im
19. Jahrhundert, an den sich in den späteren Quartalen die
Geschichte der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemo-
kratie schließen soll. Ein engerer, aber gerade für unsere
Berliner auch wichtiges Gebiet des öffentlichen Lebens be-
handelt der Genosse Hagenstein mit dem Anfang der Darstellung
der Gemeindeverwaltung und der Gemeindepolitik.
In der Nationalökonomie und Rede-Übung werden auch die Fort-
schrittskurse fortgesetzt, auf die wir besonders die Bezirksführer
und die Angestellten in den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen
aufmerksam machen möchten. In dem Fortschrittskursus der National-
ökonomie wird das so besonders aktuelle Problem der Reichs-
finanzreform behandelt, verbunden mit einer Darstellung der
Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten und der indirekten
Steuern; über die Wichtigkeit der Kenntnis gerade dieser Fragen
braucht kein Wort verloren zu werden. Neben diesen Fortschrittskursen
läuft auch die allgemeine Rednerschule weiter. In diese
Kurse, die sich auf die engere und weitere politische und
ökonomische Bildung erstrecken, schiebt sich der Kursus des Genossen
Waage über Naturerkenntnis, der diesmal die Urgeschichte
der Menschheit behandelt, ein Gegenstand, der für die allgemeine
Bildung des Proletariats umso wichtiger wird, je mehr er in den
Volksschulen in der Darstellung entsteht wird. Für alles Nähere
über Zeit und Ort der Kurse und dergleichen verweisen wir auf die
offiziellen Ankündigungen der Arbeiter-Bildungsschule in unserem
Blatte. Wir wiederholen zum Schluß nur den dringenden Wunsch,
daß die Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter in ihrer Schule die
Kauforderung des Jenaer Parteitag und des Parteivorstandes
durch die Tat zahlreich zur Erfüllung bringen mögen!

Rekrutentransport.

Man sieht in diesen Tagen häufig Scharen junger Männer
unter militärischer Bedeckung durch die Straßen Berlins marschieren.
Die Rekruten für den Militärdienst werden eingezogen und nach
ihrem Bestimmungsort, gewöhnlich weit entfernt von Berlin, trans-
portiert. Jeder trägt einen kleinen Koffer oder ein Bündel mit
einigen Habseligkeiten und vielleicht einer kleinen Leberzuckerbon-
nieren in Gestalt einer Wurst oder eines Päckchens Tabak. Manchem
hat noch der Schatz eine Blume ins Knopfloch gesteckt, einmal sogar
eine rote Kette, die hoffentlich keinen Schaden bringt. Fröhliche
Gesichter machen die jungen Leute gerade nicht, wenn sich auch jeder
nach Kräften bemüht, recht froh und fröhlich dreinzuschauen.
Einige sind sogar heiter, summen ein Liedchen, aber die Heiterkeit
schwindet rasch. Ein heimliches Bangen und Zagen vor der Zu-
kunft kann keiner so ganz unterdrücken. Soldaten sollen sie werden,
den Waffendienst kennen lernen, um das Vaterland gegen Feinde
zu beschützen. — Was gibt es da zu zagen und zu bangen? Warum
läuft ein Schatten über das Gesicht des zukünftigen Vaterlands-
verteidigers, wenn sein Bild die den Zug begleitenden Mannschaften
treifft? Freilich, ernst und barsch sehen sie aus, und auf viel
Freundlichkeit und Entgegenkommen bei den älteren Kameraden
sichtigen die jungen Burschen nicht rechnen zu können. Es sind eben
Rekruten, Bekräftigte in Waffenhandwerk, während die Soldaten
im Dienste sich schon mehr als Gefellen fühlen. Aber es ist wohl
etwas anderes, was so niederdrückend wirkt. Sellen wird einer
gern Soldat; er gehorcht dem Zwange. Er empfindet Zurück vor
seinem Schicksal als Soldat, so unbegründet diese Zurück auch oft-
mals sich erweisen mag. Er steht auf einem anderen Rechtsboden
und soll oft andere Anschauungen pflegen als bisher. Nicht das
selbständige Denken, sondern der unbedingte, blinde Gehorsam soll
seine höchste Tugend fortan sein. Was über die Soldatenmännchen-
lungen aus Tageslicht gekommen ist, zeigt ihm, wie oft sein Schicksal
von seinen Vorgesetzten abhängig ist. Das alles bedrückt den denken-
den jungen Mann, und es ist nur der Jugendmut, der solche Sorgen
überwinden hilft. — Wer die jungen Leute unter der scharfen Be-
wachung anmarschieren sieht und sie aufmerksam beobachtet, der kann
sich bei Eindrücken nur mit Mühe erwehren, als sei eben ein Ge-
fangenentransport vorbeigegangen. —

Die Fleischnot und die Volkssachen. Die letzten vor einigen
Wochen, wie sehr für die großen Speiseanstalten, die von Ver-
einen betrieben werden, in Zeiten der Lebensmittelpreiserhöhung
das finanzielle Gelingen in Frage
gestellt ist. Als ein Beispiel führten wir die Berliner Volkssachen
an, die in Teuerungzeiten wiederholt genötigt waren, die Preise
der verarbeiteten Speisen hinaufzusetzen, um nicht bankrott zu werden. Auch die Fleischnot, die zwar der Land-
wirtschaftsminister nicht zu sehen vermochte, die aber in jeder
Arbeitsgemeinschaft seit Monaten nur zu deutlich verspürt wird, dürfte nun
in den Volkssachen wieder zu einer Preissteigerung führen. Der
langjährige Lieferant dieser Speiseanstalten will künftig für das
Pfund Fleisch im Durchschnitt 20 Pfennig mehr haben, weil er nicht
noch größeren Schaden erleiden mag, als er ihn infolge der Fleisch-
not bereits erlitten hat. Der Verein der Berliner Volkssachen kann
diese Mehrzahlung selbstverständlich nicht allein tragen — wir haben
schon kürzlich hervor, daß auch solche Unternehmungen
sich nicht außerhalb des Reichs der kapitalistischen Weltordnung stellen können, — da-

rum müssen sich wieder einmal die Äpfel die Mehrbelastung auf-
packen lassen. Geschähe das nicht, so könnten die Volkssachen, die
nach ihrem Prinzip sich selber erhalten" sollen, nicht weiterbestehen.
Sie haben ohnedies schon seit einer langen Reihe von Jahren fast
alljährlich mit einem Defizit abgeschlossen. Und mit diesem Unter-
nehmen glaubten seine Begründer einen Beitrag zur „Lösung
der sozialen Frage" geliefert zu haben!

Dreist und gottesfürchtig. Das ablehnende Schreiben der Direk-
tion der Großen Berliner Straßenbahn, von
Dr. Rade und Koehler gegengezeichnet, hat folgenden Wortlaut:
„Berlin, den 9. Oktober 1906. Aus dem gefälligen Schreiben vom
5. d. M. haben wir mit Interesse entnommen, daß die geehrte Ver-
kehrs-Deputation gern bereit sein würde, die beschriebenen Umge-
staltungen unserer Unternehmungen nach Möglichkeit zu fördern, falls
sich nach Prüfung der — inzwischen überänderten — Pläne ihre
Nützlichkeit und Ausführbarkeit ergeben sollte. Die rechtlichen
Sachverhalte, die die geehrte Verkehrs-Deputation aus Be-
stimmungen zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Großen
Berliner Straßenbahn vereinbarten Betriebsumwandlungsvertrages
auch bei dieser Gelegenheit herleitet, muß die mitunterzeichnete
Große Berliner Straßenbahn noch wie vor als unzutreffend be-
zeichnen. Insbesondere ist es nicht richtig, daß die dem Vertrags-
schluß mit der Großen Berliner Straßenbahn vorangegangenen
Verhandlungen erkennen lassen, die Große Berliner Straßenbahn
hätte sich den fraglichen Bestimmungen in der Absicht unterworfen,
um der Stadtgemeinde Berlin vom 31. Dezember 1910 an den Be-
trieb der Straßenbahnen auf den in Frage kommenden Linien als
städtisches Unternehmen zu ermöglichen. Eine derartige Absicht ist
niemals zu erkennen gegeben worden, denn sie hätte niemals
bestanden. Die Große Berliner Straßenbahn verlangt daher das
verlangte Anerkennnis nicht auszusprechen.“ Die Straßenbahn-
direktion unterschreibt also veranlaßt einen Vertrag und erklärt mit
Seelenruhe, daß sie die Absicht bei ihr bestanden hat, die Be-
dingungen des Vertrages zu erfüllen. Die Regierung unterschützt sie
bei dieser Unlauterkeit und die konservative Presse jubelt dem
Treiben zu. Auch das ist Kampf für Ordnung, Religion und Sittlichkeit.

Intimitäten aus dem „Klub von 1900" werden demnach in
einem Beleidigungsprozeß zur Sprache kommen, der zurzeit bei dem
Amtsgericht II schwelgt. Als Parteien stehen sich der vom Rechts-
anwalt Sudeheim vertretene Haushofmeister Otto Horn des
„Klubs von 1900" als Kläger und der früher in dem Klub an-
gestellte Diener Max Albrecht, von dem Rechtsanwalt Alfred
Gallien vertreten, als Beklagter gegenüber. — Der Ange-
schuldigte Albrecht war seit März v. J. als Diener in dem „Klub
von 1900" angestellt. Wie er behauptet, habe er ihm in seiner
Stellung nicht gefallen, da der Haushofmeister Horn eine förmliche
Willkürherrschaft geführt habe. So habe er von ihm und den
übrigen Dienern verlangt, man solle ihm das Diner in welchen
Handschuhen servieren, ferner habe Horn wiederholt geäußert, das
Essen wäre viel zu gut für das Rad und Gefindel der Dienerschaft.
— Eines Tages wurde dem Beklagten nach einem Konflikt mit
dem Haushofmeister gekündigt. Da er diese Kündigung als eine
ungerechte betrachtete, versuchte sich A. in einem Briefe an den
Leiter des Klubs Rollheim zu rechtfertigen. Dieser Brief enthielt
schwere Anschuldigungen gegen den Haushofmeister. Ein Mitglied
des Klubs habe nicht umsonst gesagt, daß sich bei Einkäufen für den
Klub wohl mehrere Personen erst nach russischer Manier die Hände
wuschen. Es könne ferner nicht schaden, wenn einmal der Silber-
schrank einer Inventur unterzogen würde, auch verschaffe sich E.
dadurch eine gute Nebeneinnahme, daß er gebrauchte Karten an
den Klub als neue verkaufe. — Diese Anschuldigungen veranlaßten
Horn, gegen Albrecht die Beleidigungssklage anzustrengen. Der
zu gestern vor dem Amtsgericht II angelegte Termin mußte in-
dessen vertagt werden, da sich der Beklagte durch Rechtsanwalt
Ballien bereit erklärte, den vollen Wahrheitsbeweis für seine Be-
hauptungen zu erbringen, wodurch neue Zeugenabfragen erforderlich
gemacht wurden.

Das Fehlen polnisch versehender Beamten ist kein Grund, eine
polnische Verammlung zu verbieten oder auszulösen, entschied der
Landrat des Kreises Zeltow. Das polnische Polenkomitee in Berlin
hatte für den 13. August d. J. eine polnische Volksversammlung nach
Königs-Wusterhausen einberufen, welche von der zuständigen Polizei-
behörde gleich nach ihrer Eröffnung aufgelöst wurde, da kein polnisch
versehender Beamter zur Überwachung der Versammlung zur Stelle
war. Der von den Einberufern erhobenen Beschwerde hat der Land-
rat stattgegeben und folgenden Bescheid erteilt: „Obwohl die Polizei-
behörde in Königs-Wusterhausen keinen polnisch sprechenden Beamten
zur Disposition hatte, der die Beaufsichtigung der polnischen Ver-
sammlung vom 13. August d. J. hätte übernehmen können, war es
doch unstatthaft, einzig aus diesem Grunde die Versammlung auf-
zulösen. Die Polizeibehörde ist dementsprechend benachrichtigt worden.“
Diese nachträgliche Bemerkung wird den Veranstaltern der Ver-
sammlung wohl kaum besondere Freude bereiten. Ihr Jdrot war
bereitet und das ist die Hauptsache.

Die Fleischvermehrungsanstalt. Die Annahme des Berliner
Magistrats, daß der Minister für Handel und Gewerbe über den
Waffen-Einpruch der Berliner Vororte gegen den Plan, bei
Manufaktur eine Fleischvermehrungs- und Verwertungsanstalt zu
errichten, Ende September oder Anfang Oktober zugunsten der
Stadt entscheiden werde, hat sich nicht bestätigt. Im Handels-
ministerium ist man, wie einer Lokalcorrespondenz von gut un-
terrichteter Seite mitgeteilt wird, nach kurzer Prüfung der Kreis-
aussehensfrage auf die Überzeugung gekommen, daß der Ver-
liner Fall mit dem vom Magistrat angeführten Thorne wenig ge-
mein hat, schon weil die Umgebung beider Städte ganz verschiedenen
Charakter trägt. Es ist dieser Tage vom Handelsministerium eine
besondere Kommission zur eingehenden Erörterung der strittigen
Angelegenheit eingesetzt worden. Für die Stadt Berlin ist eine
schnelle Entscheidung von großem Wert, weil die neue Anstalt zum
Oktober 1907, ganz gleich, wo sie erbaut wird, fertiggestellt sein soll.

Ueber eine Teilnahme unter schwierigen Umständen meldet der
Polizeibericht: In der Nacht zum Freitag gegen 1 Uhr verlangte der
Drogschmied Wilhelm Hede vor dem Hause Braunberger-
straße 8 die Feststellung seines Jahrganges, der nicht bezahlet war.
Da der Jahrgang sich weigerte, seinen Namen zu nennen, sollte seine
Zwangsgewalt erfolgen. Er wehrte sich aber und schlug blind-
lings mit einem Anotenstock um sich. Als es den beiden Schutz-
männern Ebel und Barnde schließlich gelang, den Wütenden zu
packen, kamen sie mit dem sich weiter heftig Wehrenden zu Fall, wobei
dieser dem Schutzmann Ebel in den linken Zeigefinger biß. Da er
nicht losließ, war Ebel gezwungen, seinen Säbel zu ziehen und auf
den Widerstandigen einzuschlagen; erst nach dem vierten Säbelhieb
über den Kopf ließ er los. Trotzdem fehlte er seinen Widerstand
fort, so daß er mit Hilfe von Passanten gebunden werden mußte.
Die Drogschmiederei, die er freiwillig begonnen hatte, mußte er nun
zwangsweise fortsetzen und zwar nach dem Krankenhaus am
Friedrichshain. Hier erkrankte man in ihm den 37-jährigen, mehr-
fach wegen Widerstandes verurteilten Schankwirt Theodor Verdyg.
Nach Anlegung von Verbänden der bis auf die Schädeldecke gehenden
aber nicht lebensgefährlichen Wunden, brachte man ihn zur Wache,
wo er noch längere Zeit wegen seiner Aufregtheit bleiben mußte.
Der Schutzmann Ebel, der sich im Krankenhaus ebenfalls verbinden
lassen mußte, hat sich krank melden müssen.

Wegen des Schnellbahnpfeils Schwaben gegen-
wärtig mit der Elektrischen Hoch- und Untergrundbahn in Berlin
Verhandlungen, die sich auf die Übertragung des Betriebes an die
Gesellschaft beziehen; außerdem wird die Finanzierung des auf
9½ Millionen Mark veranschlagten Unternehmens vorbereitet. Nach
Erledigung der Vorarbeiten hofft man im nächsten Jahre mit dem
Bau beginnen zu können. Die Schnellbahn wird als Untergrundbahn
den Ausgang am Bahnhof Kollndorffplatz nehmen und zunächst
das Besigland bis zur Ringbahnbrücke an der Hauptstraße durch-
queren; für später ist eine Verlängerung bis in das Südgelände
in Aussicht genommen.

Aus Anlaß der Choleraerkrankungen in Stolpe geht uns eine
beachtenswerte Mitteilung zu: Ihre Mitteilungen über die Zustände
auf dem Gut Stolpe sind durchaus zutreffend. Doch muß das eine
erwähnt werden, daß Stolpe, soweit der Schmutz vor allem auf der
Straße in Betracht kommt, nicht besser oder schlechter ist als die
meisten anderen Orte in der Umgegend von Berlin und natürlich
anderwärts auch. Am schlimmsten aber sieht es immer auf den Gärten
aus. Der Kammerherr v. Veltheim wohnt in Schönfließ in einem
Schloß mit schön gepflegtem Park. Aber man betrachte, namentlich
bei schlechtem Wetter, die Straße dorthin, dann werden einem Zweifel
kommen, ob sie schon jemals gereinigt worden ist. Auch die Stadt
Berlin sündigt, wie die Straßen in Blankensee usw. zeigen, als
Gutsherrin noch viel in dieser Hinsicht.

Erinnerungen an Strouberg, dem einstigen Eisenbahnkönig, er-
wecken die städtischen Mauer- und Böschungsbauwerke, die jetzt gegen-
über der Ecke der Hort- und Nagelstraße bei den Ausgrabungen
zutage getreten sind, die zur Anlage von Eisenbahn-Neubauten auf
dem Gelände des Anhalter Güterbahnhofes vorgenommen werden.
Man hört vielfach von Passanten die Ansicht äußern, daß es sich wohl
um Reste der Berliner Stadtmauer handle, wovon selbstverständlich
keine Rede ist. Das Mauerwerk, das sehr gut erhalten ist und seiner
Festigkeit einen kräftigen Widerstand entgegensetzt, gehörte viel-
mehr einst zu den Wänden der Dresdener Bahn, deren Bahnhofs-
gebäude sich in der Trebbinerstraße befand, während das Bahnhofs-
gelände sich nach der alten Poststraße hinzieht. Erst bei der Vereini-
gung der Dresdener und Anhalter Bahn fanden dort erhebliche Um-
bauten statt. Die Dresdener Bahn gehörte wie so viele andere des
In- und Auslandes zu den Anlagen des „Eisenbahnkönigs“.

Affordarbeit — Mordarbeit.

Der Verband der Bauarbeiter schreibt uns: Ein schwerer Unfall
ereignete sich Donnerstag in der Türkenstraße auf dem Neubau des
Unternehmers Salschle. Dort stürzte nachmittags bald nach 2 Uhr
im Hinterhaus der Treppenturm der zweiten und dritten Etage ein
und durchschlug die untere Treppe sowie die Kellertreppe. Das
Unglück geschah in einem Augenblick, als sich auf der obersten Treppe
ein Maurer sowie ein als Wasserträger beschäftigter Arbeiter befand.
Dem Arbeiter gelang es, sich durch einen Seitensprung zu retten; er
klammerte sich irgendwo fest und wurde so vor dem Sturz in die
Tiefe bewahrt. Der Maurer sank mit dem Schutt hinab, kam aber
wunderbarerweise mit ziemlich leichten Verletzungen davon. Schlimmer
erging es dem Arbeiter Wilhelm Schulz, der gemeinsam mit einem
Maurer im Keller arbeitete. Während der Maurer nur verhältnis-
mäßig geringe Verletzungen erlitt, wurde der Arbeiter völlig unter
den Trümmern verschüttet. Als er von seinen Kollegen endlich befreit
war, mußte er im lebensgefährlichen Zustande nach dem Paul
Verhardsplatz gebracht werden.

Das Unglück ist als Folge der Affordarbeit zu bezeichnen.
Der jetzt vom Unternehmer abgeperrte Bau, den die Polizei nach
dem Unglück übrigens noch nicht befristet hat, wird in lieberlicher
Weise in Afford ausgeführt. Wie unter solchen Umständen gearbeitet
wird, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß die Affordmurer die Ver-
richtung des Treppenaufganges, die bei reeller Arbeit 184 M. kosten
würde, für den Lohn von 110 M. übernommen haben. Außerdem
trägt die Gesetzgebung ein gut Stück moralischer Schuld an solcher
Vauart und ihren Gefahren, indem sie sich an allgegenwärtiger Rube
zum gewissenlosen Unternehmertum immer noch nicht bequemen
konnte, Baukontrollen aus den Reihen der Arbeiter zuzulassen.

Ein Schwindlerpaar sucht seit einiger Zeit die Straußfeder-
handlungen heim. Es läßt sich unter der Vorpiegelung, daß es
gute Beziehungen zu vielen Puffgeschäften habe, von Großhändlern
und Fabrikanten die losbaren Federn geben, um sie für deren Re-
chnung zu verkaufen, setzt sie auch ab, stekt aber den Erlös in die
eigene Tasche und läßt sich nicht wieder sehen. Die Schwindler,
die erzählen, daß sie früher selbst ein eigenes Geschäft gehabt haben,
besitzen Fachkenntnis und verlangen jedesmal nur 2 bis 3 Federn,
machen aber doch gute Geschäfte. Der Mann ist 35 bis 36 Jahre
alt und 1,70 Meter groß und hat dunkles Haar und Schnurbart
und auffallend gerötete Augen. Die Frau ist nur 1,50 Meter groß
und hat ebenfalls dunkles Haar. Beide gehen dunkel gekleidet,
Großhändler und Puffgeschäfte seien vor dem Pärchen gewarnt;
diese, weil sie sich durch den Ankauf der erschwundenen Federn leicht
Angelegenheiten zuziehen können.

Ein folgenschweres Bauunglück wird uns vom gestrigen Nach-
mittag aus der Tauenzienstraße gemeldet. Auf dem dortigen Grund-
stück Nr. 21 befindet sich zurzeit ein Gebäude im Abriß. Als der
26-jährige Arbeiter Billy Müller, Christburgerstraße 35 wohnhaft,
auf dem Hofe Wecker zusammenlachte, stürzte plötzlich ein losgeris-
sener Balken vom Dach herab und traf unglücklicherweise den vor-
übergehenden Arbeiter. Dem Bedauernswerten wurde der rechte
Arm gebrochen und Kopfverletzungen zugefügt. Nachdem er in der
Unfallstation Zoologischer Garten Notverbände erhalten, wurde er
in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert.

Die Cholera. In die Isolierbarade des Krankenhauses Moabit
wurde gestern ein Mann namens Gustav Marschner aus der
Ketersburgerstraße eingeliefert, der in der Friedrichstraße unter
Choleraverdächtigen Erscheinungen zusammengebrochen war. Der Ver-
dacht ist umso dringender, als Marschner mit einem Schiefer Franke
aus Steintin zusammengekommen war. Die ärztliche Untersuchung in
Moabit hat, wie wir hören, bisher Positives noch nicht ergeben.

Straßenverengung. Die Friedensstraße wird von Haus Nr. 63/64
bis Haus Nr. 77 auf dem südlichen Damme behufs Umflasterung
vom 16. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrzeuge und Reiter
geperrt.

Am wissenschaftlichen Theater der Kranie wird Herr Dr. Leo
Weseli aus Jülich den bereits angekündigten Vortrag „Spellerinis
Wesen und Wägenfahrten im Ballon“, angefüllt mit den hoch-
interessanten Originalaufnahmen, welche Kapitän Spelterini auf
seinen Fahrten über die Schweizer Alpen und über die Eibische
Wäse machte, am Dienstag, Donnerstag und Freitag halten. Am
Sonntag, Montag, Mittwoch und Samstag finden Wiederholungen
des Vortrages „Im Lande der Witternachtskugeln“ statt. Im Hör-
saal spricht am Dienstag Herr Dr. v. Arnsh über Soda, Salzsäure
und Chlor, am Donnerstag Herr Dr. Theising über „die Ent-
wickelung des Lebens“ und am Sonnabend Herr Dr. Donath über
„Das Ohmische Gesetz“. Im großen Hörsaal der Urania-
Sternwarte in der Invalidenstrasse hält Herr Dr. Rosenpart
am Dienstag um 8 Uhr einen Vortrag „Die Sonne und die
Himmelskörper“.

Sam Berliner Verkehrs-Lexikon (Verlag von Max Schönbeger,
40 Pfg.) ist die Winterausgabe erschienen. Dieses handliche Taschen-
buch enthält ausführliche Nachrichten über die gesamten öffentlichen
Einrichtungen und den Verkehr in Berlin.

Die Strahl-Sänger unter Frey Steidls tüchtiger Leitung, sind
wieder in Berlin am Werke. An ihren alten Wirkungsstätten bei
Guggenhausen, im Wöhlischen Brauhaus und im Fröbelscher Allee-
Theater kommen sie dem dankbaren Publikum mit durchweg an-
sprechenden Vorträgen. Wie sie verstanden, wollen sie ihr Repertoire
möglichst abwechslungsreich gestalten und alle Woche mit einem
neuen Repertoire aufwarten. Was wir von ihnen gehört haben, war
wichtig und mit Akkuratheit vorgetragen. Es ist daher wohl zu er-
warten, daß sie, wie früher schon, so auch in diesem Winter sich die
Gunft des Publikums erhalten werden.

Wasserstand am 12. Oktober. Elbe bei Hüllig + 0,74 Meter, bei
Dresden — 0,68 Meter, bei Magdeburg + 2,07 Meter. — Havel bei
Strandberg + 2,00 Meter. — Oder bei Rastow + 1,34 Meter, bei
Breslau Oberpegel + 0,94 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,45 Meter,
bei Frankfurt + 1,34 Meter. — Rheine bei Wehrmünde
+ 2,42 Meter. — Warthe bei Posen + 0,44 Meter. — Nege bei
Uß — Meter.